

Warum beklagt ausgerechnet Deutschland einen Fachkräftemangel?

Ingelheimer Fachkongress suchte Antworten im europäischen Kontext



Diskussion: Wertigkeit der Grundschulempfehlungen

Landeselternbeirat: Vergleichbare Ausstattungen

Informationskampagne: Plus an Bildung

Infopunkt für Pensionäre: Fitnesstraining

Schulhomepage: Impressum und Datenschutz

Pädagogische Entscheidungen: Schutz gegen sachfremde Einflüsse

Klartext: Der Worte sind genug gewechselt

Inhalt

Ausgabe Juni 2018

Titelthema

► Ingelheimer Fachkongress	6
Timo Lichtenthäler: „Droht die Gefahr eines Bildungsexits?“	8
Michael Eich: „Schulen brauchen Unterstützung“	10
Ergebnisse der Arbeitskreise	15
Fachvortrag und Diskussionsrunde mit Udo van Kampen	15
Resümee	17
Aussteller und Organisationsteam	18
Impressionen	19

Bildungspolitik

Pinnwand	20
► Diskussion: Wertigkeit der Grundschulempfehlungen	21
VRB im Gespräch mit dem TV-Journalisten Udo van Kampen	23
Musterklage: Verbot altersdiskriminierender Besoldung	25

VRB-Verbandsarbeit

► VRB im Gespräch mit dem Landeselternbeirat: „Eine Informationskampagne alleine reicht nicht – es muss auch investiert werden“	26
VRB im Gespräch mit Helga Lerch, FDP: Abwanderung von Lehrkräften: Rheinland-Pfalz muss mehr Anstrengungen unternehmen	27
Bundesrealschultag in Mainz: Jürgen Böhm als Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbandes bestätigt	28
► VDR-Seniorenseminar 2018: Aktiv und gesund älter werden!	29
Tarifvertrag: Druck auf Besoldungsgesetzgeber in Rheinland-Pfalz	30
Haiku	30

Schule in Rheinland-Pfalz

Pinnwand	31
MINT-Initiative: VRB: Schulen brauchen technische Assistenten!	32
► Informationskampagne des Landes Rheinland-Pfalz: Wochen der Realschule plus	33
VRB-Pressemitteilung: Informationskampagne ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Realschule plus	40
VRB im Gespräch mit Vera Reiß: Stößt die „In“-Pädagogik an ihre Grenzen?	40
Und täglich grüßt der Logo-Igel: Steckt die digitale Bildung in einer Zeitschleife?	42
Auf ein Wort, Herr Walterschen!	44



6 Ingelheimer Fachkongress 2018



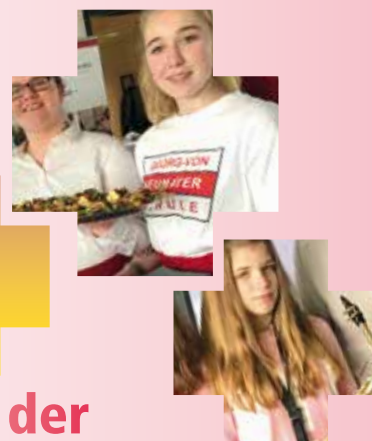
29 Seniorenseminar: Tipps für gesundes Älterwerden

32 und 62

Von Initiativen und Standorten:

MINT

33



Wochen der Realschule plus



40
Im Gespräch mit Vera Reiß



47
Schulwebsite:
Impressum
und
Datenschutz



66
KlarText!

Michael Eich spricht KlarText:

**Nun sag, wie hast du's
mit der Realschule plus?**

Schule und Recht

Pinnwand 46

Schulhomepage: Impressum und Datenschutz, Teil I 47 ◀

Lehrerbeurteilung auf dem Prüfstand der Gerichte:

OVG fordert einheitliche Bewertungsmaßstäbe 49

Beruf Lehrer

Pinnwand 50 ◀

VRB-Pressmitteilung: Landesregierung reagiert auf erhöhte
Aufgabenverantwortung der Realschulen plus 51

VRB-Pressmitteilung: FORSA-Studie: Veränderungen der
„Binnensituation Schule“ erfordern politische Reaktionen 51

Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik

HAIKU – verdichtete Weltweisheit: Ringen um den treffenden
Ausdruck 52

Wolfgang Wünschel im Gespräch mit Professor Dr. Guido Knopp:

Subjektive Erinnerungen im Kontext der realen Geschehnisse 53

VRB im Gespräch mit Heinz Klippert, Teil I:

„Schulentwicklung muss beim Unterricht ansetzen“ 54

VRB-Bezirke

BEZIRK KOBLENZ VRB im Gespräch mit Beate Voigtländer (Teil II):

„Die Stärken der Realschule plus“ 56

Personalräte-Fortbildung: Gliederungspläne für Personalratsarbeit

an Schulen effektiv nutzen! 57

Delegiertentag Koblenz 2018: Delegiertenarbeit stärken 58

BEZIRK NEUSTADT Personalräte-Fortbildung: Gliederungsplan und Table-Talk 59

BEZIRK TRIER Personalräte-Fortbildung: Vielseitige Aufgaben: Gliederungsplan, Gleichstellung und Mehrarbeit 60

Termine, Service und Internes

Feedback an die Redaktion 61

Rhetorikseminar: Reden und reden lassen 62

Weiterer Standort: MINTplus-Labor in Kirn 62

Ulrike Wedekind geht in den Ruhestand:

„Die Arbeit hat mich auch belohnt“ 63

VRB-Gruppe sieht im Wilhelm-Hack-Museum Werke der

Klassischen Moderne: Die Stimme des Lichts 63

Geburtstagswünsche 64

Vorschau auf das nächste Heft und Impressum 65

KlarText!

Nun sag, wie hast du's mit der Realschule plus? 66 ◀

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.

Schule im europäischen Kontext



Gespräche mit Vera Reiß, Heinz Klippert und Guido Knopp

Die Politologin Vera Reiß ist Doktorandin an der Universität Kassel. In ihrer Promotionsarbeit mit dem Titel „Die feinen Unterschiede sind groß“ geht sie der Frage nach, welche Maßnahmen erforderlich sind, damit Pädagogik nicht an ihre Grenzen stößt.

Lehrerbildner Heinz Klippert berichtet, warum er sich nicht ganz aus der praktischen Fortbildung zurückgezogen hat. Er beschreibt, dass er die Personal- und Organisationsentwicklung in der zweiten Reihe hinter der Unterrichtsentwicklung sieht. Und er zeigt Bereiche auf, in denen die Lehrerausbildung und die Lehrerfortbildung nachbessern müssen.

Der Historiker Guido Knopp spricht über die Bedeutung schulischer Begegnungen mit Zeitzeugen. Diese hat die rheinland-pfälzische Bildungsministerin anlässlich des Holocaust-Gedenktages empfohlen.

Forderungen an die Bildungspolitik

Der Landesvorstand traf mit dem Sprechergremium des Landeselternbeirates zusammen. Dr. Thorsten Ralle fordert eine Stärkung der Realschule plus durch eine angemessene sächliche, räumliche, digitale und personelle Ausstattung.

In einem Gespräch mit Helga Lerch, der bildungspolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion, bleibt der VRB skeptisch, ob die Zielsetzungen des Projekts „Selbstverantwortliche Schule“ erreicht werden können.

Beim Bundesrealschultag in Mainz bezeichnet die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig die Realschule plus als Schule der Aufstiegschancen, die eng verbunden sei mit Handwerk und Technik.

Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken.

Zeitschleife. Unter der Überschrift „Und täglich grüßt der LOGO-Igel“ begründet Rolf Monnerjahn, warum er die digitale Bildung in einer Zeitschleife sieht.

Ingelheimer Kongress 2018

Viele der aktuellen gesellschaftlichen und bildungspolitischen Herausforderungen sind nur im Kontext europäischer Politik nachvollziehbar. Der Ingelheimer Fachkongress hat Antworten auf vielfältige Fragen gesucht:

Welche Werte sind für uns in Zeiten einer sich immer mehr ausdifferenzierenden pluralistischen Gesellschaft nicht verhandelbar?

Wie gehen wir mit kulturell, religiös oder rassistisch geprägter Intoleranz um?

Wie schaffen wir im digitalen Zeitalter virtueller (Schein-)Welten Räume für reale Begegnungen und echten Austausch mit anderen Sprachen, Kulturen und Ländern?

Warum beklagt ausgerechnet Deutschland einen Fachkräftemangel? Warum schwindet für das erfolgreiche duale Ausbildungssystem die Akzeptanz?

Schulhomepage. Sie ist für viele Schulen ein „Aushängeschild“. Schulen müssen bei der Gestaltung und Pflege ihrer Webseite den rechtlichen Rahmen kennen und umsetzen. Im Austausch mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu wollen wir einen ersten Beitrag zur Rechtssicherheit im Umgang mit einer Schulhomepage leisten.

Event. Die „Wochen der Realschule plus“ mündeten Anfang März in eine ungewöhnliche Pressekonferenz, zu der Schülerinnen und Schüler, Absolventen, Schulleitungen, Eltern sowie außerschulische Kooperationspartner der Realschule plus eingeladen waren. Wir haben zahlreiche Gäste befragt und aufmerksam zugehört.

Personalräte. Im Mittelpunkt der VRB-Fortbildungen für Personalräte standen die Gliederungspläne, Rechtsfragen und das Thema Mehrarbeit.

Fitness. Schwerpunktthema des VDR-Seniorenseminars in Königswinter war die körperliche und geistige Fitness. Referent Kevin Walterschen haben wir in „Auf ein Wort ...“ befragt, welche Auswirkungen ein Fitnesstraining im Alter haben kann.

Klartext. Michael Eich sieht nicht nur bei der Landesregierung ein Umdenken hinsichtlich der Einordnung der Realschule plus und stellt die „Gretchenfrage“.

Liebe Leserinnen und Leser, dieser Ausgabe liegen der Schuljahresplaner 2018/19 und ein Mitgliederbrief bei. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine Kampagne ist per Definition eine „zeitlich befristete Aktion mit einem definierten Ziel, das durch geplantes und koordiniertes Zusammenwirken mehrerer Personen oder Akteure zu erreichen versucht wird“.

Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag die „Stärkung der Realschule plus“ als wichtiges Ziel ihres Regierungshandelns bis 2021 beschrieben und eine breit angelegte Informationskampagne angekündigt. Die erste Hälfte der Legislaturperiode ist gemeistert. Halbzeitbilanzen werden in diesen Tagen erstellt und mit Blick auf die zweite Halbzeit diskutiert. Das haben auch wir in den Verbandsgremien getan.

Der VRB Rheinland-Pfalz begrüßt die angelaufene Informationskampagne der Landesregierung zur Stärkung der Realschule plus und dankt allen Beteiligten an dieser Stelle ausdrücklich für ihr Engagement. In der öffentlichen Wahrnehmung muss intensiver erfahrbar werden, dass die Realschule plus mit ihrem einzigartigen Angebot unverzichtbar ist.

Auch bei den Eltern und Schülern steigt die Akzeptanz der Realschule plus als Schulart des Aufstiegs, der Praxisorientierung und der Vielfalt. Aber dies gilt nicht für alle Regionen. Hier erwarten wir von der Landesregierung folglich noch mehr Unterstützung. Gerade die kleineren Realschulen plus oder die Schulen in Großstädten benötigen ein koordiniertes Zusammenwirken aller Verantwortlichen im Bildungsministerium, in der ADD, bei den Schulträgern, bei den Schulen und bei den Elternvertretungen. Eine Kampagne wird erst dann erfolgreich sein können, wenn die unterschiedlichen Akteure vor Ort geplant und verantwortlich zusammenwirken.

Um das Ziel zu erreichen, dass die Attraktivität der Realschule plus als gleichwertige Schulart gegenüber den anderen Schularten gestärkt wird, müssen aus Sicht des Verbandes noch einige Stellschrauben bewegt werden.

Mit der Schaffung des Didaktischen Koordinators ist die Landesregierung auf dem richtigen Weg.

Umso erfreulicher ist die Ankündigung von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, dass diese Funktionsstelle nun flächendeckend eingeführt werden soll. Bleibt zu hoffen, dass der Landtag in seinen Haushaltsberatungen diesem Vorhaben entsprechendes Gewicht verleihen wird.

Weitere Investitionen in Personal und Ausstattung sind auch an anderer Stelle mehr als überfällig. Will man unsere Schulart „Realschule plus“ stärken, muss sichergestellt werden, dass die Lehrkräfte, die dort unterrichten, hinter der noch jungen Schulart stehen. Das scheint noch nicht bei allen Verantwortlichen angekommen und verstanden worden zu sein.

Während die „Pluspunkte“ für unsere Kolleginnen und Kollegen weiterhin überschaubar sind, bleiben die Belastungen beispielsweise durch Erziehungsaufgaben und Bewältigung von Migration und Inklusion hoch. So gewinnt man nicht die Lehrkräfte, die sich täglich für die Kinder in der Realschule plus einsetzen. Ernstzunehmende Anzeichen, dass Mainz den Wettbewerb um den pädagogischen Nachwuchs zu verlieren droht, gibt es längst: Die Grundschulen können nicht mehr vollumfänglich personalisiert werden und auch die Bewerberdatenbanken im Bereich der Realschulen plus sind nach den Einstellungszeiträumen leer.

Flexibilisierung ist dabei ein möglicher Weg, um Lücken zu schließen. So soll beispielsweise Lehrkräften anderer Lehrämter der Weg zum Grundschullehramt erleichtert werden.

Wir fragen uns allerdings: Warum wird nicht auch der Weg für Realschullehrkräfte erleichtert, die das BBS- oder Gymnasiallehramt anstreben, um dauerhaft in der FOS unterrichten zu können? Der VRB fordert hier eine Gleichbehandlung der Lehrämter. Statt aber überwiegend auf Flexibilisierungen zu setzen, sollte



die rheinland-pfälzische Landesregierung erkennen, dass man die Attraktivität des gesamten Berufstandes steigern muss durch: Attraktive Besoldung! Angemessene Arbeitsbedingungen! Echte Wertschätzung!

Wir sind gespannt, welche Antworten der Landesregierung auf diese Fragestellungen in ihrer zweiten Halbzeit einfallen werden.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien erholsame Sommerferien und danke Ihnen im Namen des Verbandes für Ihren unermüdlichen Einsatz zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler.

Ihr Timo Lichtenthäler





Vortrag von Timo Lichtenthäler

Vortrag von Michael Eich

Arbeitskreise

Gastredner Udo van Kampen

Resumee

Aussteller und Organisations-Team

Impressionen

INGELHEIMER FACHKONGRESS 2018

„Droht die Gefahr eines Bildungsexits?“

VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler konnte im Namen des Landesvorstandes die Kongress-Teilnehmer erstmals am neuen Standort der Fridtjof-Nansen-Akademie im Zentrum Ingelheims willkommen heißen.

Versammelte bildungspolitische Kompetenz

Der VRB wertet es als besondere Ehre und Wertschätzung, dass neben über hundert Mitgliedern zahlreiche Ehrengäste angereist waren:

- **Thomas Barth** – MdL CDU-Landtagsfraktion
- **Prof. Dr. Klaus Becker** – TH Bingen, VRB-Beiratsmitglied

- **Bettina Brück** – MdL, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion
- **Antonia Dufeu** – Rechtsanwältin, VRB-Justitiarin
- **Christine Eschborn-Müller** – Bildungsministerium
- **Brigitte Fischer** – ADD Trier, Abteilungsleiterin
- **Jutta Grabkowski** – ehemalige VDR-Landesvorsitzende
- **Ralf Hoffmann** – Philologenverband
- **Doris John** – Vorsitzende Landesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft
- **Udo van Kampen** – ehem. ZDF Korrespondent in Washington und Brüssel
- **Jürgen Kettner** – stellv. Vorsitzender dbb tarifunion rlp
- **Udo Klinger** – Pädagogisches Landesinstitut
- **Max Laveuve** – Ehrenvorsitzender des PhV
- **Helga Lerch** – MdL, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion
- **Dr. Manuel Lillig** – Schulpsychologischer Dienst
- **Sabine Lioy** – Pädagogischer Austauschdienst Bonn
- **Barbara Mich** – Verband Bildung Erziehung
- **Rita Petry** – Handwerkskammern RLP, VRB-Beiratsmitglied
- **Dr. Florian Pfeil** – Weiterbildungszentrum Ingelheim
- **Dr. Thorsten Ralle** – Landeselternsprecher
- **Wolfgang Redwanz** – ehem. Leiter der Außenstelle Schulaufsicht Koblenz
- **Manfred Schabowski** – Schulleitervereinigung Realschulen plus
- **Ute Schmazinski** – Bildungsministerium
- **Christiane Schönauer-Gragg** – Bildungsministerium
- **Georg Stenner** – ehem. Bildungsministerium
- **Harry Wunschel** – Verband der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen

Fehlentwicklungen vermeiden!

Einführend zitierte Timo Lichtenthäler den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger: „Engagement für die politische Bildung ist Engagement für die Demokratie. Bildung ist unser wichtigstes Werkzeug für die Zukunft Deutschlands. Diese Binsenwahrheit wird seit Jahrzehnten in Reden und Diskussion beschworen, aber es scheint nichts zu passieren.“

In gekürzter Form stellen wir seine Kernaussagen wie folgt dar:

Wir brauchen Antworten auf die Fragen unserer Kinder und Jugendlichen, die in Zeiten eines neu auftrumpfenden antieuropäischen und nationalen Populismus aufwachsen! Wir müssen Werte benennen, die für uns in Zeiten einer sich immer ausdifferenzierenden pluralistischen Gesellschaft nicht verhandelbar sind.

Droht die Gefahr eines Bildungsexits? Leider muss man immer wieder aufs Neue feststellen, dass Deutschland und Europa ihren Kompass verloren zu haben scheinen. Ist es denn tatsächlich so, dass die jungen Menschen unserer Gesellschaft immer unpolitisch werden? Welche konkreten Antworten haben die politisch

Verantwortlichen und unsere Gesellschaft auf den teilweise unerträglichen Aktionismus und Populismus. Erziehung zur Verantwortung im politischen Denken und Handeln geht uns alle an. Hier ist auch das Elternhaus gefordert!

Bildung trägt sehr viel bei zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Bildung ist aber auch bedeutsam für die Entwicklung einer demokratischen Kultur.

Mit großer Sorge nehmen wir als Verband den Einfluss von schulfernen Lobby-Gruppierungen wahr. Gerade beim Thema Inklusion wird dieser schädliche Einfluss deutlich. Da geht es nicht mehr um das einzelne Kind, sondern um gefühlte hehre Prinzipien, auf die sich solche Gruppierungen berufen, wenn sie beispielsweise die Abschaffung der Förderschulen fordern.

Überforderung der Schulen verhindern

Der VRB stellt schon seit Jahren fest, dass das Kerngeschäft von Schule, nämlich das Vermitteln von Bildungsinhalten, oft viel zu kurz kommt. Wir Lehrkräfte sind mehr und mehr mit unterrichtsfremden Aufgaben überfrachtet: Bürokratisierung, Erziehungsdefizite, Inklusion. Auch Digitalisierung darf den Blick nicht darauf verstellen, dass es auf uns Lehrkräfte und auf den Unterricht ankommt. Es darf zu keinem schleichenden Bildungsexit kommen: Es muss klar sein, was unser Bildungsauftrag ist. Und vor allen Dingen, was er der Politik wert ist. Wir sind als Schule nicht der Reparaturbetrieb dieser Gesellschaft, an den man einfach Aufgabe um Aufgabe delegiert. Wir Lehrkräfte tragen ein hohes Verantwortungspotential in uns. Wir verweigern uns folglich nicht grundsätzlich den Herausforderungen, wir hinterfragen sie aber kritisch. Wir melden uns deutlich zu Wort, wenn die Rahmenbedingungen nicht mehr tragbar sind.

Stärkung der Realschule plus!

Nicht erst seit Hattie ist klar: Auf uns Lehrkräfte kommt es an. Die Stärkung der Realschule plus ist erklärtes Ziel der Koalitionsparteien in Rheinland-Pfalz. Wir werden die Maßnahmen zur äußeren und inneren Weiterentwicklung der Realschulen plus kritisch begleiten. Aus Verbandssicht muss der Informationskampagne nun dringend auch eine Investitionskampagne folgen, die auch einen Mehrwert an Entlastungen bringt. Wir sind als Realschule plus gleichwertig, also müssen wir wie die anderen Schularten, vergleichbar gut ausgestattet werden. Eigentlich sogar besser, weil diese Schulart vergleichsweise höhere Herausforderungen zu bewältigen hat.

Ausblick

Europa muss eine Wertegemeinschaft entwickeln. Statt Benchmarks und unrealistische Zielsetzungen für die Bildung zu setzen, muss die EU noch mehr in Begegnungen investieren. Die Eigenheiten der Länder gerade auch bei den Bildungssystemen müssen berücksichtigt werden. Wir können voneinander lernen. Es muss aber nicht alles gleichgeschaltet werden. Europa darf nicht zur reinen Zweckgemeinschaft verkümmern. Wollen wir die Schicksalsgemeinschaft Europa stärken, darf es keinen Bildungsexit geben.

„Schulen brauchen Unterstützung“

Michael Eich ging in seiner programmatischen Rede auf die aktuelle Bildungspolitik ein und stellte die Themen der Arbeitskreise in einen Zusammenhang. Der Redner erläuterte zunächst den Leitgedanken des diesjährigen Ingelheimer Fachkongresses. Warum verbindet unser Motto Europa mit Gefahren für die Bildung? Liegt da vielleicht in Zeiten von Grexit, Brexit und Europexit schon ein Verdacht nah: Die EU ist schuld am Niedergang des deutschen Bildungswesens?

„Nein“, so Michael Eich, „Europa bzw. die Europäische Union zum Sündenbock für eine vermeintlich oder tatsächlich verfehlte Bildungspolitik zu erklären, liegt nicht in unserer Absicht. Im Gegenteil: Wir müssen uns vielmehr die Frage stellen, wie wir im Rahmen unseres Bildungsauftrages gegen die Geschichtsvergessenheit und die immer mehr um sich greifende EU-Verdrossenheit angehen. Insgesamt sind viele der aktuellen gesellschaftlichen und bildungspolitischen Herausforderungen nur im Kontext europäischer Politik nachvollziehbar.“

Der Kongress soll Antworten auf vielfältige Fragen suchen:

- Wie sichern wir, dass gesellschaftliche Vielfalt nicht zu einem unverbindlichen Nebeneinander verkommt oder gar zu einem hasserfüllten Gegeneinander?
- Welche Werte sind für uns in Zeiten einer sich immer mehr ausdifferenzierenden pluralistischen Gesellschaft nicht verhandelbar?
- Wie gehen wir mit kulturell, religiös oder rassistisch geprägter Intoleranz um?
- Wie schaffen wir im digitalen Zeitalter virtueller (Schein-)Welten Räume für reale Begegnungen und echten Austausch mit anderen Sprachen, Kulturen und Ländern?
- Wie werden wir Kindern und Jugendlichen gerecht, die fast alles verloren haben und von schlimmsten Kriegserfahrungen traumatisiert zu uns kommen?
- Warum beklagt ausgerechnet Deutschland einen Fachkräftemangel? Warum schwindet für das erfolgreiche duale Ausbildungssystem die Akzeptanz?
- Warum wird immer propagiert, dass möglichst viele junge Menschen studieren sollen und warum wird gleichzeitig der sogenannte Akademisierungswahn kritisiert?



Wie sind Antworten zu finden auf die drängenden Herausforderungen? Dazu Michael Eich: „Ohne uns Lehrkräfte in den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen wird es nicht gehen. Reale Bildung, die wir tagtäglich vermitteln, ist Teil der Lösung, wenn es um die Zukunftssicherung unseres Landes geht.“

Auch das Bildungsministerium hat erkannt, dass die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz und damit unser aller Wohlstand von Realer Bildung abhängig ist. Es will die damit befassten Einrichtungen stärken und hat eine Informationskampagne gestartet (vgl. S. 33) Das ermöglicht uns, mit neuem Selbstbewusstsein angemessene Rahmenbedingungen und auch Entlastungen zu fordern.

Droht ein Bildungsexit?

Mit einigen Schlaglichtern nahm Michael Eich die von uns als falsch wahrgenommenen bildungspolitischen Weichenstellungen der vergangenen Jahre in den Blick:

Die Lissabon-Strategie, ein von den europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon verabschiedetes Programm, hatte das Ziel, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Dazu sollten 85 % der Europäer einen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II haben. Das ist problematisch, weil als S-II-Abschluss in der öffentlichen Wahrnehmung nur das Abitur wahr-



genommen wird und nicht etwa die Duale Ausbildung. Die Vorzüge des deutschen Systems zeigten sich spätestens während der internationalen Finanzkrise 2008, die Europa im Durchschnitt eine Jugendarbeitslosigkeit von 23 % bescherte, Deutschland aber nur 8 %. Grund genug also für Deutschland, selbstbewusst am eigenen Weg festzuhalten.

OECD und PISA

Das allenfalls mittelmäßige Abschneiden Deutschlands bei den PISA-Studien wurde als deutscher Bildungsnotstand, PISA-Schock oder PISA-Katastrophe medial verarbeitet. Die OECD sprach für Deutschland die Empfehlung aus: Mehr Abiturienten! Mehr Hochschulabsolventen! Damit geriet ausgerechnet das erfolgreiche Modell der dualen Ausbildung bei uns in die Defensive.

Der deutschen Bildungspolitik ging nach PISA der Bildungskompass verloren, der eine klare inhaltliche Zielsetzung ermöglichte. Um es mit Mark Twain zum Ausdruck zu bringen: „Kaum verloren wir das Ziel aus den Augen, verdoppelten wir unsere Anstrengungen.“ Orientierungshilfe und Lösungsangebote holten sich die Bildungsverantwortlichen ausgerechnet von solchen Akteuren, die nicht ganz uneigennützig Interessen vertraten.

Großer Einfluss geht – grob skizziert – von zwei Gruppierungen aus: Von jenen, die mit Bildung und Schule Geld verdienen wollen. Und von jenen, die mittels Bildung und Schule, unsere Gesellschaft nach ihren eigenen Wertvorstellungen verändern wollen. Die einen haben die erforderlichen Finanzmittel, um Einfluss auszuüben. Die anderen beanspruchen für sich moralische Überlegenheit, um ihre Interessen durchzusetzen.

Fazit

Zu undifferenziert wurde das differenzierte Bildungssystem in Frage gestellt.

Zu unkritisch wurde den Empfehlungen und Zielvorgaben von EU und OECD Folge geleistet. Zu naiv setzte man sich dem Einfluss von interessengeleiteten Akteuren aus.

Zu unreflektiert reformierte man vielerorts das Bildungssystem.

Es darf deshalb nicht verwundern, wenn bei Eltern Abstiegsängste und Verunsicherung entstanden, wurde doch jahrelang propagiert, dass nur noch Abitur und Studium Teilhabe und Wohlstand ermöglichen.

Es darf auch nicht verwundern, dass Unterrichtsinhalte, Fachlichkeit und Leistungsorientierung in den letzten Jahren zurückstrecken mussten. Wurden diese Qualitätsmerkmale doch verdächtigt, für die Ausgrenzung instrumentalisiert zu werden.

Wir richten den Blick nach vorne und halten mit Selbstbewusstsein fest: Ohne uns geht es nicht! Wir haben für viele aktuelle Herausforderungen mit dem Konzept „Realer Bildung“ die passenden Ansätze und Angebote. Wenn die Fixierung auf Abitur und Hochschulstudium überwunden werden soll, dann müssen die mit „Realer Bildung“ befassten Schularten aufgewertet und gestärkt werden.

Jetzt sind wir dran! Stärkt uns! Investiert in uns! Mit einer Informationskampagne allein ist es nicht getan! Da muss mehr kommen, denn es geht um viel.

Fachkongress 2018

Vorstellung der Arbeitskreise

Der Ingelheimer Fachkongress steht für praxisorientierte Unterstützung von Lehrkräften. Timo Lichtenthäler (li.) und Michael Eich (re.) versprechen in der Anmoderation der Arbeitskreise wertvolle Anregungen und Impulse durch kompetente Referenten und Fachleute.

Wolfgang Redwanz

war vormals Fachleiter für Sozialkunde, Schulleiter und Koordinierender Referent der Außenstelle Schulaufsicht Koblenz. Sein Arbeitskreis befasst sich mit der Problematik des Rechtspopulismus in Europa und insbesondere damit, wie Schule damit umgehen kann.

Arbeitskreis 2: Politische Bildung

Dr. Florian Pfeil

ist Geschäftsführer der Ingelheimer Fridtjof-Nansen-Akademie und leitet seit fast zwei Jahren ein von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördertes Modellprojekt zum Thema „Regionales Kompetenzzentrum Flucht, Migration, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Dort beschäftigt er sich auch mit den gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland (Schlagworte: „Populismus und Extremismus“). Sein Arbeitskreis widmet sich dem Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“, der in Deutschland auf der Kippe zu stehen und sich zu verändern scheint.

Arbeitskreis 3: Multikultur und Integration

Rita Petry

ist Geschäftsbereichsleiterin „Berufsbildung“ der Handwerkskammer der Pfalz, Vertreterin des Arbeitskreises „Berufsbildung“ der Handwerkskammern und alternierende Vorsitzende des Landesausschusses für Berufsbildung. Angesprochen wird in ihrer Gesprächsrunde der sog. Akademisierungswahn, der Fachkräftemangel und Perspektiven des Bildungssystems.

Arbeitskreis 1: Zukunftschancen

Sabine Lioy

ist Referentin beim Pädagogischen Austauschdienst der Kultusministerkonferenz. Sie kümmert sich um internationalen Austausch im Schulbereich und ist für EU-Programme im Bildungsbereich (Erasmus plus, früher Comenius) zuständig. Sie stellt in Ihrer Gesprächsrunde vor, wie sich die Vermittlung von Kultur und Sprache fördern lässt und welche Möglichkeiten es für Sprache und Sprachvermittlung im Rahmen von EU-Programmen gibt.

Arbeitskreis 4: Sprache und Sprachvermittlung

Manuel Lillig

ist Schulpsychologe im Beratungszentrum Bad Kreuznach und als Schulpsychologe landesweit Stellvertreter im Bereich Koordination, Qualifizierung, Krisenberatung und Krisenintervention. Im Mittelpunkt seines Arbeitskreises steht schwerpunktmäßig der Umgang mit traumatisierten Kindern mit Fluchterfahrung.

Arbeitskreis 5: Wertewandel und Erziehung



Arbeitskreis 1: Zukunftschancen

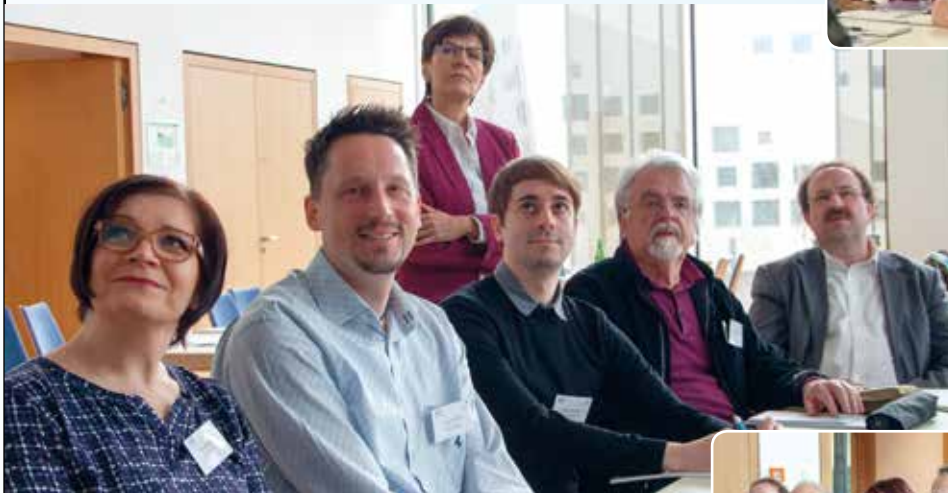
„Akademisierungswahn“, „Fachkräftemangel“ und „Wohin geht's mit unserer Bildung?“ Diesen Aspekten stellten sich die Referentin Rita Petry und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Arbeitskreises „Zukunftschancen“.

Die Expertin führte den Lehrkräften vor Augen, dass die Ausbildungszahlen aktuell stetig abnehmen, die Zahl der Studienanfänger dagegen zunimmt. Dies habe zur Folge, dass bis 2030 voraussichtlich ein Fachkräftemangel von ca. drei Millionen Erwerbstätigen entstehe. „Wie können wir gemeinsam Möglichkeiten finden, junge Fachkräfte zu gewinnen und damit dem Akademisierungswahn entgegenzuwirken?“. Wenn fast 40% aller Studierenden ihr Studium abbrechen, müsse man gegensteuern, das heißt, frühzeitig intervenieren bzw. präventiv arbeiten.

Stärkere Rolle der Berufsorientierung

Einen Ansatzpunkt sahen die Workshopbesucher in der schulischen Berufsorientierung. „Persönlichkeitsbildung sollte schon im frühen Schulalter eine stärkere Rolle spielen“, stellte Joanna Boehlke (Linz) fest und zielte damit auf interessenorientierte Maßnahmen im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung ab. In der Potenzialanalyse sahen Teilnehmer „eine gute Sache, aber in der Umsetzung eine Herausforderung“. Hier seien mehr Zeitressourcen nötig.

Angesichts der Tatsache, dass die duale Ausbildung im Ausland hohes Ansehen genießt, waren sich die Arbeitskreisteilnehmer darin einig, dass ihr auch in Deutschland wieder mehr Wertschätzung zuteilwerden sollte. Es müsse den jungen Menschen vermittelt werden, dass eine duale Berufsausbildung genau so viel wert ist wie ein Studium.



Dokumentation:
Anna Becker und Wolfgang Seebach



Arbeitskreis 2: Politische Bildung

Schule stehe in einem europäischen Kontext, stellte Wolfgang Redwanz in der Vorstellungsrunde seines Arbeitskreises fest. Und in Europa geht ein Gespenst um – das Gespenst des Rechtspopulismus. Die Zivilgesellschaft setzt sich damit politisch auseinander und stellt dabei die entscheidende Frage „Wo liegt die spezifische Verantwortung von Schule?“

„... politisch handlungsfähig machen!“

Im Verlauf des Workshops kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer überein, dass das Ziel der politischen Bildung sein muss, die Schülerinnen und Schüler politisch handlungsfähig zu machen. Durch aktive Beteiligung der Schülerinnen und Schüler kann das Verständnis für Pluralismus und Demokratie erreicht werden.

Wichtige Rahmenbedingungen für die politische Bildung bietet der bereits in den 70er Jahren formulierte „Beutelsbacher Konsens“:

- Schülerinnen und Schüler dürfen nicht im Sinne erwünschter Meinungen überrumpelt werden, sondern sollen ein selbständiges Urteil gewinnen.
- Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.
- Schülerinnen und Schüler müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren.



Dokumentation:
Christoph Schneider und Martin Radigk



Arbeitskreis 3: Multikultur und Integration

„Es geht um die ganz großen Themen“, kündigte Dr. Florian Pfeil an und meinte damit die Themenbereiche Integration, Migration, Flucht und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft. Zielsetzung seines Arbeitskreises war es, die schulische Um- und Auseinandersetzung mit diesen Themen aufzuarbeiten. Zu diesem Zweck stellten Dr. Florian Pfeil und seine Mitarbeiterin Ramona Kemper (Referentin für politische Bildung Fridtjof-Nansen-Akademie) zwei ihrer Projekte an weiterführenden Schulen vor, bei denen es unter anderem um das Thema Vorurteile ging.

„Multikultur ist mehr als „Deutscher“ und „Ausländer“, hebt Florian Pfeil im Laufe seines Workshops hervor und zeigt auf, dass die Stärken und Fähigkeiten eines jeden einzelnen viel mehr als dessen Nationalität seine Identität ausmachen. Hier müsse man Begegnungsprojekte schaffen, um in einen Austausch zu kommen, der Vorurteile abbauen kann.

Wichtig sind Selbstkompetenz und Wertschätzung

„Gerade vor dem Hintergrund, dass sich Gesellschaften ständig verändern, ist es für Lehrkräfte wichtig, ihren Schülerinnen und Schülern im täglichen Umgang Selbstkompetenz und Wertschätzung zu vermitteln“, so Florian Pfeil. Denn „niemand hat die Lösung, aber viele Menschen haben Ideen.“ Und diese müsse man anpacken und versuchen, zu verwirklichen.

Brigitte Fischer, Leiterin der Schulabteilung der ADD und Teilnehmerin des Arbeitskreises, brachte gegenüber den Kolleginnen und Kollegen ihre Wertschätzung zum Ausdruck: „Ich danke allen DaZ-Kolleginnen und Kollegen sowie Lehrkräften dafür, was sie insbesondere im Bereich der Sprachförderung und der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund leisten und bereits geleistet haben. Wir sind auf einem guten Weg zur Integration.“



Dokumentation:
Eva Schlegel



Arbeitskreis 4: Sprache und Sprachvermittlung

Sabine Lioy, Referentin des Pädagogischen Austauschdienstes der Kultusministerkonferenz, zeigte den Kolleginnen und Kollegen auf, welche Möglichkeiten es für Sprache und Sprachvermittlung im Rahmen von EU-Programmen gibt. Hierbei stellte sie u. a. das Projekt „Erasmus plus“ vor, das Sprach- und Kulturvermittlung auch im Schulbereich ermöglicht.

Für alle Fachrichtungen und Schularten offen...

„EU-Programme und Projekte, in denen man Kultur und Sprache vermitteln kann, sind für alle Fachrichtungen offen und auch für alle Schulformen und Schulstufen“, betonte Frau Lioy. „Es geht dabei nicht nur darum, wie ich Schülerinnen und Schülern helfen kann, Sprachkenntnisse zu erwerben, sondern auch um neue Möglichkeiten, wie man als Lehrkraft seine Fremdsprachenkenntnisse und die dazu gehörende Didaktik auffrischen kann.“



Abschließend wies Frau Lioy darauf hin, dass viele der bereit gestellten Gelder nicht

abgerufen werden. Daher sei die Chance recht hoch, eine Förderung durch die EU zu erhalten. Sie regte an, dass zwei, drei Lehrkräfte einer Schule oder auch mehrere Schulen in gemeinsamen Projekten zusammenarbeiten könnten.



Dokumentation:
Marlies Kahn und Regina Bollinger



Arbeitskreis 5: Wertewandel und Erziehung

Als Ziel des Arbeitskreises benannte Referent Manuel Lillig, Traumatisierung bei Menschen mit Fluchterfahrung zu verstehen und anhand eines Modells Umgangsmöglichkeiten zu erhalten.

Schule bietet Sicherheit, Orientierung und Struktur

Die Menschen, die zu uns geflohen sind, haben einen Verlust von Heimat und Familie erlebt. Auf ihrer Flucht haben sie unterschiedlich schlimme Erfahrungen gemacht. Daher sei es wichtig, Betroffene differenziert dort abzuholen, wo sie in ihrer jeweiligen Ankommens-Situation stehen.

Durch die Erläuterung von schulischen Abläufen, das Einhalten von Klassenritualen, den Erwerb der deutschen Sprache, die mögliche Interaktion mit Gleichaltrigen leistet Schule einen wichtigen Beitrag zur Trauma-Bekämpfung.

Schulen liefern durch ihren stabilen und sicheren Rahmen die Grundlage für eventuell notwendige Trauma-Therapien.

Wichtig ist die Wertschätzung der kulturellen Heterogenität

Die Angekommenen sollen ein Teil unserer Gesellschaft werden. Unser schulisches System bietet einen transparenten Umgang mit unseren Rollenbildern von Mann und Frau und eine Wertevermittlung unserer westlichen Kultur.



Dokumentation: Nicole Weiß-Urbach

„Der Journalist ist Beobachter, nicht Richter!“

Fachvortrag und Diskussionsrunde mit Udo van Kampen



„Mache dich als Journalist nie mit einer Sache gemein, selbst wenn es eine gute ist.“

Bernd Karst, der die Fragerunde mit Udo van Kampen moderierte, stieg mit der These ein, dass ein verstärkter Kampagnen-Journalismus zu beobachten sei. Er führte hierzu das Beispiel der Griechenland-Krise oder der Schulpolitik in Deutschland an (Forderung nach mehr Inklusion, Forderung nach einer Schule für alle oder Forderung nach Erhöhung der Abiturquote). Die jeweilige Problematik einmal aufgegriffen führe dazu, dass sich dann alle journalistischen Richtungen darauf stützten und die Fragestellung hochstilisierten oder erst für eine Sensibilisierung sorgten, die so nicht den Tatsachen entspräche.

Van Kampen bestätigte, dass Meinungsbilder und Entwicklungen in der Gesellschaft „angestachelt“ von der kampagnenhaften Arbeit der Medien zu beobachten seien. Er warnte davor, dass sich Journalisten von ihrer Aufgabe des Beobachters abwenden und sich in der Rolle des Richters sehen. Die Aufgabe des Journalisten sei es, so van Kampen, seine Quellen gründlich zu recherchieren und „gegenzuchecken“, damit die Objektivität nicht durch die persönlichen Emotionen verloren gehe. Journalistisches Arbeiten müsse echte Informationen und keine Meinung transportieren.

Am Beispiel der Flüchtlingskrise machte Udo van Kampen deutlich, dass hier weitgehend die Schicksale im Mittelpunkt standen und nicht die sich daraus ergebenden Konsequenzen. In diesem Zusammenhang erinnerte er an das Zitat des verstorbenen Mode-

rators der Tagesthemen Hajo Friedrich: „Mache dich als Journalist nie mit einer Sache gemein, selbst wenn es eine gute ist.“

Wird unsere Demokratie gemobbt?

Eine weitere Überlegung, die Bernd Karst in den Raum stellte: „Wird unsere Demokratie durch Fake News gemobbt?“ Van Kampens Replik: „Was bedeutet dies für unsere Demokratie, wenn mit Falschmeldungen die gewählten Träger der Demokratie zum Abschluss freigegeben werden?“ Aufgabe von Journalismus sei es, möglichst viele Standpunkte zu recherchieren und gegenüberzustellen. Nur so werde dem Leser oder Zuschauer das Angebot gemacht, sich eine eigene Meinung zu bilden. Der Journalist müsse mit Respekt gegenüber den politisch Engagierten auftreten, ihre Ansätze objektiv weitergeben und sich davor hüten, sein Urteil in die Berichterstattung einzubringen.

Hieraus ergab sich die Frage zum Umgang mit der AfD. Den Medien werde vorgeworfen, so Karst, dass sie der AfD eine zu große Plattform einräumen, den Schulen, dass sie keine Vertreter dieser Partei in Diskussionsforen mit Schülern zulassen möchten. Aber gleichzeitig weigerten sich Politiker mit Vertretern der AfD zu sprechen, was also wäre die angemessene Reaktion? Van Kampen erklärte: „Die AfD ist demokratisch gewählt. Sie hat Vertreter im Bundestag und kann daher nicht ignoriert werden.“ Mit der AfD müsse die politische Auseinandersetzung gesucht werden, um deren Phrasen zu entlarven, und deren Polemik müsse mit Argumenten begegnet werden. Aufgabe von Schule sei es, diese



Diskussion vorzubereiten und zu moderieren, die Jugendlichen zur Mündigkeit zu erziehen.

Rolle der Eltern und Lehrkräfte

„Lehrerinnen und Lehrer tragen eine hohe Verantwortung in punkto Aufklärung und Persönlichkeitsbildung von jungen Menschen – dies sei Aufgabe und Chance zugleich.“ Timo Lichtenthaler fragte nach der heutigen Rolle der Eltern bei der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu eigenständigen Persönlichkeiten. Das Familienbild habe sich verändert, so van Kampen. Aber dennoch müsse in der Familie das richtige Umfeld für die Entfaltung und Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit geschaffen werden. Die Erziehungsaufgaben dürften nicht an die Schule abgegeben werden und zuhause alles nach dem Prinzip „laissez-faire“ gestaltet sein. Die wichtige Rolle, die der Familie auf den verschiedenen Etappen des Lebensweges junger Menschen zukomme, belegte der Journalist an seiner eigenen Lebensgeschichte. Seinen beruflichen Werdegang hätte er nie so durchlaufen können, wenn ihn seine Frau nicht unterstützt und Sorge für die Familie getragen hätte. Bei jeder seiner beruflichen Neuorientierungen und den damit notwendigen Umzügen sei sie es gewesen, die den drei Töchtern geholfen habe, sich im neuen Umfeld, in der Sprache oder in dem neuen Freundeskreis zurecht zu finden. Eltern, so der Journalist, hätten eine große Verantwortung, diese müsse gesellschaftspolitisch immer wieder bewusst gemacht werden.

Bernd Karst ergänzte, dass eine Entprofessionalisierung des Lehrerberufes zu befürchten sei, weil viele (Erziehungs-)Aufgaben in der Schule geleistet werden sollen oder sogar müssen, die in früheren Generationen vom Elternhaus selbstverständlich bewältigt worden seien. Van Kampen merkte an, dass der Respekt gegenüber Lehrerinnen und Lehrern gelitten habe. Was – so seine persönliche Meinung – aber auch am Erscheinungsbild und Auftreten der Lehrerinnen und Lehrer, die sich an die Jugendlichen anpassen wollten, liegen könne. Es sei wichtig und notwendig, dass Lehrerinnen und Lehrer Interesse an den Themen der Zeit zeigen, z. B. an den Sozialen Medien. Er forderte hier sogar dazu

auf, sich mit den Schülerinnen und Schülern im Umgang mit Facebook und Twitter auf gleicher Stufe zu treffen, um über die Inhalte auf Augenhöhe diskutieren zu können.

Stärkung der Dualen Ausbildung und Beseitigung des Fachkräftemangels

Rita Petry, Geschäftsbereichsleiterin Berufsbildung der Handwerkskammer Rheinland-Pfalz und Mitglied im VRB-Beirat, verwies auf die Begeisterung eines französischen Ausbilders über das Duale Ausbildungssystem in Deutschland und zitierte ihn: „Ihr in Deutschland werdet für dieses System der Ausbildung bewundert, aber warum redet ihr es selbst gerade kaputt?“

Rita Petry appellierte an die Politik, die Rolle der Dualen Ausbildung wieder zu stärken. Im aktuellen Koalitionspapier sei die Stärkung der Dualen Ausbildung festgeschrieben. Die Frage stelle sich aber: „Was wird konkret dafür getan? Durch welche Maßnahmen kann eine positive Wahrnehmung von Handwerk und Ausbildung in den Medien transportiert werden?“

Es gelte Persönlichkeiten zu formen, dabei dürfe der Bildungsweg keine Rolle spielen, so Udo van Kampen. Der Wohlstand in Deutschland basiere auf mittelständischen Betrieben, die verlässliche Mitarbeiter benötigen und sich um sie kümmern. Es komme zu gravierenden wirtschaftlichen Folgen, wenn der Fachkräftemangel weiter ansteige. Das Image, aber auch die Vergütung von Handwerks- und Pflegeberufen müsse daher in Deutschland massiv verbessert werden.

Zusammenfassung: Monika Antoni

Resümee

Zum Abschluss des Fachkongresses ist es gute Tradition, den Tag noch einmal Revue passieren zu lassen. Diese Aufgabe haben Saskia Tittgen und Christoph Krier übernommen.



Wer von dieser Veranstaltung eine Antwort auf die Frage „Stehen wir vor einem Bildungsexit?“ erwartet hat, mag enttäuscht sein. Der Kongress konnte und wollte darauf keine Antwort geben. Ziel war es, dazu anzuregen, sich selbst kontinuierlich Fragen zu stellen, so Saskia Tittgen.

In seiner Grundsatzrede hat Michael Eich die Gefahr beschrieben, die entsteht, wenn gesellschaftliche Verunsicherung ausgenutzt wird, um längeres gemeinsames Lernen, Binnendifferenzierung, und demokratische Unterrichtsformen, Lehrkräfte als Lernbegleiter, eine Schule für alle, das Abitur oder sogar Studium für alle zu propagieren, und damit eine bessere Gesellschaft zu versprechen. Das Vernachlässigen der Inhalte, der Fachlichkeit

und der Leistungsorientierung als zentrale Qualitätsmerkmale von Unterricht sind gravierende Anzeichen eines Bildungsexits. Der VRB ist hier gefordert, gegenzusteuern.

Aus der Rede des Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler zitierte Saskia Tittgen: „In der Bildungspolitik scheinen Deutschland und Europa ihren Kompass verloren zu haben. ... Das Kerngeschäft von Schule leidet oftmals aufgrund einer Überfrachtung des Unterrichts mit unterrichtsfremden Aufgaben... Wir sind als Schule nicht der Reparaturbetrieb dieser Gesellschaft, dem einfach Aufgabe um Aufgabe zugemutet wird. Wir Lehrkräfte tragen ein hohes Verantwortungspotenzial. Wir verweigern uns folglich nicht den Herausforderungen, wir hinterfragen sie aber kritisch.“

Christoph Krier war am Morgen in die Rolle des Journalisten geschlüpft und hat in den einzelnen Arbeitskreisen O-Töne eingefangen und Statements festgehalten, die er am Nachmittag dem Plenum präsentierte. So konnten Besucher auch von den Ergebnissen der Arbeitskreise profitieren, an denen sie nicht selbst teilgenommen hatten.

Aus dem Vortrag Udo von Kampens stellte Krier heraus, dass Schüler in Zeiten des Rechtspopulismus und der Fake News zu kritisch hinterfragenden Bürgern erzogen werden müssen. Desinteresse und Politikverdrossenheit muss gemeinsam entgegengewirkt werden.



Aussteller

Der Cornelsen-Verlag und die BBBank Rheinland-Pfalz stellten sich mit ihren Angeboten vor. Bei dem Angebot des Verlages wurde besonderer Wert auf Hilfen und Handreichungen sowie Arbeitsblättersammlungen zur Differenzierung in den heterogenen Lerngruppen von Realschule plus und Integrierter Gesamtschule gelegt.

Cornelsen-Verlag

Der Cornelsen Verlag zählt zu den großen Anbietern für Bildungsmedien im deutschsprachigen Raum.

Im Bereich der digitalen Medien bietet der Verlag seit mehreren Jahren seine Schulbücher auf der Plattform www.scook.de als E-Books an. Mit dem „Unterrichtsmanager“ bietet Cornelsen eine integrierte Umgebung von Buch und Begleitmaterialien an.

www.cornelsen.de/home

BBBank



Der Cornelsen-Verlag wird von den schon viele Jahre in Ingelheim vertretenen Schulberatern, den Herren Köhler (li.) und Cassens (re.), repräsentiert.

Die BBBank eG ist eine deutsche Genossenschaftsbank mit Sitz in Karlsruhe. Sie konzentriert sich ausschließlich auf das Privatkundengeschäft. Mit einer Bilanzsumme von nahezu 11 Milliarden Euro und über 470.000 Mitgliedern gehört sie zu den großen Mitgliederbanken Europas. Das Bankhaus steht in der Tradition der deutschen Beamtenbanken. Seit Ende der 1960er-Jahre können Privatpersonen aller Berufsgruppen Mitglied werden. Die BBBank verbindet die Vorteile einer Direktbank, wie Preisgestaltung und Onlinebanking, mit den Leistungen und der persönlichen Nähe einer Filialbank.

Mail: christian.neugebauer@bbbk.de



Christian Neugebauer (li.) vertrat auf dem VRB-Fachkongress in Ingelheim seine Bank und informierte über das Angebot für Lehrkräfte und Vereine.

Team VRB

Eine Veranstaltung wie der Ingelheimer Fachkongress steht und fällt mit den Organisatoren, Experten und Helfern. Bernd Karst hatte die Planung zusammen mit Heidi Becker, Michael Eich, Wilfried Rausch und Saskia Tittgen vorab über Monate koordiniert.

Wolfgang Häring, Christoph Krier, Wilfried Rausch und Regina Sersch sorgten für die Dokumentation und betreuten sie redaktionell. Wir danken den Fotografen Karin Berneburg, Wilfried Rausch, Wolfgang Seebach und Wolfgang Wünschel. Martin Radigk organisierte die Verlagsausstellung. Die Berichterstatter der Arbeitskreise sind an anderer Stelle genannt. Allen ein großes Kompliment und ein herzliches Dankeschön!



Für einen reibungslosen Ablauf am Kongresstag sorgten Heidi Becker (re.), Saskia Tittgen (2.v.li.) und Caroline Hüttner.



Impressionen

Ingelheimer Fachkongress 2018



Fotografen: Karin Berneburg, Wilfried Rausch, Wolfgang Seebach und Wolfgang Worschel

► FUNDSACHE Allheilmittel Bildung



„Unsere Schulen werden immer mehr mit gesellschaftlichen Aufgaben überfrachtet, die im Elternhaus besser aufgehoben wären. Sie sollten sich wieder mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren: guten Unterricht, die Schulung des Denkens und des Geistes.“

Politiker aller Parteien werden nicht müde, Bildung als den Schlüssel zur Lösung all unserer Probleme anzupreisen. Um griffige Metaphern sind sie dabei nicht verlegen. Schulen sollen „Leuchttürme“ sein oder „Kathedralen“. Vielfältige Heilserwartungen knüpfen sich an unser Bildungssystem. Es soll die klugen Köpfe hervorbringen, die durch ihre Erfindungen unserem rohstoffarmen Land weiterhin Wohlstand sichern. Bildung soll als Fahrstuhl des sozialen Aufstiegs fungieren. Für die Bertelsmann-Stiftung – um Skandalisierungen nie verlegen – ist der Zusammenhalt unserer von sozialer Spaltung bedrohten Gesellschaft nur durch Bildung zu retten. Auch die Integration von Schülern mit Migrationsgeschichte könne nur durch Bildung gelingen.

In der Aufladung von Bildung zum universellen Heilsbringer sieht der Philosoph Konrad Paul Liessmann eine „säkularisierte Religion“. Wer den Heilserwartungen keinen Glauben schenkt, weil er einen realistischen Blick auf das durch Bildung Leistbare hat, gelte als ketzerischer Ignorant. Da Schule alles können soll, wird der Bildungsprozess ständig mit gesellschaftlichen Anliegen überfrachtet: Verkehrserziehung müsse sein, damit die Kinder nicht Opfer im Straßenverkehr werden; Sexualaufklärung mit HIV-Prophylaxe sei ethisch geboten; sich in der Geschlechtervielfalt unserer Zeit auszukennen, könne auch nicht schaden; gesunde Ernährung? auch sie sei als Lernthema nützlich. All diese Themen gehen, da sie in die existierenden Fachlehrpläne eingefügt werden, zeitlich zu Lasten des Fachunterrichts. Außer den Lobbyverbänden hat niemand daran wirklich Freude. Den Lehrkräften bleibt der ideologische Background dieser Themen nicht verborgen. Kritiker sprechen von „Schulungskursen für Political Correctness“ (Norbert Bolz). Die meisten Schüler langweilen sich, weil sie das nötige Wissen schon im Elternhaus erworben haben.

Mit der größer werdenden Vielfalt schulischer Themen korrespondiert ein auffälliger Rückgang bei den Leistungen in den elementaren Kulturtechniken...“

Rainer Werner in DIE WELT v. 17.2.2018

► BERTELSMANN-STIFTUNG „Sie werfen mit Studien“

Kaum eine Woche vergeht, ohne dass Autoren der Bertelsmann-Stiftung das Land belehren wollen. Sie kommen so selbstlos daher – und regen viele auf. Zurzeit zum Beispiel die Lehrer“ (...) „Es ist wohl kein Zufall, dass auch der derzeit lauteste Bertelsmann-Kritiker aus dem Bildungsbereich kommt: Josef Kraus, bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Streitlustig und streitbar beklagt Kraus einen Verfall des deutschen Bildungssystems, für den er nicht zuletzt die Stiftung verantwortlich macht. Ihre Studien setzt er stets in Anführungszeichen, aber ihm geht es vor allem um das „neoliberale Weltbild“, das sich von Gütersloh aus in die deutschen Klassenzimmer verbreite. Bildung werde „herunterdekliniert auf das, was sich in Zahlen pressen und in wirtschaftliche Vorteile ummünzen“ lasse. Es sei überfällig, fordert Kraus, der Stiftung den „Heiligenschein des angeblich selbstlosen Impulsgebers“ zu nehmen.“

Fundsache aus: Paul Munzinger
„Das Glashaus“ (Süddeutsche Zeitung vom 10.03.2018)

► FUNDSACHE: INTERVIEW MIT INGRID FREIMUTH (AUSZUG) Lieber Macho als deutsches Weichei

WELT: Frau Freimuth, gerade ergab eine Studie, dass Kinder mit Migrationshintergrund in Deutschland im Europavergleich überdurchschnittlich schlecht in der Schule abschneiden. Überrascht Sie das als Lehrerin?

Ingrid Freimuth: Nein. Wir in Deutschland setzen halt besonders wenig Regeln. Und wir vermitteln unsere Leistungserwartungen nicht so, dass sie für die Kinder verständlich sind. Schule funktioniert mittlerweile leider nach dem Spaßprinzip. Alles soll Freude machen, die Anstrengung ist in den Hintergrund getreten. Für Kinder, die aus bildungsfernen Familien stammen, ist das schwierig.

WELT: Warum?

Freimuth: Nun, in deren Familien werden Regeln oft sehr streng eingehalten. In unserem Bildungssystem, angefangen beim Kindergarten, finden sie diese Prinzipien nicht wieder. Diese Kinder können das aber nicht als Erziehung zur Freiheit verstehen. Sie empfinden es stattdessen als eine Art „Weicheigesinnung“. Diese Kinder und Jugendlichen fühlen sich uns in ihrer Regelmäßigkeit sogar überlegen. Ihnen kommt das solider vor als die Freiheit, zu der wir sie hinführen wollen.

Quelle: Die Welt vom 26.3.2018. Ingrid Freimuth hat viele Jahre an Haupt- und Realschulen als Lehrerin gearbeitet. In ihrem Buch „Lehrer über dem Limit“ formuliert Freimuth die These: Die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund ist gescheitert, Politik und Schulen müssen Konsequenzen ziehen.



► ENGAGEMENT
#neveragain

Niemals wieder. Am 24. März 2018 solidarisierten sich mehrere Millionen vor allem junge Menschen in den USA bei über 700 Kundgebungen im ganzen Land. Sie protestieren für schärfere Waffengesetze. Gegen den Einfluss der Waffenlobby auf die Politik. Für ihre Zukunft.

Ausgelöst hat diese Bewegung das Schulmassaker von Parkland am 14. Februar, bei dem ein ehemaliger Schüler mithilfe eines Sturmgewehrs 17 Menschen ermordete. Die Überlebenden kämpfen nun dafür, dass dies niemals wieder geschehen kann.

Es ist die Generation Z, die nach 1995 geborenen Jugendlichen und junge Erwachsenen, die ihre politische Stimme entdeckt und, angeführt von der 18-jährigen Emma González (Bild oben), aufgebeht. Beim „March for Our Lives“ kämpft sie für ihr Recht auf Leben, für das Recht der Kinder im ganzen Land ohne Angst vor einem weiteren Massaker in die Schule gehen zu können.

Die jungen Menschen treten ein für das Recht auf Gewaltfreiheit, auf Sicherheit. Sie fordern damit ihr Recht auf die Zukunft ein, die ihnen gehört. Einflussreiche Politiker der USA, allen voran US-Präsident Trump, schweigen. Wollen sie die ganze Sache aussitzen, lieber weiter großzügige Wahlkampfspenden der Waffenlobby annehmen? Nicht wenige begegnen den jungen Menschen gar mit Hohn und offenen Gewaltandrohungen.

Die Never-again-Bewegung tritt in die Fußstapfen der Anti-Vietnamkriegsbewegung. Sie scheint aus deren Schwächen gelernt zu haben; Die Jugendlichen wissen die modernen Medien zu nutzen, sind in den sozialen Netzwerken stets präsent. Sie dürfen nicht die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verlieren, nicht zulassen, dass ihre Forderungen mit dem Lauf der Zeit untergehen.

Wie die Geschichte weitergeht, bleibt abzuwarten. Eins ist bereits deutlich geworden. Die Never-again-Bewegung hat Hoffnung geweckt. Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Für sie lohnt es sich, sich Gehör zu verschaffen.

Und die deutsche Generation Z? Kann sich ein Beispiel nehmen.

wülHintergrund: www.youtube.com/watch?v=u46HzTGVQhg

► MINISTERIN GEBAUERS NRW-VERSUCHSBALLON

Diskussion um die Wertigkeit der Grundschulempfehlungen

Über die Bedeutung der Übertrittsempfehlung der Grundschulen wird in den Medien wieder verstärkt diskutiert. Ursache dafür sind vor allem die schlechten Ergebnisse internationaler Grundschulstudien. Außerdem stellt die Wirtschaft fest, dass es inzwischen immer mehr Studien- als Lehrstellenbewerber gibt. Durch einen gebremsten Zugang zum Gymnasium – so hofft man – könnte dafür gesorgt werden, dass die duale Ausbildung wieder stärker nachgefragt wird. Dem drohenden Fachkräftemangel will man unbedingt entgegen wirken. In die gleiche Richtung zielt die Informationskampagne für die Realschule plus in Rheinland-Pfalz.

Es war einmal...

An den lebenswegentscheidenden Tag im Jahr 1956 kann ich mich noch sehr gut erinnern: An der Hand meiner Mutter stand ich als Zehnjähriger erwartungsvoll mit etwa 150 Gleichaltrigen auf dem Schulhof des Gymnasiums in einer mir noch fremden Stadt. Dann stieg ein Lehrer auf eine Holzkiste und verlas in alphabetischer Reihenfolge lautstark – jeglichen Datenschutz missachtend – die Namen derjenigen, die die Aufnahmeprüfung am gleichen Vormittag bestanden hatten.

Diese von allen Interessenten zu absolvierende schriftliche Prüfung (Rechnen, Diktat, Aufsatz) war das einzige und ausschließliche Kriterium für die Schulaufnahme. Während viele mit hängendem Kopf und Tränen in den Augen den Platz der „Urteilsverkündung“ verließen, strahlten andere mit ihren Müttern um die Wette.

Damals wechselten etwa acht bis zehn Prozent eines Grundschuljahrgangs auf ein Gymnasium, rund neunzig Prozent verblieben an der „Volk-

... verlas die Namen derjenigen, die die Aufnahmeprüfung bestanden hatten

schule“. Die Realschule spielte damals zumindest in Rheinland-Pfalz noch keine Rolle. Im Lauf der Jahre erkannte man, dass der Besuch der „höheren Schule“ nicht von der punktuellen Tagesform abhängig gemacht werden konnte.

An die Stelle der Prüfung trat die nach genauen Kriterien vergebene verbindliche Grundschulempfehlung. Eltern, die von deren Richtigkeit nicht überzeugt waren, konnten die Kinder zu einer Aufnahmeprüfung anmelden, die schließlich über den Schulbesuch entschied. Während in Rheinland-Pfalz in den neunziger Jahren der Elternwille völlig freigegeben wurde, ist die Grundschulempfehlung in Bayern und Sachsen bis heute verbindlich.

Nun hat die nordrhein-westfälische Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) angeregt, über die 2011 aufgegebene Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung nachzudenken. „Mir sagen Lehrer, und zwar aus allen Schulformen und un- aufgefördert: Sie wünschen sich das verbindliche

Grundschulgutachten zurück“, sagte Gebauer in der Rheinischen Post am 5. Februar 2018. Das sei gerade für eine Liberale zwar eine schwierige Entscheidung, fügte die Ministerin hinzu: „Ich muss die Wünsche der Schulen gegen das hohe Gut des Elternwillens abwägen. Wenn aber die Schulen einen solchen Wunsch äußerten, dann muss dies die Landesregierung aufhorchen lassen, und man sollte darüber nachdenken dürfen.“

Zurück zur Verbindlichkeit?

Die Reaktionen auf Gebauers Gedankenspiele sind sehr kontrovers sowohl unter Elternvertretern als auch unter Lehrerverbänden. Die GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer, stellte fest, dass keineswegs nur die Kinder, die keine Gymnasialempfehlung haben, am Gymnasium scheitern würden. Der VBE befürchtet einen enormen Druck auf die Grundschullehrerinnen und auf die Kinder. Das wisse man aus Bayern. Dort würden schon Drittklässler zur Nachhilfe geschickt. In einer Pressemitteilung vom 13. Februar 2018 erklärt VBE-Bundsvorsitzender Udo Beckmann, die Schülerschaft werde immer heterogener und die Schülerinnen und Schüler müssten individueller gefördert werden. Dieser Herausforderung müssten sich alle Schularten gleichermaßen stellen. Die Illusion, an einzelnen Schulformen leistungshomogene Lerngruppen zu haben, sei absurd.

Der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Philologenverbands Peter Silbernagel begrüßt dagegen die Initiative der Ministerin: „Wir haben den Auftrag, jedes Kind individuell zu fördern. Wie sollen wir das gewährleisten, wenn wir keine Ahnung haben, auf welchem Leistungsstand die Kinder sind, wenn sie zu uns kommen?“ (welt.de, 12.02.18) Brigitte Balbach, Vorsitzende von „leher.nrw“ teilt in einer Pressemitteilung vom 5. Februar 2018 mit: „Zu oft landen Kinder nach der Grundschule auf einer Schulform, die nicht zu ihrem Leistungsvermögen oder ihren Neigungen passt. Dies führt zu Frust und Stress bei allen Beteiligten.“ Die Zahl der Abbrecher, die das Gymnasium nach Klasse 6 verlassen mussten, ist im letzten Jahr deutlich angestiegen.

Empfehlung als Beratungsgrundlage

Diskutiert wird auch in Baden-Württemberg, wo die Empfehlung der Grundschule ab diesem Jahr bei der Schulanmeldung am Gymnasium vorzulegen ist. „Ziele der Neuregelung sind mehr Transparenz für die aufnehmende Schule, einen besseren Übergang für die Schülerinnen und Schüler sowie zusätzliche Beratungsmöglichkeiten für die Eltern zu schaffen“, so Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) auf der Homepage des Kultusministeriums.

Neue Kontroverse um Verbindlichkeit der Empfehlungen

Zusätzliche Beratungsmöglichkeiten für die Eltern schaffen

Wenn Heterogenität und individuelle Förderung politisch gewollt sind, müssen auch die personellen und sächlichen Voraussetzungen an den Schulen dafür geschaffen werden

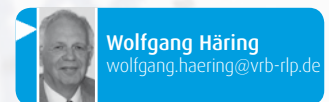
Die SPD sieht die Vorlagepflicht als schleichende Rückkehr zum dreigliedrigen Schulsystem. „Die Grünen haben nicht gemerkt, dass die CDU den Rückwärtsgang eingelegt hat, und da machen wir nicht mit“, sagte der SPD-Abgeordnete Gerhard Kleinböck. (Stuttgarter Zeitung, 06.04.17)

Karin Broszat, die Vorsitzende des baden-württembergischen Realschullehrerverbands (RLV), klagt: „Bei uns sitzen inzwischen Hochbegabte und Förderschüler in einer Klasse. Es ist schlicht unmöglich, den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden.“ (DIE WELT, 13.02.18) Der RLV möchte zu verbindlichen Empfehlungen zurückkommen.

Individuelle Förderung ist teuer

Es ist aus meiner Sicht nicht zu erwarten, dass aus der politischen Diskussion wesentliche Veränderungen in der Organisation des Übergangs von der Grundschule resultieren werden. Politiker, die das Elternrecht auf freie Schulwahl einschränken wollten, sind nicht populär. Allerdings wird durch die Diskussion einer breiteren Öffentlichkeit wieder einmal vor Augen geführt, mit welcher heterogenen Klassen die Lehrkräfte zu kämpfen haben. Wenn aber die Heterogenität und die individuelle Förderung politisch gewollt sind, müssen auch die personellen und sächlichen Voraussetzungen an den Schulen dafür geschaffen werden.

Wenn in allen Schularten eine intensive und von gegenseitigem Vertrauen getragene Elternberatung stattfindet und wenn die Gymnasien ihr Niveau und ihren Anspruch auf Studierfähigkeit ihrer Absolventen halten, können die schlimmsten Härten für alle Beteiligten gemildert werden.



► RBiRP-INTERVIEW (TEIL II)

Gespräch mit dem TV-Journalisten Udo van Kampen

Der Hauptredner des Ingelheimer Fachkongresses 2018 plädiert dafür, mit Worten und Sprache verantwortungsvoll umzugehen.



Im ersten Teil (Heft 1/2 2018, S. 20) berichtete Udo van Kampen, warum er nicht Lehrer, sondern ZDF-Korrespondent geworden ist. Die enge deutsch-französische Zusammenarbeit hält er für einen entscheidenden Faktor für die Zukunft Europas. Er beschrieb, warum der „11. September“ das einschneidende Ereignis seiner journalistischen Karriere war.

In dieser Ausgabe begründet Udo van Kampen, warum wir ein starkes Europa brauchen. Darüber hinaus erinnert er sich an seine Interviews mit Donald Trump und gibt zum Schluss den Blick frei auf seine persönlichen Erfahrungen mit Schule.

Bernd Karst: Wann wurde politisch erkennbar, dass wir ein starkes Europa brauchen?

Udo von Kampen: Mir wurde bereits in der Zeit in Amerika klar, dass wir ein starkes und vor allem ein geeintes Europa brauchen, weil wir nicht mehr als Nationalstaat allein in der sich wandelnden Welt existieren können.

Das gilt aktuell umso mehr mit Blick auf Amerika.

Keiner hatte vorausgesehen, dass Trump kommt. Ich hatte Trump dreimal selbst interviewt und niemals daran gedacht, dass dieser Mann einmal Präsident werden würde. Im Oktober 2003 hatte ich ihm die Frage gestellt, was er denn noch vorhabe. Und dann sagte er: „Udo, I wanna be the next president of the United States, Udo, I'm the best.“ Das Interview lief im ZDF, ich habe es zuletzt aus dem Archiv hervorgeholt. Als Trump so sprach, da hatte man fassungslos dagesessen, und als wir dann im Aufzug seines Trump Tower herunterfahren, hatten wir Journalisten uns gebogen vor Lachen.

Die Utopie von gestern ist die Realität von heute.

Um es auch zu sagen, ich empfand Trump damals gar nicht so wie heute, so gefährlich. Ich stand da in seinem „Golden Office“ und Trump fragte: „Hey Udo, how do you doing?“ Er klopfte mir hemdsärmelig auf die Schulter. Er war halt ein freundlicher Proll, der einfach nur von sich redete und damit protzte, was er alles gemacht hat und was er alles noch vorhat. Deswegen hatte ich eigentlich eher das Gefühl: Das ist halt so ein Aufschneider. Aber was er heute anrichtet und hoffentlich nicht noch weiter anrichten wird, das war damals überhaupt nicht absehbar.

Die anderen europäischen Länder schielen oft neidisch auf das wirtschaftlich starke Deutschland. Dennoch

sind auch hierzulande die Probleme unübersehbar. Ein Beispiel ist der zunehmende Fachkräftemangel. Wird Deutschland künftig nur noch aus Akademikern bestehen?

Ja, ein Volk von Akademikern, aber auch ein Volk von Ungelernten und Unterqualifizierten. Deshalb müssen wir auch einen europäischen Arbeitsmarkt anstreben. Ich habe sehr bedauert, dass, von Staatspräsident Hollande noch initiiert, der Unterricht der deutschen Sprache an französischen Schulen sehr zurückgefahren wurde. Man versucht, diese Entwicklung wieder umzudrehen. Andererseits geht auch hierzulande der Unterricht der französischen Sprache zurück.

Die spanische Sprache erfährt demgegenüber einen zunehmenden Stellenwert – sowohl an den Schulen in Frankreich als auch in Deutschland.

Spanisch ist eine Weltsprache, aber die Bedeutung der französischen Sprache darf nicht unterschätzt werden. Die Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich ist geprägt von den Menschen. Freundschaften müssen gepflegt werden. Sprache ist ein Schlüssel dafür. Die Jugend muss zusammengeführt werden. Es gibt Ideen innerhalb der europäischen Union, das sensationelle, aber vielfach unterschätzte Erasmus-Programm auch auf Schüler auszuweiten. Es werden so viele Milliarden Euro verschleudert. Warum gibt man nicht allen Jugendlichen einmalig einen europäischen Bahnpass, mit dem sie durch ganz Europa reisen können? Es gibt ein echtes Problem der Entfremdung. Man kennt sich nicht genügend. Es entstehen deshalb Spannungen.

Sie kommen aus dem rheinhessischen Weinort Sprendlingen. Welchen Bezug hatten Sie in Ihrer Jugend zu Frankreich?

Ich bin im Alter von 13 Jahren zum ersten Mal nach Frankreich gereist und bin von dort aus mit der französischen Austauschfamilie in den Urlaub gefahren. Sechs Wochen war dann der französische Schüler unser Gast. Wir pflegen noch heute miteinander Kontakt. Er hat drei Jungs, wir haben drei Mädchen. Wir sehen uns noch heute einmal im Jahr. Es hat sich also eine wunderbare Freundschaft von Bestand entwickelt.

Durch die Begegnungen entsteht Nähe, und über die Nähe entwickelt sich auch Verständnis für den anderen. Sprache und Sprachförderung an den Schulen werden daher ein zunehmendes Gewicht erhalten müssen – und nicht nur an den Gymnasien, sondern auch an den Realschulen plus und an den Integrierten Gesamtschulen.

Sprachförderung ist an allen Schularten notwendig. Auch die der französischen Sprache. Frankreich ist unser großer Nachbar. Ein Europa ohne Frankreich ist nicht möglich, ein Europa ohne Deutschland ist nicht möglich. Die beiden Länder sind die Triebfedern.

Lassen Sie uns von der Fremdsprache auf die Muttersprache wechseln. Es fällt auf, dass die zunehmende Verrohung der Sprache nicht nur im Netz stattfindet, sondern auch im öffentlichen Sprachgebrauch. Politiker sind häufig schlechte Beispielgeber. Die Verwendung eines negativen Vokabulars wurde im und nach dem Bundestagswahlkampf besonders deutlich.

Ich verfolge die Sprache der Politik mit großer Sorge. Es ist über alle Parteigrenzen hinweg verheerend, wenn führende Politiker sich einer derben Sprache bedienen.

Die kritische Reaktion in der Presse und in der Öffentlichkeit zeigt, dass hier wenigstens noch ein Korrektiv besteht. Die Wirkungen eines solchen Vokabulars auf Kinder und Jugendliche sind sehr negativ. Gerade als Journalist plädiere ich dafür, mit Worten und Sprache verantwortungsvoll umzugehen. Sprache muss daher viel mehr in den Mittelpunkt der Schule gestellt werden. Das gilt auch für die Vermittlung der Rechtschreibung. Mit Verwunderung nehme ich zur Kenntnis, dass sich das Schreibvermögen der Grundschüler gravierend verschlechtert hat und dass das Schreiben nach Gehör mit einem gewissen Wohlwollen auch von den Lehrkräften unterstützt wird. Ich bin absolut gegen diese Methode. Wenn ein Ministerium glaubt, hiermit fortschrittlich zu sein, dann führt diese Praxis zu einer Vergewaltigung der deutschen Sprache, die ja schon genügend vergewaltigt wird durch Twitter und andere sozialen Medien, in denen eine Kürzelsprache eingeführt ist, die Leute wie ich überhaupt nicht mehr verstehen.

Herr van Kampen, Sie haben drei Töchter und somit auch als Vater genügend Erfahrungen mit der Schule. Welche Rolle hat der Lehrer aus Ihrer Sicht?

Ich glaube, um es kritisch zu sagen, die Lehrer haben an Autorität verloren. Das veränderte Rollenbild liegt aber auch daran, dass die Lehrer zu sehr versucht haben, sich dem Zeitgeist anzupassen. Es gehört auch zum beruflichen Selbstverständnis dazu, sich von den Schülern zu unterscheiden, nicht nur im Wissen, sondern auch im Auftreten. Zum anderen beobachte ich mit Sorge, dass der Beruf des Lehrers in der Öffentlichkeit nicht mehr ausreichend anerkannt wird. Alle schreien in der Politik, wie wichtig Bildung für die Zukunft ist, und andererseits spielt der Lehrer im gesellschaftlichen Ranking eine immer geringere Rolle. Das passt nicht zusammen.

Im ewigen Streit um das Schulsystem steht die Frage zur Diskussion, ob ein längeres gemeinsames Lernen gerechter und leistungsfähiger ist als ein differenziertes Bildungsangebot. Welche Position vertreten Sie?

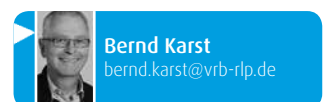
Ich präferiere ein differenziertes Schulsystem. Die Begabungen sind unterschiedlich. Die Individualität, die Förderung der Schwachen und der Starken, muss berücksichtigt werden. Es wäre fatal, wenn man einen Einheitsbrei machen würde. Das Ziel ist wesentlich anspruchsvoller, jede einzelne Fähigkeit, jede einzelne Stufe zu fördern. Einheit führt immer zum Brei. Differenzierung hat nichts mit sozialem Gefälle zu tun. Heute kann jeder auch aus sozial schwachen Familien eine weiterführende Schule zu besuchen. Ich bedauere es sehr, dass die Hauptschule abgeschafft wurde. Sie wurde leider so abgewertet, dass auch die Betriebe keinen Hauptschüler mehr einstellten. Aus der Hauptschule sind sehr viele meiner Freunde hervorgegangen, die heute hervorragende Handwerker und Facharbeiter sind, die sich weitergebildet haben.

Ihre Kinder besuchten Internationale Schulen...

Meine älteste Tochter wurde in Brüssel eingeschult. Die beiden jüngeren waren in einem flämischen Kindergarten. Nachdem wir in die USA umgezogen waren, besuchten alle drei Kinder die UNO-Schule. Keine konnte richtig englisch sprechen. Aber dieses Problem hatten zunächst alle Kinder, die dort angemeldet wurden. Die Schule war ein Schmelztiegel. Die Schüler stammten aus Afrika, aus Asien, aus allen Ländern der Welt. Der Schule ist es über eine intensive Sprachförderung in kürzester Zeit gelungen, die Schüler in einem Klassenverband zu integrieren und schließlich zum International Baccalaureate zu führen. Alle meine Kinder haben einen hervorragenden Weg durchlaufen. Ich führe das letztendlich auch auf die Schulen zurück. Meine Töchter leben in Deutschland und haben bis heute Freundinnen und Freunde aus aller Welt. Sie kommen bei Familienfeiern aus Ägypten, USA, Asien oder Korea angereist. Die Verbindungen aus dem früheren Klassenverband mit den unterschiedlichen Kulturen haben die Schulzeit überdauert und Freundschaften gefestigt.

Sie waren früher Schlagzeuger in einer Rockband. Geben Sie den Takt auch zuhause an?

Oh ... – Da ich auch heute aufgrund der zahlreichen Herausforderungen noch recht selten zuhause bin, bin ich froh, dass meine Frau die Zügel zusammenhält.



Verbot altersdiskriminierender Besoldung:

Berufungsurteile sprechen Musterklägern Entschädigung zu

Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz hat die drei mit gewerkschaftlichem Rechtsschutz versehenen Berufungsverfahren gegen das Land wegen altersdiskriminierender Beamtenbesoldung im System der Altersstufen durch Urteil vom 16. Januar 2018 entschieden.

Weil die Beamtenbesoldung in Rheinland-Pfalz unter landesrechtlicher Geltung der Altersstufen in der Besoldung bis Mitte 2013 (landesrechtliche Einführung der Erfahrungsstufen im Besoldungsrecht) fehlerhaft ausgestaltet war, erhalten alle drei dbb-Musterkläger jeweils 1.900 Euro pauschale Entschädigung. Das Oberverwaltungsgericht folgte dabei der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts. Eine Revision wurde nicht zugelassen, sodass davon auszugehen ist, dass das Land keine weiteren Rechtsmittel einlegt und die Entscheidung deshalb rechtskräftig wird. Von diesem Urteil profitieren nicht nur die dbb-Musterkläger. Mit dem

Land wurden seinerzeit Musterprozessvereinbarungen getroffen, wonach durch rechtzeitige Antragstellung eingeleitete Vorverfahren bis zum Bekanntwerden landesrechtlich einschlägiger OVG-Rechtsprechung ruhend gestellt wurden. Zur vereinfachten Antragstellung hatte der dbb rheinland-pfalz zu Beginn des Jahres 2012 ein Musterantragsformular verbreitet.

Auch der VRB Rheinland-Pfalz hat es zusammen mit den entsprechenden Infos auf seiner Homepage vorgehalten.

Das Engagement der Musterkläger und des dbb zahlt sich nun aus: Für das Land führt – aus Sicht des dbb rheinland-pfalz

– angesichts der eindeutigen Rechtsprechung kein Weg an der Entschädigungszahlung vorbei. Das zuständige Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz hat auf Nachfrage mitgeteilt, dass das Landesamt für Finanzen bemüht sei, die Entschädigungsansprüche schnell zu erfüllen. Allerdings müssen die Anträge individuell bearbeitet werden, was einige Wochen dauern könne.

Fazit: Es zahlt sich aus, im VRB und seinem Dachverband dbb Mitglied zu sein und von den gewerkschaftlichen Informationen sowie Tipps profitieren zu können. Der dbb rheinland-pfalz dankt den engagierten Musterklägern.

Wü/Quelle: dbb landesbund rheinland-pfalz: Rundschreiben Nr. 3/2018; OVG-Urteil (Aktenzeichen 2 A 11476/17.OVG, 2 A 11424/17.OVG und 2 A 11475/17.OVG).



Einer für Alle.

Werben Sie für Ihre Fachgewerkschaft ...

... und der dbb belohnt Sie mit einem Wertscheck und verlost unter allen Werbern zusätzlich einen attraktiven Sonderpreis.
(Aktionsschluss: 28. Februar 2019)

dbb
WERBEAKTION
2018

Infos:
www.dbb.de/mitgliederwerbung
Telefon: 030. 4081-40
Fax: 030. 4081-5599
E-Mail: werbeaktion@dbb.de

dbb
beamtenbund
und tarifunion
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

► VRB IM GESPRÄCH MIT DEM LANDESELTERNBEIRAT

Eine Informationskampagne alleine reicht nicht – es muss auch investiert werden!

Zu einem Austausch trafen VRB-Vorstandsmitglieder in Mainz mit dem Sprechergremium des Landeselternbeirates zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Themen „Stärkung der Realschule plus“, „Belastung der Kolleginnen und Kollegen“ und die „Digitale Bildung“. In vielen Punkten war man sich in der Zielsetzung einig.



VRB-Vorstandsmitglieder im Gespräch mit dem Sprechergremium des Landeselternbeirates (von links): Saskia Tittgen (VRB), Dr. Thorsten Ralle (LEB), Heidi Becker (VRB), Michael Eich (VRB), Markus Meier (LEB), Birgit Scharp (LEB)

Foto: LEB

„Es reicht nicht, Flyer zu drucken...“

Der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Eich nahm Bezug auf die Informationskampagne Realschule plus des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums. Der VRB begrüßt diese Kampagne, denn es ist wichtig, die Stärken der Schulart hervorzuheben, damit diese gleichberechtigt neben den Schularten des Gymnasiums und der IGS stehen kann. Ganz klar müsse aber sein, dass mit der Informationskampagne nur ein erster Schritt gemacht wurde. Michael Eich betonte, dass jetzt weitere Zukunftsinvestitionen erfolgen müssen. Es geht um die Stärkung einer Schulart, und dies bedeutet auch eine entsprechende sächliche, räumliche, digitale und personelle Ausstattung.

Landeselternsprecher Dr. Thorsten Ralle machte deutlich, dass es nicht reiche, Flyer zu drucken. Es müsse anhand von guten Beispielen deutlich werden, dass die Realschule plus eine durchlässige Schulform

ist, die viele Wege für die Jugendlichen offenhält und nicht in die Sackgasse führt.

Markus Meier, stellvertretender Landeselternsprecher, wies darauf hin, dass insbesondere kleine Schulen, die um ihre Existenz bangen, dringend die Stärkung und Unterstützung durch die Landesregierung benötigen, um Lernangebote machen zu können, die attraktiv sind und Eltern dazu bewegen, ihre Kinder an diesen Schulen anzumelden.

Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig: Eine gute Ausstattung, multiprofessionelle Teams, eine ausreichende Versorgung mit Personal, eine angemessene Profilstundenzuweisung und eine niedrige Klassenmesszahl über die Orientierungsstufe hinaus, sind unabdingbar für eine Stärkung der Realschule plus.

„Nicht genug Zeit für die Kernaufgaben...“

„Was wir uns wünschen, ist, Zeit und Ar-

beitsbedingungen zu haben, um Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden – sowohl den schwachen als auch den starken...!“, machte Saskia Tittgen deutlich.

„Die Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen plus leisten immer mehr. Dabei stellen wir fest, dass es zu einer Verschiebung zu Ungunsten der eigentlichen Kernaufgabe der Schulen kommt. Die Verpflichtungen in vielen außerunterrichtlichen Bereichen nehmen beständig zu. Demnach ist die Drittelpauschale für besondere unterrichtliche Aufgaben – auch im Schulartenvergleich – nicht mehr zeitgemäß.“

Grundsätzlich fordert der VRB eine bessere Lehrerversorgung. Und eine reduzierte Unterrichtsverpflichtung hätte direkte qualitätssichernde und -steigernde Auswirkungen auf den Unterricht.

„Mehr Vergleichbarkeit in der digitalen Bildung...“

Sowohl die Mitglieder des Landeselternbeirates als auch die VRB-Vertreter waren sich einig, dass die digitale Ausstattung vieler Realschulen plus nicht ausreichend ist.

Einhellige Meinung bestand auch darin, dass eine vergleichbare Ausstattung aller Schulen nötig ist, um den Anforderungen gerecht zu werden. Wer Bildung in einer digitalen Welt ernst nimmt, muss investieren – personell und sächlich. Dies darf nicht abhängig sein von der Finanzkraft der einzelnen Schulträger.



Abwanderung von Lehrkräften: Rheinland-Pfalz muss mehr Anstrengungen unternehmen

Im April 2018 führte der VRB-Landesvorstand ein Gespräch mit der bildungspolitischen Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion Helga Lerch. Im Zentrum des Austausches standen u.a. die Themen Informationskampagne, Selbstverantwortliche Schule, die zunehmenden Belastungen für Lehrkräfte sowie der sich abzeichnende schulartübergreifende Lehrermangel. Übereinstimmung herrschte darin, dass Rheinland-Pfalz im Wettbewerb der Bundesländer um Lehrkräfte mehr Anstrengungen unternehmen muss.

Nachhaltigkeit der Informationskampagne absichern

Der VRB begrüßt die Bemühungen der Landesregierung, mit der Informationskampagne die Öffentlichkeit über die vielfältigen Stärken der noch jungen Schulart Realschule plus zu informieren. Erste erfreuliche Anzeichen für eine positive Resonanz sind die gestiegenen Anmeldezahlen. Auch das Landesparlament verfolgt die Informationskampagne mit großem Interesse, bestätigt Helga Lerch. Der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler betonte in diesem Zusammenhang, dass der Informationskampagne eine Investitionskampagne folgen müsse. Die Öffentlichkeit und die Elternschaft seien gerade dann nachhaltig von einer Schulart überzeugt, wenn dort auch verstärkt Bildungsinvestitionen getätigt werden.

Chance selbstverantwortliche Schule?

Die FDP will mehr Selbstständigkeit für die Schulen. Im Bildungsausschuss haben die an dem Projekt „Selbstverantwortliche Schule“ teilnehmenden Standorte laut Helga Lerch überwiegend Positives zurückgemeldet. Man verspreche sich u.a. eine schnellere und passgenauere Rekrutierung von Lehrkräften sowie mehr Wertschätzung für die Bewerber. Zukünftig sollen laut Bildungsministerium 30 Prozent der Lehrkräfte über das „Verfahren zur schulischen Personalgewinnung (VSP)“ gewonnen werden. In der Kritik stünde allerdings die vorgesehene Kürzung der Schulleitungspauschale zur Finanzierung einer Verwaltungskraft. Auch der VRB kritisiert dieses Ansinnen, da mit dem Verfahren zur schulischen Personalgewinnung neue Belastungen z. B. aufgrund der umfassenden Dokumentationspflichtungen entstehen. Die Kürzung der Schulleitungspauschale ist nicht vermittelbar. Grundsätzlich bleibt der VRB skeptisch, ob die postulierten Zielsetzungen erreicht werden können. Es darf kein aufgeblähtes bürokratisches Verfahren verabschiedet werden, das zu Mehraufwand führt und letztlich wenig Nutzen erbringt.

Gestiegene Belastungen, Lehrermangel und Lehrerversorgung

Der VRB fordert, endlich anzuerkennen und ernst zu nehmen, dass die Belastungen für Lehrkräfte – gerade im Bereich Real-



Gesprächsteilnehmer FDP: Helga Lerch (Mitte); VRB-Vorstand (von links): Wilfried Rausch, Timo Lichtenthäler, Michael Eich, Martin Radigk

Foto: Wünschel

schule plus – in den letzten Jahren immer mehr zugenommen haben. Es sind vor allem die außerunterrichtlichen Aufgaben im Rahmen der ungebundenen Arbeitszeit, die immens angestiegen sind. Die Landesregierung darf nicht beharrlich wegsehen, wenn es um diese Belastungen geht, und durch Gesetzesänderungen und neue Verwaltungsvorschriften den Druck auf Lehrkräfte auch noch erhöhen. Auch der Landtag muss seiner Verantwortung gerecht werden, immerhin wird hier der Haushalt beschlossen bzw. der Finanzrahmen gesetzt. Der VRB fordert eine reduzierte Unterrichtsverpflichtung, zusätzliche Stunden für die Übernahme von besonderen Aufgaben sowie eine Personalentwicklung mit mehr Weitblick. Unternimmt Rheinland-Pfalz nicht mehr Anstrengungen, verliert es den bundeslandübergreifenden Wettbewerb um Lehrkräfte. Die FDP-Politikerin verweist auf den hohen Schuldenstand, der die Spielräume einengt. Sie sieht aber auch das Erfordernis, dass Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund des Besoldungsgefälles zu anderen Bundesländern zumindest schneller einstellen müsste.



Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de

► BUNDESREALSCHULTAG IN MAINZ

Jürgen Böhm als Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbandes bestätigt

117 Vertreter aus 13 Landesverbänden stellten während der Tagung ihre inhaltlichen Weichen für die kommenden vier Jahre und wählten ihren geschäftsführenden Bundesvorstand neu. Bernd Karst erneut Stellvertreter.



Die Delegiertenversammlung des VDR hat am 27. April 2018 im Rahmen des 24. Bundesrealschultages in Mainz Jürgen Böhm als Bundesvorsitzenden im Amt bestätigt. Jürgen Böhm (Mitte) bleibt damit Bundesvorsitzender. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Anton Huber aus Bayern (2.v.re.), Bernd Karst aus Rheinland-Pfalz (re.), Dirk Meußner aus Schleswig-Holstein (2.v.li.) und Brigitte Balbach aus Nordrhein-Westfalen (3.v.re.) gewählt. Auch dem Schatzmeister Ulrich Brambach (li. – Nordrhein-Westfalen) und dem Chefredakteur Karlheinz Kaden (3.v.li. – Niedersachsen) bescheinigten die Delegierten ihr Vertrauen. Gewählte Schriftführerin ist nach wie vor Petra Müller aus Sachsen (4.v.li.). Als Pressesprecherin wurde Waltraud Erndl aus Bayern (4.v.re.) neu gewählt.

In der Festveranstaltung bekannte sich die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig zur Realschule plus als unverzichtbare Säule in einer differenzierten Bildungslandschaft. Die Bildungsministerin

bezeichnete sie als Schule der Aufstiegschancen, die eng verbunden sei mit Handwerk und Technik. Die Strukturreform hätte die Wahlpflichtfächer der ehemaligen Realschulen als klares Alleinstellungsmerkmal erhalten und sogar noch weiterentwickelt. „Diese Fächer sind zeitaktuell und schlagen die Brücke zwischen Schule und Wirtschaft und schaffen die Möglichkeit, auf das regionale Wirtschafts- und Ausbildungsangebot zu reagieren“.

Für eine reibungslose Organisation und Moderation der Veranstaltung sorgten rheinland-pfälzische Teilnehmer: Bernd Karst, Wilfried Rausch, Michael Eich und Timo Lichtenthäler.



Fotos: Wünschel



Aktiv und gesund älter werden!

Die körperliche und geistige Fitness war in diesem Jahr Schwerpunktthema des VDR-Seniorenseminars im dbb forum siebengebirge in Königswinter. Referenten waren Kevin Walterschen, Geschäftsführer des Sportclubs OPTIMUM Altenkirchen-Hachenburg-Selters, und Ursula Lenz von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO).



Kevin Walterschen machte den Teilnehmern anschaulich deutlich, welche Auswirkungen ein Fitnesstraining im Alter haben kann. In unserer Reihe „Auf ein Wort ...“ sind wesentliche Inhalte seines Vortrags noch einmal kurz dargestellt.

Ursula Lenz vermittelte, welche Veränderungen im Prozess des Älterwerdens eintreten. Auch für die geistige Fitness gilt, dass Training zum Alltag gehören muss. Informationen und praktische Übungen zur mentalen Aktivierung ergänzten sich. Weitere Themen ihrer Vortragsreihe waren die Einflussfaktoren auf den Prozess des Älterwerdens und die Rolle von sozialen Kontakten, Lernen und freiwilligem Engagement.

Abgerundet wurde das Seniorenseminar durch eine bildungs- und berufspolitische Umschau im Bund und in den Ländern des VDR-Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm.



Fotos: Wilfried Rausch

Zum kulturellen Rahmenprogramm gehörte der Besuch des Privathauses von Konrad Adenauer in Rhöndorf.

Vom VRB nahmen Gudrun Deck, Margit Lenarz und Wilfried Rausch teil.



15 Regeln für gesundes Älterwerden

1. Seien Sie in allen Lebensaltern körperlich, geistig und sozial aktiv.
2. Leben Sie in allen Lebensaltern gesundheitsbewusst.
3. Nutzen Sie Vorsorgemaßnahmen.
4. Es ist nie zu spät, den eigenen Lebensstil zu verändern.
5. Bereiten Sie sich auf Ihr Alter vor.
6. Nutzen Sie freie Zeit, um Neues zu lernen.
7. Bleiben Sie auch im Alter offen für positive Ereignisse und neue Erfahrungen.
8. Begreifen Sie das Alter als Chance.
9. Pflegen Sie auch im Alter Kontakte.
10. Geben Sie der Zärtlichkeit eine Chance.
11. Trauen Sie ihrem Körper etwas zu.
12. Gesundheit ist keine Frage des Alters.
13. Nehmen Sie Krankheiten nicht einfach hin.
14. Suchen Sie nach guter Hilfe und Pflege.
15. Haben Sie Mut zur Selbstständigkeit.

Quelle: BAGSO

► TARIFKOMPROMISS IM ÖFFENTLICHEN DIENST DES BUNDES UND DER KOMMUNEN

Druck auf Besoldungsgesetzgeber in Rheinland-Pfalz

Tarifrunde Länder folgt im kommenden Jahr



Grundsätzlich positiv bewertet der dbb rheinland-pfalz das Ergebnis der dritten Tarifrunde um den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen (TVöD).

So sieht der Potsdamer Tarifkompromiss für die Tarifbeschäftigten bei Kommunen und Bund aus:

- Alle Beschäftigten bekommen bis März 2020 im Schnitt insgesamt 7,5 Prozent mehr Geld.
- Die Gehaltsgruppen wurden weitgehend neu geordnet und tariflich neu einsortiert.
- Für die unteren Einkommen bis zur Entgeltstufe sechs gibt es mit Wirkung vom 1. März 2018 eine Einmalzahlung von 250 Euro.
- Die Auszubildenden- und Praktikantentgelte erhöhen sich um jeweils 50 Euro (1. März 2018 und 1. März 2019).
- Die Laufzeit beträgt 30 Monate.

Der Verband Reale Bildung Rheinland-Pfalz sieht in dem Ergebnis für die Beschäftigten im Bund und in den Kommunen ein Signal für die Tarifrunde des öffentlichen Dienstes in den Ländern im kommenden Jahr. Eine deutliche Erhöhung der Einkommen der Tarifbeschäftigten im Schulbereich und die Übertragung der Ergebnisse der Tarifabschlüsse auf die Landesbeamten wird dann die Forderung des VRB sein. „Das Land RLP darf nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden und gut ausgebildeten Lehrernachwuchs direkt nach dem Abschluss des Studienseminars an benachbarte Bundesländer verlieren“, so der Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler.

Bei Fragen zum Tariffrecht:



Regina Bollinger

Tel.: 0 72 76 / 9 66 23 04
regina.bollinger@vrb-rlp.de



Martin Radigk

Tel.: 0 62 32 / 4 04 44
martin.radigk@vrb-rlp.de

„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung

俳句
Haiku

Handy-Bildung

Kopf-Herz-Hand
mit Smartphones bilden?
Malsehen

► BILDUNGSMINISTERIUM

Mit Fachgesprächen gegen sinkende Grundschulleistungen

Die katastrophalen Ergebnisse des IQB-Bildungstrends haben hohe Wellen geschlagen. (vgl. „Leistungsniveau im Sinkflug“ in Heft 1/2 2018, S. 27f) Auch das Bildungsministerium hat reagiert und Experten aus Wissenschaft und Praxis zu Fachgesprächen eingeladen. Der VRB war durch Saskia Tittgen vertreten.

Im ersten Fachgespräch am 20. November 2017 wurden die in der Studie festgestellten Defizite analysiert. Große Mängel stellte man im Sprechen und Zuhören fest. Für die weitere Arbeit gilt das Ziel: „Am Ende der vierten Klassenstufe sollen die Kinder gut lesen, schreiben und rechnen können.“ Angesichts der stofflich-thematischen Überfrachtung der Grundschule war dies für das Bildungsministerium offenbar nicht mehr ganz selbstverständlich.



Foto: www.fotolia.de

In der zweiten Runde am 19. Februar 2018 wurden Strategien zur Unterstützung der Grundschulen entwickelt. Dazu werden Arbeitsgruppen mit z. B. folgenden Themen eingerichtet:

- Unterrichtsversorgung und Vertretungskonzepte
- soziale Benachteiligungen/Kooperation mit Eltern
- schulische Übergänge

An einigen Schulen bzw. in anderen Bundesländern schon erprobte Programme will man auf mehr Grundschulen ausweiten und evaluieren:

- Bildung durch Sprache und Schrift (BISS)
- „Lesen macht stark“
- „Mathe macht stark“ (Diagnose- und Förderwerkzeug)
- „Ohrenspitzer plus“ (Programm zur Förderung der Hörkompetenz)

In diesem Schuljahr soll noch mit der Implementierung eines Aufgabenpools für Deutsch und Mathematik mit Basistexten und Beispielaufgaben begonnen werden. Darüber hinaus wird ein verbindlicher Grundwortschatz für Grundschulen eingeführt.

Wolfgang Häring

► HAUSHALT

Rheinland-Pfalz bei Bildungsausgaben weit hinten

Im Jahr 2016 haben Bund, Länder und Gemeinden 128,4 Milliarden Euro für Bildung ausgegeben, das sind 4,4 Milliarden Euro beziehungsweise 3,5 % mehr als im Vorjahr. Zu diesem Ergebnis kommt das Statistische Bundesamt (Destatis) im Bildungsfinanzbericht 2017 auf Basis von vorläufigen Daten für die öffentlichen Haushalte.

Circa die Hälfte (49,9 %) der öffentlichen Bildungsausgaben im Jahr 2016 wurde für Schulen aufgewendet. Weitere 23,2 % entfielen auf Hochschulen, 19,2 % auf Kindertageseinrichtungen sowie 7,7 % auf die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern, das Sonstige Bildungswesen (zum Beispiel Volkshochschulen) sowie die Jugendarbeit. Der Bund stellte 9,8 Milliarden Euro, die Länder 90,6 Milliarden Euro und die Gemeinden 28,0 Milliarden Euro für Bildung bereit. Die durchschnittlichen öffentlichen Bildungsausgaben pro Kopf lagen bei 1.600 Euro.

Rheinland-Pfalz hat dabei pro Kopf weniger ausgegeben als viele andere Flächenländer. In unserem Bundesland lagen die Investitionen pro Einwohner bei 1.293 Euro. 960 Euro entfielen auf das Land, 333 Euro steuerten die Kommunen bei. Das Bundesland liegt damit deutlich hinter den Spitzenreitern Hessen (1.495 Euro) sowie Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (jeweils 1.490 Euro).

Der Bildungsfinanzbericht 2017 steht unter <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/Bildungsfinanzbericht1023206177004.html> zum Download bereit.

Hr/Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 14.12.17



Foto: www.123rf.com

Entdecken – Entwickeln – Zukunft gestalten

mint läuft»

► MINT-INITIATIVE RHEINLAND-PFALZ

VRB: Schulen brauchen technische Assistenten!

Anfang des Jahres kamen Schulvertreter auf Einladung von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig zusammen, um sich über die MINT-Initiative des Bildungsministeriums zu informieren und Stellung zu beziehen.

Für die weiterführenden Schulen wurden sechs konkrete Maßnahmen und Projekte vorgestellt:

In der Sekundarstufe I soll es zukünftig die Möglichkeit geben, MINT-Zertifikate zu erteilen. Diese Zertifikate soll es für das überdurchschnittliche Engagement in den MINT-Fächern ab der 5. Klasse geben. Pro MINT-Aktivität erlangen die Schüler „Sterne“, die dann in einem abschließenden Zertifikat Berücksichtigung finden sollen. Eine erstmalige Vergabe eines solchen Zertifikats soll bereits am Ende des Schuljahres 2017/18 möglich sein.

In der Sekundarstufe I soll es die Möglichkeit geben, Technik-Kisten einzusetzen. Hierbei handelt es sich um Lego-Education-Basis-Sets mit der Erweiterung „Erneuerbare Energien, die erweiterbar sind auf Lego-Mind-Storm-Sets. Einsetzbar sind diese im Nawi-Unterricht und dem Physik-/Informatik-Unterricht. Es sollen 24 Schulen mit einem Schulsatz à 15 Kisten ausgestattet werden. Voraussetzung für den Erhalt einer Kiste ist die Teilnahme an einer Fortbildung und die Einreichung eines Einsatzkonzeptes. Begleitet wird das Projekt

durch die Technische Hochschule Bingen und das PL. Das Projekt ist inzwischen angelaufen.

Alle Schulen erhalten für den Einsatz im Biologieunterricht eine Forscherkiste „Durch die Blume: Blütenbiologie im Unterricht“, mit dem das Thema „Vielfalt“ im Biologieunterricht anschaulich vermittelt werden kann. Die Forscherkiste enthält außerdem ein Lehrerbegleitheft.

Zur Förderung des Experimentierens im Chemieunterricht bietet das Pädagogische Landesinstitut Fortbildungen zum Einsatz von Low-Cost-Experimenten im Chemieunterricht an. Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Fortbildung erhalten im Anschluss einen Experimentierkoffer mit Materialien für die Durchführung von Low-Cost-Experimenten in Chemieunterricht.

Ab Herbst 2018 sollen die Schulen einen „Alzheimer Koffer“ ausleihen können. Die Materialien wurden von der Technischen Universität Kaiserslautern und der Klaus-Tschirra-Stiftung entwickelt. Die Koffer sollen an 29 Landesmedienzentren ausleihbar sein.

Das Projekt „Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit“ ist ein Bildungsprojekt der „VRD-Stiftung für erneuerbare Energien“. Es sollen Kistensets zur Verfügung gestellt werden, die Module mit Unterrichtsmaterialien und Lehrerhandreichungen enthalten. Die Sets können zukünftig an den PL-Standorten Speyer, Koblenz und Bad Kreuznach ausgeliehen werden. Bei der Durchführung und Planung stehen Beratungskräfte und die VRD-Stiftung zur Verfügung.

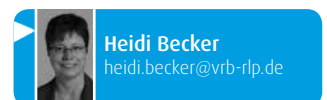
Neben diesen konkreten Maßnahmen und Projekten wurden noch übergreifende Handlungsfelder vorgestellt. So soll es konkrete Maßnahmen geben, um Mädchen verstärkt für MINT zu interessieren.

Ein weiterer Aspekt ist die Installation von Paten-Mentoren-Systemen. Durch Netzwerkbildung mit Berufsschulen, Betrieben, Universitäten und Hochschulen soll die Umsetzung von MINT an den weiterführenden Schulen optimiert werden.

Aktuelle Angebote werden auf der MINT-Homepage (www.mint.bildung-rp.de) angeboten. Die MINT-Geschäftsstelle wird den neu zu etablierenden landesweiten Förderwettbewerb für MINT-Regionen betreuen und die allgemeinen Fragen zum Thema MINT-Förderung beantworten.

Der VRB begrüßt das Engagement der Landesregierung, den Bereich MINT zu stärken. Neben der sächlichen Ausstattung dürfen aber die personellen Ressourcen nicht außer Acht geraten. Die Umsetzung des MINT-Konzeptes steht und fällt mit den engagierten Lehrkräften.

Die Systeme werden immer komplexer, und die Lehrkräfte brauchen die Sicherheit, dass die Technik nicht versagt. Lehrkräfte sind für die Durchführung des Unterrichts zuständig, nicht aber für die professionelle Betreuung der Systeme! Daher ist ein Schutz der Lehrerinnen und Lehrer vor Fremdaufgaben und Überforderung unabdingbar. Vor diesem Hintergrund gilt: Die Schulen brauchen einen Technischen Assistenten!





► EINE PRESSEKONFERENZ DER BESONDEREN ART

Wochen der Realschule plus

Schon die Einladung zur Pressekonferenz am 2. März 2018 erregte Aufmerksamkeit: „Unser Plus an Bildung“ – „Von Berufsorientierung über digitale Bildung bis zum künstlerisch-musischen Bereich: Die Realschulen plus in Rheinland-Pfalz sind echte Schulen der Chancen. Das haben die zurückliegenden „Wochen der Realschule plus“ eindrucksvoll belegt. Unter der Überschrift „Unser Plus an Bildung!“ wurden insgesamt zehn Schulen von Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung – allen voran die Bildungsministerin und der Bildungsstaatssekretär – sowie dem Präsidenten der Schulbehörde besucht. Ziel war es, über die vielfältigen Möglichkeiten und Angebote zu informieren, die den Schülerinnen und Schülern an den 184 Realschulen plus geboten werden.“

Das Catering übernimmt eine Schülerfirma

Neben dem Hinweis, dass Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig über die Erfahrungen und Ergebnisse der landesweiten Wochen der Realschule plus informieren wollte, war angemerkt: „Zu Gast bei der Pressekonferenz sind auch Vertreterinnen und Vertreter der Schulleitungen, Eltern, Absolventen sowie außerschulische Kooperationspartner der Realschule plus. Das Catering der Veranstaltung übernimmt eine Schülerfirma.“

Das Interesse war geweckt. Die Pressekonferenz war ein Event, und RBiRP hatte Gelegenheit, zahlreiche Gäste zu befragen und aufmerksam zuzuhören.





Podiumsgespräch: Positionen

Pressekonferenz als Event: Pressesprecher Henning Henn (li) begrüßte die Vertreter der Schulen, die im Rahmen der Informationskampagne in das Besuchsprogramm der Landesregierung eingebunden waren. Er zeigte den aktuellen Informationsfilm „Realschule plus“, der bei Elternabenden und Informationstagen eingesetzt werden kann. Die Mitwirkenden des Films waren ebenfalls eingeladen. Auf unserem Bild präsentiert er die neue Informationsbroschüre „Die Realschule plus – Unser Plus an Bildung“, aus der heraus sich sogar Filmsequenzen aufrufen lassen. Seine Gesprächspartner auf dem Podium waren von links: Melanie Steitz (Auszubildende bei Adient in Rockenhausen), Ministerin Dr. Stefanie Hubig, Schulleiterin Simone Gnädig (3. v. re. – Realschule plus Worms Pfrimmtal), Michael Kundel (Vorstandsvorsitzender Renolit in Worms) und Heike Haub (SEB-Vorsitzende an der Realschule plus Edenkoben).

„Ich werbe aus tiefster Überzeugung für die Realschule plus!“

Ministerin Dr. Stefanie Hubig sieht die Realschulen plus in besonderen Herausforderungssituationen (Stichworte: Migration, Inklusion und Quereinsteiger), zu deren Unterstützung besondere Maßnahmen (z.B. Versorgung mit Lehrkräften und zusätzlichen Funktionsstellen) erforderlich seien. Sie werbe aus tiefster Überzeugung für die Realschule plus. „Auf die Jüngsten muss man besonders gucken!“ (In Anspielung auf die erst im Jahr 2009 „geborene“ RS plus)



„Die Lehrkräfte standen hinter mir und haben mich gepuscht.“

Melanie Steitz hat auf einer Berufsmesse ihrer Realschule plus in Kirchheimbolanden ihren jetzigen Ausbildungsleiter kennengelernt. Sie lobt die Unterstützung, die sie von ihrer Schule bei der Berufsfindung erfahren hat. „Die Lehrkräfte standen hinter mir und haben mich gepusht. Aus heutiger Sicht ist es gut gewesen, dass wir verpflichtet wurden, auf Berufsmessen zu gehen. Ich hätte es nicht gemacht, wenn es freiwillig gewesen wäre - und meinen Beruf nicht gefunden! Ich weiß inzwischen, dass ich den richtigen Weg gegangen bin, und dafür danke ich meiner Schule.“



„Die Stärke der Realschule plus liegt im Praxisbezug.“

Heike Haub ist Elternvertreterin und Mutter zweier Kinder, die die Realschule plus durchlaufen haben. „Wir Eltern wollen die bestmögliche Bildung für unsere Kinder. Die anfänglichen Bedenken gegenüber der Realschule plus sind verflogen. Ihre Stärke liegt im Praxisbezug.“



„Wir haben gelernt, mit individuellen Begabungen und Stärken umzugehen.“

Für Schulleiterin Simone Gnädig sind die Wahlpflichtfächer das i-Tüpfelchen der Realschule plus. „Jede Schule besitzt ein eigenes Profil. Das fördert auch die Kreativität. Wir haben gelernt, mit individuellen Begabungen und Stärken umzugehen.“ Sie fordert darüber hinaus Ressourcen für den weiteren Ausbau der Ganztagschulen.



„...schaffen wir eine frühzeitige Begeisterung für berufliche Perspektiven.“

Michael Kundel beleuchtet das Thema Berufswahl vor dem Hintergrund der Bildungspartnerschaft. Dabei zeigt er auf, dass die Schülerinnen und Schüler in Deutschland mit dem Erfolgsmodell der dualen Ausbildung ein Privileg genießen. „Durch Bildungspartnerschaften, durch Kooperationen zwischen Realschulen plus und Unternehmen, schaffen wir eine frühzeitige Begeisterung für berufliche Perspektiven, Begeisterung für eine duale Ausbildung! Wenn Schüler für etwas brennen, dann ist das die beste Voraussetzung für den Erfolg. Wir wollen erfolgreiche Wege aufzeigen, die nicht nur über ein Studium verlaufen.“



Forderungen

Klassenmesszahl 7 bis 10 anpassen!

Bernd Karst, Ehrenvorsitzender und Pressereferent des Verbandes Reale Bildung, knüpfte an Äußerungen im Podium an, dass die Herausforderungen der Realschule plus besonders groß und die Rahmenbedingungen an den Schulen besonders schwierig seien: „Ist es dann auch so, dass die Schulen besonders gefördert werden? Es verdient Anerkennung, dass es der Landesregierung gelungen ist, die Funktionsstellen im Bereich der RS plus auszubauen. Vielleicht gelingt es darüber hinaus auch, die Klassenmesszahl in den Klassenstufen 7 bis 10 auf den Stand in der Orientierungsstufe zu bringen.“

Auf die Belastungen der Lehrkräfte im Schulalltag reagieren!

Manfred Schabowski, Sprecher der rheinland-pfälzischen Schulleiterinnen und Schulleiter an Realschulen plus, begrüßt, dass das Bildungsministerium in einer Informationskampagne und mit „Wochen der Realschulen plus“ auf die vielfältigen Stärken der noch jungen Schulart hinweist. Er fordert darüber hinaus eine kontinuierliche Unterstützung der Schulart. „Die bestünde aus Sicht der Schulleitervereinigung unter anderem in einer dringend erforderlichen Reaktion auf die Belastungen der Lehrkräfte im Schulalltag.“

Unterrichtsverpflichtung absenken!

Timo Lichtenthäler, VRB-Landesvorsitzender, erwartet begleitend zur Informationskampagne eine „Investitionsoffensive“. Angesichts der zunehmenden Erziehungs- und Bildungsherausforderungen müsse die Unterrichtsqualität gesichert werden. Lichtenthäler fordert eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung. Das diene auch einer besseren Bewältigung des individuellen Beratungsbedarfs seitens der Schüler und Eltern.



Schulen

Georg-von-Neumayer Realschule plus in Kirchheimbolanden



„Schule kann nur dann funktionieren, wenn sie als Team funktioniert.“

Jörg Oeynhaus (Bild unten, re.) ist Schulleiter in Kirchheimbolanden. Die Schule hat beim Besuch durch Staatssekretär Beckmann ihr Konzept der Berufsorientierung präsentiert, welches federführend Konrektorin Sophia Herrmann koordiniert. Das geschah zusammen mit den Schülerinnen und Schülern sowie Ehemaligen, die bereits erfolgreich ihre Schritte ins Leben gemacht haben. „Unsere Kooperationspartner haben wir mit einbezogen und vorgestellt. Wir haben auch gezeigt, dass Schule nur dann funktionieren kann, wenn sie als Team funktioniert.“

Das stellte auch die Catering-Schülerfirma (betreut von Silke Klemme-Schlink) unter Beweis. Die Schülerinnen ernteten für ihre Leckereien und ihr professionelles Auftreten Lob und Anerkennung.

Homepage: gvnschule.de



wohl fühlt bei dem, was man macht.“

Herr Frühholz, sehen Sie die Realschule plus auf dem richtigen Weg? In jedem Fall. Es geht zum Beispiel darum, die Grundschulleitern besser darüber zu informieren, welche Vorteile die Realschule plus bietet. Und das machen wir. Wir besuchen die Grundschulen. Das spiegelt sich auch in unseren Anmeldezahlen.

Anne-Frank-Realschule plus in Mainz

Schulleiter Ralf Frühholz (re.) ist mit Konrektor Anatol Leimbach (li.) und dem Päd. Koordinator Christian Schuttpelz vor Ort. Mit dabei ist SEB-Mitglied Andrea Körner, die als Mutter im Informationsfilm zu Wort kommt: „Wichtig ist, dass man sich

„Es war genau die richtige Entscheidung!“

Frau Körner, ist die Realschule plus die richtige Schule für Ihr Kind? Wir haben uns für die Realschule plus und ganz konkret für die Anne Frank Realschule entschieden, weil sie kooperativ arbeitet. Unser Kind, das als Quereinsteiger gekommen ist, hat von Anfang an Unterstützung gefunden. Und heute kann ich sagen, es war genau die richtige Entscheidung. Ich bin voll vom Konzept der Realschule plus überzeugt.

Sie haben sich in der Informationskampagne engagiert... Ich habe festgestellt, dass es auf Elternseite immer mal wieder noch ein Imageproblem gibt. Das in den Köpfen der Eltern zu drehen, ist eine wichtige Aufgabe dieser Informationskampagne.

Homepage: afr-mainz.de



Konrad-Adenauer-Realschule plus und Fachoberschule Landau

Felix Heitkamp (2. v. re.) und sein Vater Stefan (re.) sowie die Berufsberaterin Nina Hagelkrys (2. v. li.) und die Ausbildungsleiterin von Stadler und Schaaf, Birgit Bächler, sind mit der Konrad-Adenauer-Realschule plus Landau (KARS) verbunden.

„Wir arbeiten Hand in Hand.“

Nina Hagelkrys von der Arbeitsagentur Landau empfindet die Zusammenarbeit mit der KARS als angenehm und auch sehr intensiv: „Ich biete monatlich Sprechzeit in der Schule an, bin auch in Unterrichtsprojekten und bei Elternabenden vertreten. Wir arbeiten Hand in Hand. Die Schüler nehmen die Angebote wahr. Die Schule vermittelt auch gute Praktika. Für mich sind die vielen Neuntklässler interessant, die einen Praxistag machen. Die sind sehr gut vorbereitet. Und es zeigt sich, dass sie gute Möglichkeiten haben, direkt in Ausbildungsverhältnisse zu kommen.“

„Die Fachoberschule ist für uns ideal.“

Birgit Bächler ist Ausbildungsleiterin bei der Firma Stadler und Schaaf – Mess- und Regeltechnik. „Wir bieten für die Großindustrie Automationslösungen an. Wir sind seit dem Start der Fachoberschule mit der KARS in enger Verbindung. Wir haben das Projekt von Beginn an mitbegleitet und sind auch überzeugt davon. Die Fachoberschule Technik ist für uns ideal. Wir bieten im Anschluss ein duales Studium an.“

Homepage: kars-landau.de

„...würde Schullaufbahn wieder genauso einschlagen.“

Felix Heitkamp, FOS-Schüler in Klassenstufe 11, macht derzeit das Jahrespraktikum bei Stadler & Schaaf in Offenbach bei Landau. Er würde seine Schullaufbahn „wieder genauso einschlagen, da ich sehr praxisorientiert bin.“

Stefan Heitkamp würde seine Söhne wieder an die KARS schicken. „Wir hatten nach der Grundschule die Option Realschule plus oder Gymnasium. Gemeinsam haben wir entschieden, dass wir den Druck von den Kindern nehmen wollten. Bei beiden Kindern hat sich gezeigt, dass das der absolut richtige Weg war. Was nach dem Fachabitur kommt, ist offen.“



Realschule plus Dudenhofen

In Dudenhofen war Integrationsministerin Anne Spiegel zu Besuch. Für die Schule war das eine Chance, sich im Rahmen einer Projektwoche nach außen zu öffnen und zu präsentieren. Sie hat ihr Motto „Entdecke deine Möglichkeiten – nutze deine Fähigkeiten“ herausgestellt.

Schulleiter Christian Wallner: „Wir haben diesen Tag als Tag der Wertschätzung in der öffentlichen Wahrnehmung empfunden.“

Aus unserer Präsentation wurde Kommunikation, die Nachhaltigkeit sichert.“

In den Weihnachtsferien war die Schule Opfer eines Schmiererei-Angriffs geworden. In der Reaktion darauf haben die Lehrkräfte Projekte entwickelt zu den Themen Respekt und Toleranz: Die komplette Schulgemeinschaft hat mit Handabdrücken eine „Toleranzwand“ gestaltet. „Den Besuchstag haben wir genutzt, um die Toleranz-Idee in die Gesellschaft hinein zu tragen. Und so haben sich auch alle Gäste mit einem Handabdruck verewigt. Das war eine Gelegenheit zur Solidarität.“

Homepage: schule-dudenhofen-roemerberg.de

Realschule Plus Lahnstein

Elmar Gehendges und Andrea Kohlhaas, 1. Realschulkonrektor und pädagogische Koordinatorin an der Realschule plus Lahnstein, sehen in der „Woche der Realschulen plus“ für die Schulen eine gute Möglichkeit, ihr vielfältiges Angebot einer breiten Öffentlichkeit und der Politik darzubieten: „Praktische und theoretische Inhalte sind eng miteinander verzahnt. Den Schülerinnen und Schülern werden optimale Voraussetzungen geboten, ihren späteren Lebensweg in einer Ausbildung oder einer weiterführenden Schule erfolgreich fortzusetzen.“

Eine Möglichkeit, Anerkennung und Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen.

Beide Schulleitungsmitglieder machen am Beispiel ihrer Schule deutlich, dass der Besuch durch Innenminister Roger Lewentz allen für die Schule Verantwortlichen die Möglichkeit bot, Anerkennung und Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. „Wir hatten auch den Oberbürgermeister der Stadt Lahnstein, Herrn Labonte, Frau Bertram als Stellvertreterin des Landrates des Rhein-Lahn-

Kreises, Frau Voigtländer von der ADD Koblenz, unseren Schulelternbeirat sowie lokale Wirtschaftsvertreter zu Gast. Die lokale Presse und der SWR waren ebenfalls anwesend.“

Die RS plus Lahnstein präsentierte sich ihren Gästen mit ihren musischen und berufskundlichen Schwerpunkten. „Vorgestellt haben wir auch spezielle Unterrichtskonzepte, wie zum Beispiel den Einsatz eines Schulhundes im Unterricht, Kommunikations- und Methodentraining als Regelunterricht, Schüler unterrichten Schüler im WPF-Bereich, naturwissenschaftliche Projekte und Sprachförderung für Flüchtlingskinder.“

Homepage: realschulepluslahnstein.wordpress.com



Paul-Gillet-Realschule plus und Fachoberschule Edenkoben

Ministerin Dr. Hubig war hier im Januar zu Besuch. Bei der Abschlusspressekonferenz vertraten Schulleiterin Tatjana Kuhn und Elternsprecherin Heike Haub die Schule.

Was haben Sie als besonderes Profil der Schule gezeigt? Thema des Schulbesuchs war die Fachoberschule Wirtschaft und Verwaltung, die bei uns einen hohen Stellenwert hat. Sie bietet durch die Verbindung von Theorie und Praxis unseren Schülerinnen und Schülern beste Zukunftsperspektiven. Viele Ehemalige berichteten Ministerin Hubig von ihrem erfolgreichen Weg von der Realschule plus über die Fachoberschule in Beruf und Studium. Ausschlaggebend für die hohe Akzeptanz unserer Fachoberschule ist unter anderem auch die enge und intensive Zusammenarbeit mit unseren Partnerbetrieben der Region. Vertreter dieser Unternehmen ließen es sich nicht nehmen, beim Tag der Realschule plus die Vorzüge der FOS aus betrieblicher Sicht darzustellen. Unverzichtbar für uns ist die enge inhaltliche und personelle Verzahnung zwischen der Realschule plus und der Fachoberschule, die nicht nur über die Wahlpflichtfächer erfolgt.

„Ich kann sagen, sein Ehrgeiz wurde geradezu entwickelt.“

Frau Haub, Sie haben vorhin im Podium gesessen und die Elternschaft als Schulelternsprecherin und auch als Mitglied des Regionalelternbeirat vertreten. Würden Sie Ihr

Kind wieder an die Realschule plus schicken? Ich würde mein Kind wieder an die Schule schicken. Mein Sohn, der im Moment in der Klasse zehnte ist, hat sich für die Fachoberschule beworben. Er hat nicht von vornherein auf den Fachoberschul-Abschluss gezielt. Das hat sich im Laufe der Zeit ergeben. Ich kann sagen, sein Ehrgeiz wurde geradezu entwickelt. Es ist meines Erachtens wichtig, dass die Realschule plus mit dem Fachoberschul-Angebot nach außen signalisiert, dass der Bildungsgang keine Sackgasse ist.

Homepage: realschule-edenkoben.de



Realschule plus am Reichswald in Ramstein-Miesenbach

Schulleiterin Antonia Miecke und Konrektorin Isabelle Chatfield haben den Besuch von Staatssekretär Hans Beckmann als Zeichen der Wertschätzung empfunden.

„Wir kennen und begleiten jeden einzelnen Schüler.“

Die Schule hat einen „runden Tisch“ mit den Kooperationspartnern der Schule organisiert. Sie setzt auf individuelle Förderung von Beginn an durch Angebote der Ganztagschule, durch Praktika und den Praxistag. „Auch die Berufsorientierung wird großgeschrieben. Wir kennen und begleiten jeden einzelnen Schüler auch über seine Schullaufbahn hinaus.“ Beim Rundgang im Schulhaus interessierte sich der Staatssekretär besonders für die berufsorientierte Arbeitsweise der Wahlpflichtfächer und der „Keiner-

ohne-Abschluss-Klasse“. Er informierte sich direkt bei Schülerinnen und Schülern und verantwortlichen Lehrkräften über die zukünftige Planung einer Berufsorientierungswerkstatt, in der man die Werkstatttage der Handwerkskammer vertiefen will.

Homepage: rsplus-ramstein.de



Schülerauftritte

Aus Hahnstätten war die Schülerfirma „Bollty“ (aus engl. ball und beauty) angereist. Die Jugendlichen boten u. a. Anti-Stress-Knautschis und Anti-Stress-Salben an. Ihr Projekt beeindruckte Ministerin Dr. Hubig genauso wie der Auftritt von Tamara Karl, Merle Wüst und Josephine Itt (von links). Die Siebtklässlerinnen besuchten eine Bläserklasse der Konrad-Adenauer RS plus Landau und spielen nun im Bläserensemble der Schule mit.



Die Medien der Informationskampagne

Begleitet wird die Informationskampagne durch eine neue Broschüre mit dem Titel „Die Realschule plus – Unser Plus an Bildung“, die alle Grund- und Realschulen plus erhalten haben. Ebenso wurde den Schulen ein kurzer Informationsfilm zur Verfügung gestellt, der bei Elternabenden und Informationstagen eingesetzt werden kann. Ziel ist es, die Schulen bei der Schullaufbahnberatung zu unterstützen, damit Eltern eine fundierte Entscheidung bei der Wahl der weiterführenden Schule für ihr Kind treffen können.

Christina Noky-Weber (Mitte), im Bildungsministerium seit 1992 im Bereich Presse- und Öffentlichkeit unterwegs, verantwortet das Konzept der Informationskampagne. „Die Umsetzung wurde nach einer Ausschreibung der Agentur com.plot übertragen. Dass diese mit der Thematik vertraut war, hat die Sache sehr erleichtert.“

Für Volker Klemm (li.) von der Agentur com.plot in Mainz war die Grundidee hinter dem Film und der Broschüre, Authentizität zu schaffen. „Und das geht am besten über die, die in den Schulen als Lehrerinnen und Lehrer oder Schülerinnen und Schüler tätig sind, und auch über die, die als Kooperationspartner den Schulen zur Seite stehen. Es ging darum, sie alle berichten zu lassen, ganz authentisch, über das, was sie tagtäglich erleben.“

Web: realschuleplus.bildung-rp.de



Texte: Wolfgang Wünschel
Fotos: Bernd Karst, Wolfgang Wünschel

Kurzinterviews mit Hans Beckmann und Christiane Schönauer-Gragg



Die Realschule plus setzt auf Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung

Staatssekretär Hans Beckmann äußerte sich im Anschluss an die Pressekonzferenz gegenüber RBiRP zu seinen Eindrücken bei zwei Schulbesuchen und zur Weiterentwicklung der Realschule plus.

Welchen Stellenwert messen Sie den „Wochen der Realschulen plus“ bei? Die Wochen der Realschule plus sind eine hervorragende Einrichtung. Sie fanden dieses Jahr zum ersten Mal landesweit statt. Die Besuche haben mich darin bestätigt, dass die Realschulen plus mit ihren vielfältigen Konzepten Herausragendes leisten, vor allen Dingen im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung. Hervorheben möchte ich, wie stark sich die Kooperationspartnerinnen und -partner engagieren, und dass sich die Betriebe auch dazu äußern, wie gut die Realschulen plus ihre Aufgaben meistern.

„Die Realschule Plus ist ein Erfolgsmodell.“

Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass in anderen Bundesländern die Realschule plus als Erfolgsmodell wahrgenommen wird? Die Realschule plus ist ein Erfolgsmodell, weil wir im Rahmen der Schulstrukturreform einen Konsens bei der Umsetzung der Reformschritte erreicht haben. Die Realschule plus setzt auf Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung. Ein zusätzliches Plus war dabei zweifellos auch die Einrichtung der Fachoberschule, über die die Schülerinnen und Schüler die Fachhochschulreife erreichen können.

Mit welchen über die Informationskampagne hinausführenden Unterstützungsmaßnahmen will das Ministerium die Realschule plus weiter nach vorne entwickeln? Wir haben diesbezüglich in den letzten Jahren erhebliche Mittel aufgebracht und schon einiges auf den Weg gebracht. Zu nennen ist die Einrichtung einer weiteren Funktionsstelle, die des didaktischen Koordinators für große Schulen. Hier wollen wir dranbleiben und überlegen, die didaktischen Koordinatoren in einem nächsten Schritt auch an kleineren Systemen zu ermöglichen. Dazu kommt die Weiterentwicklung der Fachoberschulen. Schließlich wollen wir auch den Blick auf die Ausweitung der Schulsozialarbeit richten.



Bei der Informationskampagne geht es neben Vielfalt vor allem auch um Kontinuität

Christiane Schönauer-Gragg ist Referentin für die Realschulen plus („Oberste Schulaufsicht“) im Bildungsministerium. Im Gespräch mit ihr wird deutlich, wie vielschichtig sie die Chancen zur Weiterentwicklung der Realschulen plus angelegt sieht.

Schulbesuche sind ein Baustein

Die Besuche von Mitgliedern der Landesregierung an zehn Realschulen plus im Land sind für sie nur ein Baustein. „Zur Infor-

mationskampagne gehören außerdem eine zielgerichtete und vor allem kontinuierliche Unterstützung und Beratung der Schulen, Workshops und Fortbildungen sowie neue Kooperations- und Informationsmodelle am Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen.

Begleitet wird die Informationskampagne durch eine neue Broschüre mit dem Titel „Die Realschule plus – Unser Plus an Bildung“. Ebenso wurde den Schulen ein dreiminütiger Informationsfilm sowie mehrere kleinere Kurzvideos („Testimonials“) zur Verfügung gestellt, die bei Elternabenden und Informationstagen eingesetzt werden können. Eine weitere Alternative wäre, den Film und die Testimonials an passenden Stellen mit der schuleigenen Homepage zu verlinken.

Bei der Informationskampagne geht es also neben der Vielfalt vor allem auch um Kontinuität: „Die im Januar durchgeführten Schulbesuchswochen werden im Herbst des Jahres wieder durchgeführt, die Broschüre wird es sicherlich – nach Berücksichtigung von kritischem Feedback – in einer Zweitaufgabe geben.“

AG „Pädagogische Weiterentwicklung der RSplus“

Seit August 2016 ist auch die AG „Pädagogische Weiterentwicklung der RS plus“ wiederbelebt worden. Hier treffen sich Bildungsministerium, ADD-Referenten sowie Schulleiter und Lehrkräfte – nun unter der Leitung von Christine Eschborn-Müller, neue Referentin im Bildungsministerium – um sich derjenigen Themen anzunehmen, die für die Weiterentwicklung der RS plus wichtig sind. Für den derzeitigen Arbeitsschwerpunkt werden praktische Beispiele und Szenarien gesammelt und besprochen, die es den Schulen erleichtern sollen, alle Schülerinnen und Schüler erfolgreich zu einem Schulabschluss zu führen. Konkret wird derzeit ein „Handlungsleitfaden zum Umgang mit herausfordernden Schülerinnen und Schülern“ erarbeitet, der gute Konzepte und Anregungen, Fortbildungs- und Hilfsangebote beinhaltet und als „Steinbruch“ für alle Lehrkräfte in RLP digital zur Verfügung gestellt wird.

KMK-Projekt „Förderung leistungsstarker Schülerinnen und Schüler“

Ein weiteres Thema wird die Förderung leistungsstarker Schülerinnen und Schüler: Drei Realschulen plus nehmen am KMK-Projekt zur „Förderung leistungsstarker und potenziell leistungsstarker Schülerinnen und Schüler“ teil, Realschulen plus werden MINT-Schulen und erarbeiten schulinterne Konzepte, die Grundlage für die inhaltliche und pädagogische Weiterentwicklung dieser Schulart sind. Im Fokus ist die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, damit alle entsprechend ihrer Fähigkeiten, Fertigkeiten und Begabungen Chancen erhalten und die schulischen und beruflichen Wege von Seiten der Schule mit notwendigen Maßnahmen unterstützt werden.

Die AG „Pädagogische Weiterentwicklung der RS plus“ wird dafür sorgen, dass auch hier Ergebnisse zeitnah anderen Schulen zur Verfügung gestellt werden.

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 25. JANUAR 2018

Informationskampagne ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Realschule plus

Folgt nun eine Investitionsoffensive?

Der Verband Reale Bildung (VRB) begrüßt die Informationskampagne des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums. Mitglieder der Landesregierung besuchen in diesen Wochen Realschulen plus mit und ohne Fachoberschule, um die Öffentlichkeit über deren vielfältige Angebote und die damit einhergehenden Chancen für junge Menschen zu informieren. „Die Besuche der Vertreter der Landesregierung sowie des Bildungsministeriums unterstreichen die Bedeutung, die den Realschulen plus und Fachoberschulen für das rheinland-pfälzische Schulsystem zukommen“, betont VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler.

Die Landesregierung hat mit der Informationskampagne den ersten Schritt gemacht und verweist zu Recht auf die zahlreichen Stärken der Realschulen plus. Jetzt müssen weitere Zukunftsinvestitionen erfolgen, damit das vielfältige rheinland-pfälzische Bildungssystem insgesamt erhalten bleibt und zukunftssicher gemacht wird.

In Zeiten von Inklusion und Migration bei gleichzeitiger Digitalisierung und Leistungsorientierung muss dringend in die Sicherung der Unterrichtsqualität investiert werden. „Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten hervorragende pädagogische Arbeit, und das trotz zahlreicher Mehrfachbelastungen“, erklärt Lichtenthäler und fordert: „Wer die Bedeutung der Realschule plus herausstellt

und sich deren Stärkung zum Ziel setzt, der muss gerade bei dieser Schulart konsequenterweise auch die Rahmenbedingungen für guten Unterricht erhalten und sichern. Und die gibt es bei wachsenden Aufgaben nun einmal nicht zum Nulltarif.“

Der VRB fordert eine Investitionsoffensive, die angesichts der aktuellen Erziehungs- und Bildungsherausforderungen das Ziel hat, die Unterrichtsqualität an Realschulen plus und letztlich auch an Integrierten Gesamtschulen zu sichern. Eine einheitliche Unterrichtsverpflichtung von 24 Lehrerwochenstunden für alle Lehrkräfte hätte direkte qualitätssichernde und -steigernde Auswirkungen auf den Unterricht.

► IM GESPRÄCH MIT VERA REISS

Stößt die „In“-Pädagogik an ihre Grenzen?

Vera Reiß arbeitet an einer empirischen Untersuchung über Flüchtlingskinder in Schulen



Fotos: Schwinn

Inklusion, Interkulturelle Bildung, Individuelle Förderung, Interkulturalität, Interreligiöser Dialog ... – „Das sind Herausforderungen, die uns an Grenzen stoßen“, erklärt Vera Reiß in einem Gespräch mit Wolfgang Wunschel und Bernd Karst.

Die in Mainz lebende Politologin war von 1994 bis 2016 in unterschiedlichen Funktionen – zuletzt als Ministerin – im rheinland-pfälzischen Bildungsministerium tätig und gewann einen detaillierten Einblick in Abläufe von Politik und Verwaltung. Seit Dezember 2017 ist sie Doktorandin am Fachbereich Humanwissenschaften der Universität Kassel. Betroffen über die Situation der Flüchtlingskinder in den Schulen geht sie in ihrer Promotionsarbeit mit dem Titel „Die feinen Unterschiede sind groß“ der Frage nach, welche Maßnahmen erforderlich sind, damit Pädagogik nicht an ihre Grenzen stößt.

Verstärkt die Praktiker zu Wort kommen lassen und ...

Meine Absicht ist es nicht, ein theoretisches Werk zu schreiben, das lediglich die einschlägige Literatur ergänzt. Am Ende

der Arbeit sollen praktische Empfehlungen stehen. Deshalb halte ich den informellen Austausch mit Schulpraktikerinnen und Schulpraktikern für unerlässlich. Ich stelle immer wieder fest, dass der Dialog zwi-

schen Politik und Wissenschaft nicht hinreichend stattfindet. Deshalb möchte ich in meiner Arbeit verstärkt die Praktikerinnen und Praktiker zu Wort kommen lassen – insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schulleitungen.

...Vertreter aus Theorie und Praxis sollen stärker aufeinander zugehen.

Die Wissenschaft muss mehr Mut haben, Empfehlungen zu geben. Dies betrifft auch die Bildungsfinanzierung. Schulen sind unterschiedlich in der Integration der Flüchtlingskinder gefordert. Die Hauptlast in der Flüchtlingsfrage hat die Realschule plus zu tragen. Damit die Pädagogik nicht an ihre Grenzen stößt, müssen Mittel bereitgestellt werden, z.B. um die Alphabetisierung für Flüchtlingskinder zu finanzieren. Dies gilt gleichermaßen hinsichtlich der Hilfen für traumatisierte Kinder und Jugendliche.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Verteilung der finanziellen Mittel ausgewogener vorgenommen werden kann. Es muss auch akzeptiert werden, wenn bei ungleicher Belastung eine unterschiedlich hohe finanzielle Zuteilung erfolgt.

Ich wollte noch mal etwas anderes machen!

Sie haben Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaft und Pädagogik studiert. Als Ministerin waren sie inhaltlich ganz nahe mit diesen Studienfächern verbunden. Warum haben Sie das Amt aufgegeben, obwohl Ministerpräsidentin Malu Dreyer es gerne gesehen hätte, dass Sie als Bildungsministerin weitermachen?

Ich wollte schlichtweg etwas anderes machen. Als ich im Jahr 1994 ins Ministerium

Auszüge aus dem Projekt-Exposé: Die kleinen Unterschiede sind groß

In ihrer Arbeit will Vera Reiß die Frage, wie die schulische Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen gelingen kann, verbinden mit der Frage, ob die sog. „In“-Pädagogik (Inklusion, Interkulturelle Bildung, Individuelle Förderung, Interkulturalität...) in den Schulen an ihre Grenzen stößt.

Wo ist der Unterschied zu früheren Integrationsaufgaben? Das besondere Erkenntnisinteresse der Verfasserin ist: Woran liegt es, dass der schulische Integrationsprozess so mühsam vorankommt und sich die Institutionen Schule und Bildungsverwaltung schwertun, auf die gestiegene Zahl von Flüchtlingskindern im schulpflichtigen Alter zu reagieren? Was unterscheidet die aktuelle schulische Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen von früheren Integrationsaufgaben?

Die empirische Untersuchung dieser Arbeit besteht aus zwei Teilen: einer quantitativen Datenerhebung mit dem Erhebungsinstrument Fragebogen, der sich an die allgemeinbildenden Schulen richtet, und einem qualitativen Ansatz in Form von (leitfadengestützten) Gruppeninterviews mit ausgewählten Expertinnen und Experten (sog. „Methodenmix“).

kam, hatte ich mir vorgenommen, dort höchstens zehn Jahre zu bleiben. Es wurden dann 22 Jahre. Nun möchte ich mit etwas Neuem starten. Das Promotionsprojekt füllt mich aus. Ich arbeite gerade an einer empirischen Untersuchung und hoffe sehr, dass der Fragebogen, der in einigen Monaten an die Schulen geht, eine hohe Rücklaufquote erreicht. Ich setze im Sinne des thematischen Anliegens auf die Unterstützung der Praktikerinnen und Praktiker.

Politisches Handeln heißt, auf Menschen zuzugehen

Blick zurück auf Ihre Zeit als Ministerin. Auffällig war, dass Sie gelassen auf Konfliktgegner zugehen und diese häufig

als Kooperationspartner gewinnen konnten...

Mir ist sehr an einer transparenten Kooperation gelegen. Man muss immer versuchen, eine maximale Konsensfähigkeit herzustellen. Politisches Handeln heißt, auf Menschen zuzugehen. Diese Grundhaltung habe ich mir stets als Maxime gesetzt.

ZUR PERSON

Vera Reiß ist im südpfälzischen Jockgrim aufgewachsen. Nach Abitur und einjährigem Aufenthalt als „Au-pair“ in Kanada studierte sie Politikwissenschaft und Soziologie mit den Nebenfächern Volkswirtschaftslehre und Pädagogik an der Philipps-Universität Marburg. Als „Leiterin des Frauenbüros der Johannes-Gutenberg-Universität“ hat sie 1990 ihre Berufslaufbahn gestartet. Der Wechsel in das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung folgte im Jahr 1994.

Ihre Stationen dort waren Pressesprecherin, Leiterin des Büros des Ministers bzw. der Ministerin, Abteilungsleiterin, Staatssekretärin und Ministerin.

Zum Ende der 16. Legislaturperiode ist Vera Reiß im Mai 2016 auf eigenen Wunsch aus der Landesregierung ausgeschieden.



Und täglich grüßt der LOGO-Igel

Steckt die digitale Bildung in einer Zeitschleife?



„Programmieren so wichtig wie Lesen und Schreiben“

Als in fataler Weise der beschriebenen Zeitschleife ähnlich empfinde ich die seit Jahrzehnten immer wieder erneuerten Aufrufe, man müsse Schülern elementare Programmierkenntnisse vermitteln, damit sie in der digitalen Welt zurechtkommen:

Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte bei der Eröffnung der CeBIT 2017 „die Vermittlung der Fähigkeit zu programmieren als eine Grundfähigkeit neben Lesen, Schreiben, Rechnen.“ In SPIEGEL-online vom 9. März 2018 bezeichnet die frisch berufene „Digitalisierungsministerin“ Dorothee Bär Programmieren als so wichtig wie Schreiben und Lesen. „Eine Möglichkeit, Kinder und Jugendliche für das Programmieren zu begeistern, wäre, Programmiersprachen als zweite Fremdsprache in Schulen anzubieten“, postete Sigmar Gabriel als Wirtschaftsminister 2015 auf facebook. Edelgard Bulmahn (Bundesbildungsministerin unter Kanzler Schröder) wollte im Jahr 2000 bis spätestens 2004 alle Schüleranzahlen mit Laptops ausgestattet sehen.

Dorothee Wilms (Bundesbildungsministerin unter Helmut Kohl) verlautebarte schon vor 34 Jahren, dass junge Menschen Wissen über das System der Digitalisierung erwerben sollten. „Da der Einsatz informationstechnischer Systeme in den verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen aber nach den gleichen zugrundeliegenden Aufbauprinzipien (digitale Informationsdarstellung, Übersetzung realer Abläufe in ein von Maschinen ausführbares Programm) erfolgt, ist eine systematische Heranführung an diese Grundprinzipi-

Die Überschrift dieses Beitrags wird von den meisten Lesern wohl sofort mit dem bekannten und populären Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ (USA 1993) assoziiert worden sein. Der Protagonist dieses Films steht lange Zeit Tag für Tag vor den gleichen Problemen. Weder in seinen beruflichen Projekten noch in seiner Liebesbeziehung erlebt er Fortschritte – er empfindet sein Leben als festgefahren. Erst als er sich neuen Zielen zuwendet, an sich selbst arbeitet, Aktivitäten entwickelt, findet er die Liebe seiner Angebeteten und entrinnt der Zeitschleife.

en aber schon in der allgemeinbildenden Schule der sinnvollste Weg.“ (BMFT/BMBW, Deutscher Bundestag 10. Wahlperiode Drucksache 10/1281, 1984, S. 30)

Die Anfänge des Einsatzes von Computern im Bildungswesen liegen in den USA, wo 1967 mit LOGO von Seymour Papert und anderen eine erziehungsorientierte, funktionale Programmiersprache entwickelt wurde. Papert leitete in den 1970er Jahren am Massachusetts Institute of Technology einige vielbeachtete Projekte mit dem Ziel, Kinder zu den Konstrukteuren ihrer eigenen intellektuellen Modelle zu machen. Insbesondere sollten Kinder in die Lage versetzt werden, sich selbsttätig geometrische Zusammenhänge zu erschließen.

Der Igel als Symbol für das Programmieren in der Schule

Der Computer sollte ihnen dabei als mächtiges Werkzeug zur Erzeugung von geometrischen Figuren dienen. „Jedes normale Kind lernt sprechen, warum also sollte ein Kind nicht lernen, mit einem Computer zu ‚sprechen‘?“ (Papert, S., Mindstorms – Kinder Computer und Neues Lernen, 1982, S. 28) Von daher rührt, dass man das als Igel oder Schildkröte identifizierte Bildschirmicon, das per Programmierung Bewegungsspuren aufzeichnete, als Symbol schlechthin für das Programmieren in der Schule setzen kann.

Papert wies aber auch schon früh in aller Deutlichkeit darauf hin, dass sich mit neuen Inhalten des Unterrichts auch die Methoden ändern müssen.

Qualifikationen jenseits der Informationstechnik entwickeln

In Deutschland machte der Bremer Infor-

matiker Klaus Haefner anfangs der 80er Jahre wirkungsvoll auf den anstehenden Wandel aufmerksam. „Jeder Bürger muss in den Stand versetzt werden, die breiten Möglichkeiten der Informationstechnik als Erweiterung seiner persönlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten aktiv nutzen zu können.“ (Klaus Haefner, Die neue Bildungskrise, 1982, S.266). Er wies aber auch auf weitere Konsequenzen hin: „Das Bildungswesen muss sich intensiv bemühen, Qualifikationen des Menschen zu entwickeln, die deutlich jenseits der Möglichkeiten der Informationstechnik liegen.“ (Klaus Haefner, a. a. O., S. 267)

Neue Technologien waren und sind kein Selbstläufer

Man hat das Thema „Neue Technologien in der Schule“ für einen Selbstläufer gehalten – das war falsch, es gibt keinen Selbstläufer, genau so wenig wie es einen Motor ohne Energiezufuhr, bzw. ein Perpetuum mobile gibt!

Vieles deutet darauf hin, dass wir heute vor einem neuen Anlauf stehen, den Computereinsatz in den Schulen, den Unterricht mit Computern und über Computer zu forcieren. Man hat wohl auch erkannt, dass der bloße Konsum dieser Technik, die naive Anwendung nicht reichen. „Programmieren bedeutet heute, kompetent digital unterwegs zu sein“, sagt Gesche Joost (Designforscherin, ‚Deutschlands Internet-Botschafterin‘), „Unsere Kinder dürfen online nicht nur konsumieren, sondern müssen verstehen, dass sie auch gestalten können. Das ist wichtig für ihren zukünftigen Beruf und Deutschlands wirtschaftlichen Erfolg, aber auch für eine funktionierende demokratische Gesell-

schaft, in die sich jeder einbringen kann.“ (FOCUS 4/15) Stimmen aus Handwerk und Industrie äußern sich entsprechend. „[...] die reine Nutzung von digitalen Technologien führt jedoch nicht automatisch zu einem kompetenten Umgang.“ (BDA „Bildung 2030 im Blick“ ,Broschüre 2017)

Man spaziert beim Programmieren auf der Kommandobrücke

Auch Bedenkenträger werden wieder laut, die in der Beschäftigung mit der Technik die Gefahr sehen, dass der Mensch selbst zur Maschine degradiert wird. Aber: Eine Programmiersprache ist nicht „die Maschine“, sie ist ein Werkzeug, um die Maschine, den Computer, zur Produktion zu bringen. Man sitzt – um ein Bild zu gebrauchen – beim Programmieren nicht im Maschinenraum eines Schiffes, eingesperrt zwischen engen Wänden, sondern man spaziert auf der Kommandobrücke des Schiffes umher und hat ständig den Horizont im Blick (sollte ihn jedenfalls haben). Alle Programmiersprachen verwenden Strukturen aus der Logik und aus der Prozessbeschreibung, es sind auch Strukturen unserer Sprache und unseres Denkens.

Technik kompetent bewerten und verstehen können

Wenn wir der Technik so viel Einfluss auf unser Leben einräumen, wie das aktuell und auf absehbare Zeit der Fall ist, dann sollten wir Technik kompetent bewerten können, sie verstehen, um ihre Grundlagen und Grenzen wissen. Nicht nur Kenntnisse über die Verarbeitung von Information sollten wir vermitteln, sondern auch Wissen über die Missbrauchsmöglichkeiten/Manipulation von Information (wie z. B. über den Versuch im amerikanischen Wahlkampf 2016 Wählergruppen über an ihrem individuellen medialen Nutzungsverhalten angepasste Versorgung mit Nachrichten über die Sozialen Medien zu steuern).

Wir stehen möglicherweise wieder vor der falschen Alternative „diskutieren oder handeln“, nein: es muss heißen „diskutieren und handeln“. Sich orientieren, planen, entscheiden, handeln, bewerten, erneut orientieren ... ist der Weg der Entwicklung, wenn es um Nachhaltigkeit geht. Nichthandeln ist auch ein Handeln – mit Konsequenzen für die Zukunft. Nur Handeln befreit aus der Zeitschleife. Ande-



re haben gehandelt: Seit September 2014 ist Programmieren für alle Schüler von fünf bis vierzehn Jahren an den Grund- und weiterführenden Schulen in England, Schottland und Wales Pflichtfach.

Die Herausforderung im Bereich der digitalen Bildung besteht darin, aus einem Geflecht von Inhalten, Beschreibung von Kompetenzen, Entwicklung einer zeitgemäßen Unterrichtsmethodik und geeig-

nete sachlicher Ausstattung der Schulen einen lebensfähigen Organismus zu entwickeln, der mit der stetigen technischen Innovation gesund mitwachsen kann. Damit dies nicht auf dem Rücken einer überforderten Lehrerschaft ausgetragen wird, sondern unter Bereitstellung aller notwendigen Ressourcen geschieht – personell, materiell und institutionell – bedarf es der Wachsamkeit des VRB.

ZUR PERSON



Die Frage nach der Bedeutung der Neuen Technologien für das Bildungswesen begleitete fast durchgängig die berufliche Biografie (1963–2003) unseres Autors Rolf Monnerjahn. 1971 besuchte er in den Osterferien einen Kurs an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz über die Programmiersprache ALGOL (ALGOrythmic Language), es war seine Erstbegegnung mit dem Thema Computer. Bereits ab 1977 führte er Schüler in das Programmieren ein (zunächst

mit den ersten programmierbaren Taschenrechnern). Ab 1978 war er an der inhaltlichen Ausprägung des Wahlpflichtfachs Mathematik/Naturwissenschaften beteiligt.

Ab 1985 gehörte er zur (schulformübergreifenden) Projektgruppe „Informationstechnische Grundbildung“ (ITG), die Konzepte für Unterricht mit und über Computer entwarf und konkretisierte und in der Lehrerfortbildung vermittelte. Zwischen 1988 und 1994 war er an fünf Modellversuchen zu Computereinsatz und Lernen mit Computern beteiligt und begleitete die Produktion von Schulfernsehsendungen zum Thema. Von seinen Schülerinnen und Schülern haben sich etliche für den Ingenieurberuf entschieden, sind bei Siemens, Bosch, Daimler, Telekom, Cisco usw. untergekommen oder haben sich selbstständig gemacht.

Mail: rolf@monnerjahn.net

Auf ein WORT,



... Herr Walterschen!

Immer mal wieder trifft man bei Veranstaltungen auf Menschen, deren Tätigkeiten, deren Haltung, deren Ideen oder Visionen wir als interessant, hilfreich und weiterführend empfinden. Zeit für ausführliche und vertiefende Gespräche bleibt in der Regel nicht. Die Lösung ist das knappe Stichwortinterview unter dem Titel „Auf ein Wort...“. Das letzte führte Wilfried Rausch mit Brigitte Fischer, die bei der ADD Trier die Schulabteilung leitet.

Kevin Walterschen ist Geschäftsführer des Fitnessstudios Sportclub OPTIMUM in Hachenburg. Er hat ein Lehramtsstudium an der Universität Düsseldorf mit den Fächern Sport und Biologie und ein Geographiestudium an der Universität Köln absolviert. Seine Examensarbeit schrieb er über Effekte des gerätegestützten Krafttrainings bei Osteoporose. Er ist in Besitz mehrerer Trainerlizenzen. Ein Schwerpunkt seiner beruflichen Tätigkeit ist das Fitness-training im Alter.

Körperliche Fitness im Alter

Mit zunehmendem Alter schwinden unsere körperlichen Fähigkeiten. Etwa ab dem 30-igsten Lebensjahr verlieren wir alle 10 Jahre ca. 5 bis 10 % unserer Muskulatur. Hinzu kommt, dass unsere Knochen immer poröser werden. Bei fehlender Fitness ist die Sturzgefahr erheblich höher einzuschätzen. Die Sturzfolgen können Knochenbrüche sein. Gerade wenn Wirbelkörper oder Oberschenkelhalsknochen betroffen sind, können Operationen besonders im Alter mit Komplikationen verbunden sein, die zu massiven Einschränkungen im Alltag führen. Allgemein lässt sich sagen, dass schwindende körperliche Fähigkeiten zu einem Verlust an Selbstständigkeit im Alter führen.

Ziel eines Fitnessprogramms?

Nicht nur im Alter muss es unser Ziel sein, unser Training nicht einseitig auszurichten. Ausdauertraining ist sicherlich nützlich. Aber wichtiger für die Bewältigung des Alltags sind besonders im Alter Kraft- und Muskeltraining, Koordinations- und Beweglichkeitstraining. Wichtig ist, das Fitnessprogramm regelmäßig zu betreiben. Mit der Regelmäßigkeit kann nicht nur die körperliche Fitness sondern auch die geistige Fitness erhalten werden.

Kraft- und Muskeltraining

Optimale Trainingsvoraussetzungen bietet ein gerätegestütztes Krafttraining. Die Bewegung ist vorgegeben und daher einfach zu erlernen und zu merken. Die Widerstände sind fein dosierbar und sorgen somit für Schonung der Gelenke. Ein geräteunterstütztes Kraft- und Muskeltraining stärkt Sehnen, Bänder und Gelenkknorpel und trägt zur Verbesserung von Osteoporose bei. Häufig wird dieses Training gezielt zur Vorbereitung auf Operationen und zur schnelleren Regeneration nach Operationen eingesetzt.

Koordinations- und Beweglichkeitstraining

Koordinationstraining lässt sich sehr gut in Gruppen bzw. in Kursen durchführen. Das Training in Gruppen trägt zur Motivationssteigerung bei. Kräftigungsübungen werden hierbei mit eigenem Körpergewicht und ohne Hilfsmittel zur Bewegungsführung durchgeführt. Ziel dieser Trainingsmaßnahmen ist es, die intramuskuläre Koordination und die Zusammenarbeit der Muskeln zu fördern. Bei den Beweglichkeitsübungen soll die Muskulatur wieder in ihre ursprüngliche Länge überführt werden, damit sich die Beweglichkeit verbessert und eventuell Schmerzen verschwinden. Durch unsere gebückte und überwiegend sitzende Haltung verkümmert unsere Muskulatur. Schmerzen treten häufig deshalb auf, weil die Muskulatur verlernt hat, über die volle Amplitude zu arbeiten. Beweglichkeitstraining kann mit und ohne Geräte durchgeführt werden.

Training im Alltag

Ich muss noch einmal wiederholen, dass ein funktionelles Training unschätzbare Dienste leisten kann, die Alltagssituationen lange Zeit ohne fremde Hilfe mit größtmöglicher Mobilität zu meistern. Studien belegen, dass auch ältere Menschen, die nach langer Zeit wieder regelmäßig trainieren, positive Auswirkungen auf ihr körperliches Wohlempfinden erfahren können. Wichtig ist, dass man am aktiven Sport Spaß finden kann und sich nicht zu hohe Ziele setzt, die eher frustrieren als motivieren. Es gibt erfreulicherweise viele gute Angebote im sportlichen Bereich, die die Menschen bei ihrem individuellen sportlichen Fitnessprogramm unterstützen können.



Fitnessstudios?

Auch ältere Menschen können ihren Platz in einem Fitnessstudio finden. Bei der Auswahl sollte man allerdings genauer hinschauen und prüfen, ob die Einrichtung zu einem passt und entsprechende Angebote bietet. Aus meiner Sicht sollte bei der Auswahl eines Fitnessstudios auf die Ausbildung der Trainer, die Anwesenheit und die Ansprechbarkeit der Trainer während des Trainingsprogramms geachtet werden. Für uns ist es entscheidend, mit unseren Mitgliedern einen auf sie abgestimmten Trainingsplan zu erarbeiten, den wir im Austausch und nach Fortschritt überarbeiten. Auch nach den vertraglichen Modalitäten sollte man sich eingehend erkundigen. Eine Testphase sollte gewährt und Laufzeitverträge sollten nicht zwingend vorgegeben werden. Trainerstunden sollten zum Service gehören und nicht extra bezahlt werden müssen. Aber auch in unserem Bereich gilt der Grundsatz, Qualität hat ihren Preis.

Fotos: Wilfried Rausch, Karin Berneburg

StichWORTGEBER

war Wilfried Rausch,
der Herrn Walterschen im April traf.

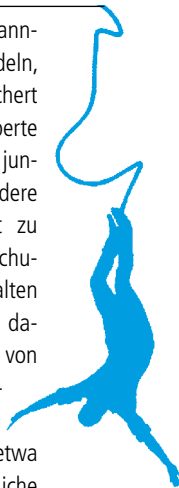


► VERSICHERUNG

Vorsicht bei Schulabschluss-Streichen

Selten entwickeln Schülerinnen und Schüler so viel Kreativität und Energie wie bei der Planung von Schulabschlussfeiern. Auch wenn für viele ein möglichst origineller „Abi-Streich“ zum bestandenen Abschluss dazu gehört, ist Vorsicht geboten. Kommt es dabei zu einem Unfall, greift die gesetzliche Unfallversicherung nicht automatisch, warnt die Unfallkasse Rheinland-Pfalz. Gilt die Abi-Feier als schulische Veranstaltung, bestehe gesetzlicher Schutz. „Bei Abi-Streichen, die nicht unter Aufsicht, Kontrolle oder Einflussnahme der Schule stehen, sieht das etwas anders aus.

Hier handelt es sich um sogenanntes eigenwirtschaftliches Handeln, das nicht gesetzlich unfallversichert ist“, sagt Versicherungsexperte Jörg Zervas. Er appelliert an die jungen Erwachsenen, sich und andere mit Abschluss-Streichen nicht zu gefährden. Bei Feiern, die als schulische Veranstaltungen abgehalten werden, habe die Schulleitung darauf zu achten, dass Späße, die von den Betroffenen nur schwer beherrschbar seien, unterblieben, so Zervas. Zu verbieten seien etwa Bungee-Springen oder gefährliche Kletterpartien.



Hr / Quelle: DIE RHEINPFALZ – Wirtschaft, 31.01.18

► DATENSCHUTZ

Lehrer nutzen private Laptops

Nach Angaben des Bildungsministeriums müssen die Schulleiter die Nutzung privater Geräte genehmigen. Das ist an Datenschutzauflagen geknüpft. Die Lehrer wiederum müssen erlauben, dass ihre – privaten – Geräte womöglich von Schulleitung oder Behörden kontrolliert werden. Das machen nicht alle Lehrer mit. (...)

Der Philologenverband Rheinland-Pfalz sagt, die Regierung dürfe ihre Beamten nicht alleine lassen. „Entweder muss man Lehrkräften auch für die Einarbeitung in Datenschutz und Wartung der Geräte entsprechend Zeit zur Verfügung stellen oder man muss diese Wartung anderen übertragen“, so Landesvorsitzende Cornelia Schwartz. Handlungsbedarf in Sachen Datenschutz sieht Bernd Karst vom Verband Reale Bildung Rheinland-Pfalz bei Notenverwaltungs-Apps.

Quelle: Wormser Zeitung vom 22.3.2018



► DAS ÄNDERT SICH 2018 Steuern, Geld & Recht

Fristverlängerung für Steuererklärung schon 2018

„Die Einkommensteuererklärung für das Jahr 2017 kann bis zum 31. Juli 2018 abgegeben werden. Hintergrund der Fristverlängerung ist das Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens, das ab dem Jahr 2019 den 31. Juli als Termin zur Abgabe der Einkommensteuererklärung vorsieht. Die rheinland-pfälzischen Finanzämter kommen den Steuerbürgerinnen und -bürgern entgegen und setzen die um zwei Monate verlängerte Abgabefrist schon im Jahr 2018 um.

Kollege Computer prüft die Steuererklärung

Im Zuge der Modernisierung des Besteuerungsverfahrens sollen die meisten Steuererklärungen künftig automatisch bearbeitet werden. Durch diese computergestützte Bearbeitung wird auch der Bescheid automatisch verschickt oder korrigiert, falls sich meldepflichtige Daten ändern. Nur die wirklich prüfungsbedürftigen Fälle sortiert künftig ein „Risikofilter“ aus. Und dann prüft ein Bearbeiter von Hand. Aus diesem Grund entfällt ab der Einkommensteuererklärung 2017 die Pflicht, dass der Steuererklärung Belege, wie z.B. Spendenbescheinigungen, beigelegt sein müssen. Die Finanzämter fordern diese Belege lediglich im Einzelfall an, wenn dies für die Prüfung der Steuererklärung erforderlich ist. Finanzministerin Ahnen: „Ohne Belege ist es jetzt noch attraktiver, die Steuererklärung über das kostenlose Programm ELSTER (www.elster.de) abzugeben, weil dies nunmehr voll elektronisch, also ohne Vordrucke und Papier möglich ist.“

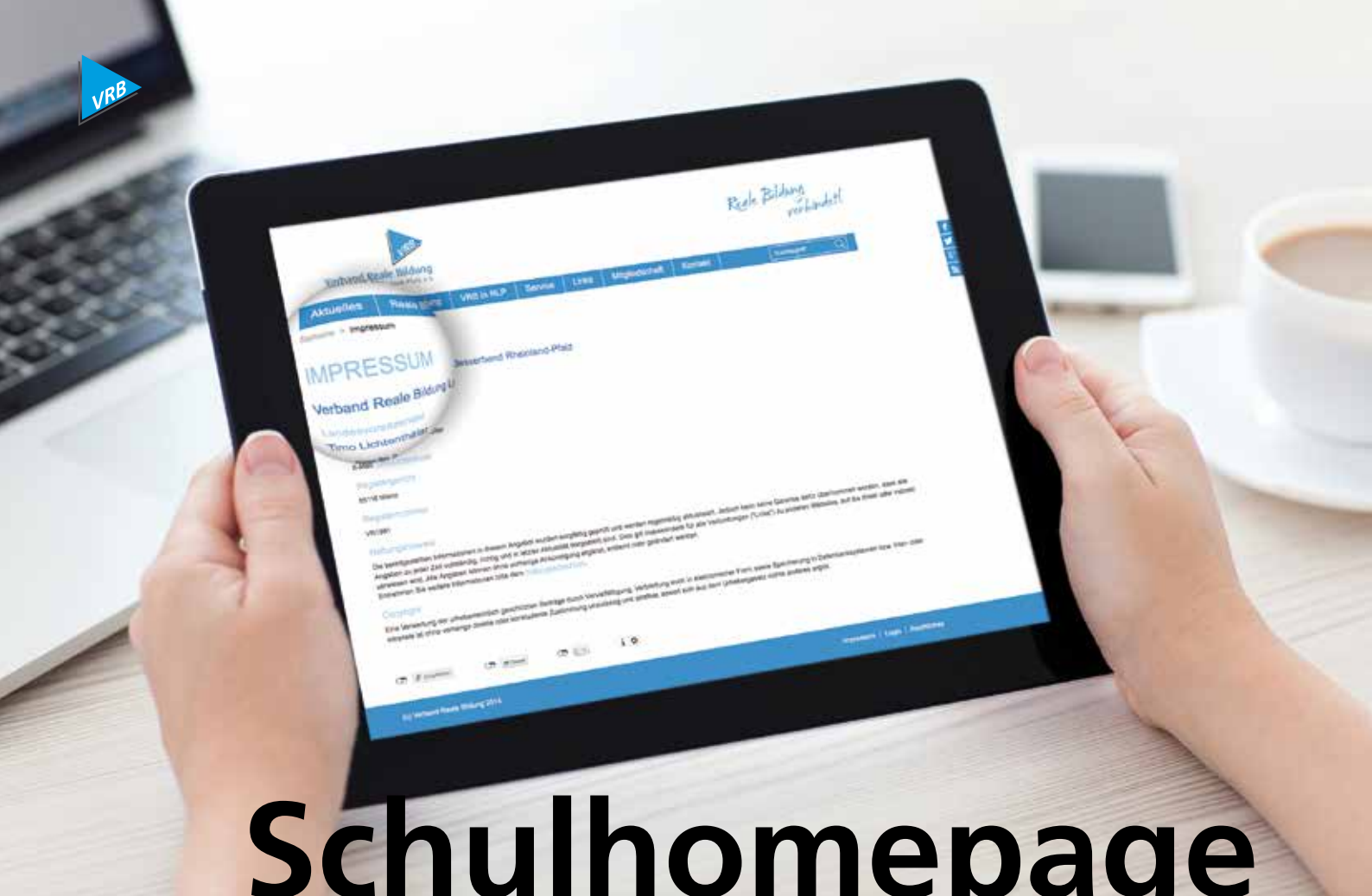
Neue Grenze für kleine Anschaffungen

Anschaffungen für den Job, wie Drucker, Schreibtisch oder PC, können sowohl Selbstständige als auch Arbeitnehmer von der Einkommensteuer abziehen. Doch oft nicht sofort in vollem Umfang. Bislang gilt ein Betrag von 410 Euro netto als Grenze. Sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten höher, müssen die Gegenstände über mehrere Jahre abgeschrieben werden. Ab 2018 können Gegenstände jedoch bis zu einem Nettobetrag von 800 Euro (952 Euro brutto) als sogenannte geringwertige Wirtschaftsgüter direkt im Jahr des Kaufs oder der Herstellung steuerlich geltend gemacht werden.

Neue Haftungsgrenze bei Kartenmissbrauch

Ab 13. Januar gelten in Deutschland die neuen europaweiten Regeln für den Zahlungsverkehr – also für Überweisungen, Lastschriften, Kartenzahlungen und Onlinebanking. Die sogenannte PSD2-Richtlinie der EU tritt in Kraft. Sie regelt zum Beispiel, dass Kunden bei einem Missbrauch ihrer Bank- oder Kreditkarte nur noch mit einem Betrag von 50 Euro für entstandene Schäden haften, solange sie die Karte noch nicht gesperrt haben. Bislang liegt die Haftungsgrenze für Schäden noch bei 150 Euro. Auch beim Onlinebanking mit PIN und TAN wird die Haftung entsprechend herabgesetzt. Lediglich bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz haften Kunden weiterhin unbegrenzt.

Wü/Quellen: ÖKÖ-TEST, Jan. 2018; Newsletter Finanzministerium v.15.12.2017



Schulhomepage

Teil 1: Impressum und Datenschutz

Eine Schulhomepage ist für die Öffentlichkeitsarbeit einer Schule Standard. Die Schulhomepage ist für viele Schulen ein „Aushängeschild“. Die Beiträge auf der Homepage stehen im Dienst der schulischen Öffentlichkeitsarbeit. Neben Informationen über Schulleben und Schulprogramm wird in den Text- und Fotobeiträgen das Schulleben veranschaulicht. Eltern und auch Schülerinnen und Schüler nutzen die Homepage gerne, um sich beispielsweise vor der Anmeldung einen Eindruck über die Schule zu verschaffen. Sie gewinnen hierdurch einen ersten Eindruck, wie und womit sich eine Schule nach außen präsentiert und welche Schwerpunkte die Schule bei der Gestaltung des Unterrichts und des Schullebens setzt.

Allerdings müssen Schulen bei der Gestaltung und Pflege ihrer Homepage den rechtlichen Rahmen kennen und umsetzen. Mit den folgenden Fragen an Rechtsanwältin Dufeu wollen wir in einem ersten Beitrag zeigen, wie Rechtssicherheit im Umgang mit einer Schulhomepage gewährleistet werden kann.

Impressum

§ Besteht für die Schulhomepage eine Impressumspflicht?

Ja, denn das Impressum ist die Anbieterkennzeichnung für eine Internetseite. Eine Schule, die eine Schulhomepage veröffentlichen will, ist auch ein Anbieter von Telediensten, § 2 TMG. Daher besteht auch für die Schulhomepage eine Impressumspflicht.

Angaben im Impressum

§ Wenn ja, welche Angaben müssen in einem Impressum gemacht werden?

Folgende Inhalte sind zwingend im Impressum erforderlich:

- Der vollständige Name der Schule
- Der vollständige Name des Schulleiters und dessen Vertreterin bzw. Vertreters
- Eine ladungsfähige Anschrift (Ladungsfähig bedeutet, dass mit einer tatsächlichen Zustellung in angemessener Zeit, also demnächst, gerechnet werden kann.)

Darüber hinaus ist es zu empfehlen, folgende Informationen zum Impressum noch hinzuzufügen:

- Angaben für eine elektronische Kontaktaufnahme (E-Mail-Adresse)
- Angaben für eine unmittelbare Kommunikation (Telefonnummer)

Zusätzlich wird empfohlen, alle oben genannten Angaben auch für den Schulträger, also die Bezeichnung der Kommune, des Landkreises etc. aufzunehmen.

Schulleiter und Impressum

§ Muss die Schulleiterin bzw. der Schulleiter im Impressum als verantwortliche Kontaktperson aufgeführt sein?

Ja, die Schulleiterin bzw. der Schulleiter vertritt die Schule nach außen und muss daher als Kontaktperson aufgeführt sein.

§ Welche Pflichten ergeben sich aus der Namensnennung im Impressum?

Durch die Nennung des Namens wird bekannt, wer Ansprechpartner für eventuelle Rechtsverletzungen auf der Seite ist. Die Schulleiterin bzw. der Schulleiter hat die Pflicht, auf jede Rechtsverletzung zu reagieren.

§ Schulleiterin bzw. Schulleiter vertreten die Schule nach außen? Welche Pflichten leiten sich aus dieser Vertretungspflicht für eine Schulhomepage ab?

Die Schulleiterin bzw. der Schulleiter muss alle erforderlichen Schritte in die Wege leiten, sobald sie bzw. er wegen einer Rechtsverletzung kontaktiert wird. Das bedeutet, sie bzw. er muss unverzüglich veranlassen, dass Kommentare, rechtswidrige Links oder sonstige rechtsverletzende Inhalte auf der Homepage gelöscht werden. Darüber hinaus hat sie bzw. er noch Auskunft- und unter Umständen auch Unterlassungspflichten. Um nicht zu haften, muss sie bzw. er Auskunft über den Verursacher der Rechtsverletzung geben und möglicherweise muss sie bzw. er sich verpflichten, dafür zu sorgen, dass der Verursacher keine Inhalte mehr auf die Seite stellen darf.

Datenschutz

Textbeiträge wie Elternbriefe können personenbezogene Daten wie beispielsweise einen längerfristigen Ausfall von Lehrkräften, Unterrichtseinsatz oder Einsatz im Vertretungsunterricht oder Veröffentlichungen der Wahlergebnisse der Elternvertretungen enthalten.

Elternbriefe

§ Dürfen Elternbriefe im frei zugänglichen Bereich der Homepage veröffentlicht werden?

Dies ist möglich, wenn nachvollziehbar ist, dass Eltern und Schüler möglichst frühzeitig über Unterrichtsausfall oder andere Schulthemen informiert werden sollen. Dabei ist gleichzeitig zu beachten, dass Informationen über Lehrerausfall oder Elternvertretung personenbezogene Daten beinhalten. Diese Informationen sollten daher ohne Einwilligung der Betroffenen nicht allgemein zugänglich sein. Frei zugängliche Informationen über Personen auf der Homepage sind daher nicht zu empfehlen.

§ Was müssen die Schulen beachten, wenn Elternbriefe veröffentlicht werden sollen?

Die Veröffentlichungen von Elternbriefen mit personenbezogenen Daten sollten lediglich über eine Benutzerkennung und ein

schulintern bekanntes Passwort erfolgen. In Elternbriefen, die direkt auf der Homepage veröffentlicht werden, sollten daher nur allgemeine Schulinformationen aufgeführt werden, es sei denn, die genannten Personen haben eingewilligt, dass ihre Daten in Form eines Elternbriefes auf der Homepage veröffentlicht werden können.

Vertretungsplan und Homepage

§ Wie sieht es mit dem Vertretungsplan aus, der auf der Homepage eingesehen werden kann?

Dies sollte über einen individuellen Zugang mit eigener Benutzerkennung und einem individuellen Passwort erfolgen. Es sollte lediglich das Kürzel des Vertretungslehrers und nicht der erkrankte Lehrer genannt werden.

Merke: Je weniger personenbezogene Daten im Vertretungsplan selbst vorgehalten werden, desto geringer sind auch die Anforderungen an den Datenschutz.

Vergabe von Zugangsdaten

§ Worauf müssen Schulen achten, wenn sie per Passwörter den Zugang in einen geschlossenen Bereich regeln?

Bei den Vergaben von Zugangsdaten an Schüler ist erforderlich, dass jeder Schüler einen Benutzernamen und ein individuelles Passwort erhält, welches der Schüler eigenständig verändern kann. Die Schüler sollten den richtigen Umgang mit Passwörtern lernen.

Darüber hinaus ist wichtig, dass die Schüler darüber informiert werden, dass die Log-Ins und auch andere Nutzungen der Schüler protokolliert werden. Da dies ein Eingriff in das Fernmeldegeheimnis darstellen kann, müssen Eltern und Schüler zustimmen.

Verbreitung von Schulinterna in sozialen Netzwerken

§ Wie ist rechtlich der Fall zu bewerten, wenn Schüler oder Eltern Textbeiträge aus dem passwortgeschützten Bereich in sozialen Netzwerken veröffentlichen?

Es kommt darauf an, um welche Art von Textbeiträgen es sich handelt. Sind die Beiträge urheberrechtlich geschützt, so begehen die Schüler eine Rechtsverletzung, die unter Umständen eine zivilrechtliche Abmahnung nach sich ziehen könnte. Handelt es sich um beleidigende Kommentare, ist es dem Betroffenen sogar möglich, Strafanzeige zu erstatten. Auch bei der Veröffentlichung von personenbezogenen Daten könnten Bußgelder ausgesprochen werden.

In der Regel legen Schüler in solchen Fällen keine kriminelle Energie an den Tag, sondern setzen um, was technisch möglich ist. Daher ist es unbedingt erforderlich, Kinder und Jugendliche von Anfang an über ein richtiges Nutzen der digitalen Medien aufzuklären und über die Konsequenzen falscher Handlungen hinzuweisen.

KURZ GEFASST: Was muss unbedingt bei einer Schulhomepage beachtet werden?

Impressum: Name, Anschrift des Schule, Ansprechpartner und Kontaktdaten für eine schnelle Kontaktaufnahme sollten genannt werden. Das gleiche auch noch vom Schulträger.

Haftungsausschluss: Information, dass die Schule keine Haftung übernimmt bezüglich der technischen Verfügbarkeit der Internetseite. Hinweis, alle auf den Internetseiten veröffentlichten Informationen sind mit gebotener Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit recherchiert und überprüft worden.

Datenschutzerklärung: Die Schule als sog. Diensteanbieter muss den Nutzer über Art, Umfang und Zweck der Erhebung und Verwendung personenbezogener Daten sowie über die Weitergaben von Daten verständlich und in einfachen Worten unterrichten. Daher bietet es sich an, die Datenschutzerklärung wie auch das Impressum als feste Seite zu implementieren.

Zum Nachlesen: Handbuch Schule.Medien.Recht zu finden unter: <https://medienkompetenz.bildung-rp.de/index.php?id=17163>

Rechtsanwältin Antonia Dufeu

ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher

Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung „Schule.Medien.Recht.“ (Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Kultur RLP). Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

► LEHRERBEURTEILUNG AUF DEM PRÜFSTAND DER GERICHTE

OVG fordert einheitliche Bewertungsmaßstäbe

Die dienstliche Beurteilung eines rheinland-pfälzischen Studienrats, die aus Anlass seiner Bewerbung um eine Beförderungsstelle von seinem Schulleiter erstellt worden war, durfte von der Schulaufsicht nicht allein auf der Grundlage eines Unterrichtsbesuchs durch zwei Schulaufsichtsbeamte der ADD aufgehoben werden. (Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz in Koblenz vom 28. November 2017, Aktenzeichen: 2 A 10761/17.OVG)

In dem Berufungsverfahren ging es allerdings nicht allein um die konkrete Beurteilung des Lehrers. Auf dem Prüfstand vielmehr auch ganz allgemein das Beurteilungs- und Beförderungssystem für die Studienräte in Rheinland-Pfalz, bei dem es in den letzten Jahren offenbar in erheblichem Umfang zu unterschiedlichen Bewertungen der dienstlichen Leistungen der Lehrkräfte gekommen ist.

Die Schulaufsicht sah sich deshalb in der Vergangenheit wiederholt dazu aufgerufen, dienstliche Beurteilungen von Lehrern einer schulaufsichtlichen Überprüfung zu unterziehen. Dies erfolgt immer dann, wenn ein Lehrer die bestmögliche Note erzielt hatte und an einer Schule unterrichtete, an der zuvor überdurchschnittlich viele solcher Noten vergeben worden waren. Unmittelbare Folge dieser Häufung von Spitzennoten war, dass auf der Grundlage dieser Beurteilungen an der jeweiligen Schule im Vergleich zu anderen Schulen anschließend überdurchschnittlich viele Beförderungen zum Oberstudienrat erfolgten. Um hier gegenzusteuern, führt

die ADD Überprüfungen dieser „Zeugnisse für Lehrer“ durch. Im vorliegenden Fall hob die ADD nach einem Unterrichtsbesuch im Juni 2015 die dienstliche Beurteilung des Klägers vom November 2014 auf. Seiner hiergegen erhobenen Klage gab das Verwaltungsgericht statt. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte diese Entscheidung und wies die Berufung des Landes zurück.

Zwar sei das beklagte Land als Dienstherr grundsätzlich berechtigt, die dienstlichen Beurteilungen durch die Schulleiter auf ihre Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen und im Fall ihrer Rechtswidrigkeit aufzuheben. Dies gelte insbesondere dann, wenn die Beurteilungen offensichtlich nicht nach einheitlichen Bewertungsmaßstäben erstellt worden seien. Die Aufhebung der dienstlichen Beurteilung des Klägers habe aber nicht allein auf die Bewertung seines Unterrichts im Juni 2015 gestützt werden können, weil diese Erkenntnisse erst durch den von der Schulaufsicht nach Ablauf des Beurteilungszeitraums durchgeführten Unterrichtsbesuch gewonnen worden sei-

en. Außerhalb des Beurteilungszeitraums gezeigte Leistungen müssten unberücksichtigt bleiben.

Dagegen sei es nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts durchaus zulässig, zur Sicherung einheitlicher Bewertungsmaßstäbe Verfahren einzuführen, die eingreifen, bevor die jeweiligen Beurteilungen erstellt werden. Hierfür wies das Gericht auf andere Verwaltungsbereiche hin, in denen etwa durch die Vorgabe von (begrenzenden) Richtwerten für „Spitzennoten“ oder durch regelmäßige Beurteilerkonferenzen und die Möglichkeit der Mitwirkung der nächsthöheren Dienstvorgesetzten (sog. Zweitbeurteiler) für die Anwendung gleichmäßiger Bewertungsmaßstäbe gesorgt werde. Hier nehme das Beurteilungssystem für Studienräte in Rheinland-Pfalz, das auf all diese Sicherungssysteme für die Gewährleistung von gerechten Beurteilungen für Lehrer verzichte, eine Sonderstellung ein.

Hr/Quelle: Pressemitteilung des OVG Koblenz vom 15.12.17

► MINDMATTERS

Psyche von Schülern und Lehrern stärken

Bildungs- und Gesundheitsministerium wollen mit einem neuen Programm zur Stärkung der seelischen Stabilität von Schülern und Lehrern beitragen. Das mit Partnern wie dem Pädagogischen Landesinstitut, der Krankenkasse Barmer und der Unfallkasse Rheinland-Pfalz entwickelte Programm „MindMatters“ (die Seele ist wichtig) startet am 7. März mit einer Auftaktveranstaltung in Andernach, zu der alle Lehrer von Schulen in Rheinland-Pfalz eingeladen werden.

Rheinpfalz, 27.1.2018



► ANHÖRUNG VOR DEM BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Nein zum Streikrecht für Lehrkräfte

Jürgen Böhm, Vorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR), äußerte sich im Vorfeld der Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht zum Streikrecht für Lehrkräfte. „Der Beamtenstatus erfordert eine besondere Loyalität dem Arbeitgeber gegenüber. So wie der Staat die Beamten bei der Absicherung im Krankheits- und Pflegefall unterstützt, muss sich andersrum der Staat auf die Unterstützung der Beamten verlassen können. Außerdem müssen sich Schüler und Eltern darauf verlassen können, dass die Wissensvermittlung an Schulen jederzeit verlässlich stattfindet. Hierzu gehört, dass Lehrkräfte jederzeit eingesetzt werden können.“ (...)

Anmerkung: Die Anhörung fand am 17.1. statt. Das Urteil wird in den nächsten Monaten erwartet. RBiRP wird darüber berichten.

Wü/Quelle: VDR-PM v. 9.1.18;

„Es gibt keine ‚Berufsbeamtentümer‘“in:

dbb magazin Jan./Feb.2018, S. 14-15



► FUNDSACHE

Ärzte können keine pädagogischen Entscheidungen treffen

Besinnung auf den Kern des schulischen Unterrichts- und Erziehungsauftrags

Die stärkere Besinnung und Beschränkung auf die eigenen Kompetenzen und den Kern des schulischen Unterrichts- und Erziehungsauftrags erleichtert die Abwehr überzogener Ansprüche, verschafft Zeit und Kraft für die Erfüllung des Bildungsauftrags und sichert die Qualität schulischen Handelns. Das ist kein Plädoyer gegen Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft, wohl aber gegen Überforderung, Sündenbockfunktion und Dilettantismus ...

Lehrer und Ärzte: Die Unterschiede sind offensichtlich. Lehrer haben nur Einstellungschancen, wenn sie den richtigen Punkt im Schweinezyklus erwischen, Ärzte werden immer eingestellt. ... Es gibt aber durchaus auch Gemeinsamkeiten: Beide arbeiten am und mit Menschen und beide sind dem Druck ausgesetzt, auch außerhalb ihres Kompetenzbereiches tätig zu werden.

Schüler und Eltern erwarten als Patienten von Ärzten Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Wünsche der Schule gegenüber. Schüler und Eltern – mindestens ebenso häufig aber auch die Schulaufsicht und Bildungspolitik – erwarten von Lehrern den Umgang mit psychischen Störungen, Traumata, gesundheitlichen Problemen und schwieriger Lebenslagen der Schüler.

Pädagogische Entscheidungen gegen sachfremde Einflüsse geschützt

Ein dritter Berufsstand, die Richter, hat ... Ärzte auf die Tatsache hingewiesen, dass sie medizinische Diagnosen stellen, aber keine pädagogischen Entscheidungen treffen können. Ein Arzt kann eine Behinderung oder gesundheitliche Einschränkung diagnostizieren, aber keine pä-

dagogischen Ausgleichsmaßnahmen wie eine Schreibzeitverlängerung und deren Ausmaß festlegen.

Das ist für Lehrer sicherlich erfreulich, da es diejenigen Mediziner, die zu Eingriffen in pädagogische Beurteilungen neigen, in ihre Schranken weist und pädagogische Entscheidungen gegen sachfremde Einflüsse sichert.

Die Gerichtsentscheidung kann aber auch als Anstoß verstanden werden, über die Grenzen pädagogischen Handelns nachzudenken. Lehrer sind Fachleute für Wissensvermittlung und Erziehung. Sie sind keine Ernährungs- und Lebensberater, Psychologen, Psychiater, Sozialpädagogen oder medizinische Hilfskräfte.

Thomas Böhm: Editorial in Schulverwaltung H.1-2018, S.1;

VG Schleswig v. 5.1.2017, Az.: 9 B 45/16

► PRESSEMITTEILUNG VOM 30. APRIL 2018 (AUSZUG)

Landesregierung reagiert auf erhöhte Aufgabenverantwortung der Realschulen plus

VRB begrüßt flächendeckende Einführung eines didaktischen Koordinators

Der Verband Reale Bildung (VRB) begrüßt die flächendeckende Einführung eines didaktischen Koordinators an allen Realschulen plus in Rheinland-Pfalz. Der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler betrachtet die Ankündigung von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig auf dem Bundesrealschultag in Mainz als einen wichtigen Schritt zur Unterstützung der Schulleitungen. „Die Realschule plus hat sich seit der Schulstrukturveränderung in einem enormen Entwicklungsprozess zu einer festen Größe im rhein-

land-pfälzischen Schulsystem etabliert. Die enormen Anstrengungen seitens der Lehrkräfte und Schulleitungen haben dabei die Belastungsgrenze vielerorts weit überschritten. Zusätzliche Funktionsstellen können die Schulleitung entlasten und die schulische Entwicklung weiter fördern“, so der Verbandschef. Auch das Ministerium anerkenne die Aufgabenbreite kleinerer Realschulen plus, deren Rahmenbedingungen für guten Unterricht gesichert werden müsse.

► PRESSEMITTEILUNG VOM 4. MAI 2018 (AUSZUG)

FORSA-Studie: Veränderungen der „Binnensituation Schule“ erfordern politische Reaktion

Das Ergebnis der FORSA-Studie „Gewalt gegen Lehrer“ zeigt, wie sehr sich auch die „Binnensituation Schule“ verändert hat. Neben den zunehmenden Arbeitsbelastungen sind Lehrkräfte immer mehr auch körperlichen und psychischen Angriffen ausgesetzt. An jeder fünften Schule gab es laut der vom VBE in Auftrag gegebenen Studie Fälle von Mobbing, Diffamierung und Belästigung über das Internet.

Für den Verband Reale Bildung (VRB) sind die Befragungsergebnisse nicht überraschend. Bereits vor fünf Jahren startete der VRB eine „Erziehungsoffensive“ und initiierte einen „Runden Tisch – Gemeinsam für bessere Erziehung“. Teilnehmer waren der Landeselternbeirat, die Lehrerverbände, die Landesschülervertretung, das Bildungs- und Jugendministerium und das Pädagogische Landesinstitut. „Es ist dringend geboten, den Dialog über Werte auch im Hinblick auf kulturell verankerte Normen fortzusetzen“, erklärt VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. Wertvolle Unterrichtszeit gehe tagtäglich verloren. „Wenn nur fünf Minuten in jeder Unterrichtsstunde durch Konfliktschichten und Ermahnungen verlorengehen, fallen 11 Prozent des Unterrichts aus“, erklärt Lichtenthäler.

Die Ergebnisse der FORSA-Untersuchung bestätigten die berechtigten Klagen der Schulen. „Es sind Hilferufe, die leider kaum jemand hören will.“ Daher sei es wichtig, dass die Bildungspolitiker jetzt endlich den Mut aufbringen einzugestehen, dass es in der Pädagogik auch Grenzen der Machbarkeit gibt. Kleinere Klassen, eine stärkere Individualisierung des Unterrichts in homogenen Lerngruppen, Zeitressourcen für Beratung von Eltern und ein verstärkter Einsatz von Integrationshelfern, Schulsozialarbeitern und des schulpsychologischen Dienstes sind Maßnahmen, die zu einer Entlastung der schulischen Überverantwortung und Verbesserung der pädagogischen Schulqualität beitragen. Entsprechende Forderungen richtet der Verband Reale Bildung seit Jahren an die Landesregierung. „Eine politische Reaktion ist nicht mehr aufschiebbar“, erklärt der VRB.

► KREATIVES SCHREIBEN IM DEUTSCHUNTERRICHT: RINGEN UM DEN TREFFENDEN AUSDRUCK

Haiku – verdichtete Weltweisheit

Die Haikus von Dr. Bung sind Isolde Muskat-Besseling in unserer Zeitschrift aufgefallen. Sie nennt sie „Kleine Geistesblitze zwischen den erkenntnisschweren und erfahrungsreichen Texten der Zeitschrift, Momente der Freude.“



Sie hat uns einen Leserbrief geschrieben, den wir in der letzten Ausgabe veröffentlicht haben. Neugierig machten Sätze wie „Das Spannende an den Haikus ist das Spiel mit der festen Struktur

entsteht, das fördert Konzentration und Achtsamkeit. Die japanische lyrische Kurzform aus drei Zeilen zu meist 5-7-5 Silben hat es in sich. Sie spricht gerne von Bildern der Natur, auch von der Natur des Menschen, über Liebe, Klage, Glück, Trauer, und gipfelt auf knappstem Raum in einer heiter skizzierten Pointe. Sie kann aber auch ernsthafte Aussagen enthalten, dann heißt sie Hokku. Variationen sind erlaubt: 3-5-3 Silben oder 7-5-7, auch freiere Versionen oder Aneinanderreihungen von mehreren, so dass Langgedichte entstehen können, Haikai genannt.

Meister der klassischen Form war Matsuo Basho, 1644–1697. In ihr spiegelt sich seine meditative Lebensweise und das Weltbild des Zen. Sein meistzitiertes Haiku liegt in verschiedenen Übersetzungen vor:

Der alte Weiher

Uralter Teich

Ein Frosch springt hinein.

Ein Frosch springt hinein.

Oh. Das Geräusch des Wassers.

Plop.

Lässt manchen Seufzer laut werden

Das Tüfteln mit der Struktur und das Ringen um den treffenden Ausdruck, der auch noch die richtige Silbenzahl hat, lässt in der Entstehung bei den Schreibenden manchen Seufzer laut werden. Aber meist endet es in einem erleichterten Staunen und zufriedenen Schmunzeln über das

unerwartete Ergebnis. Ein Beispiel: Aus einem Haiku von einem unbekanntem Autor ist ganz schnell ein dreifacher entstanden:

*Nicht die Welt ändern
werden wir mit dem Schreiben.
Aber den Alltag.*

*Heilsam mag es sein
das Schreiben: alte Lasten
lösen sich magisch.*

*Neue Aussichten
tun sich auf. Unerwartet
bereichern sie uns.*

Tankas für Mutige

Mutige dürfen sich auch an Tankas wagen. Das sind Fünfzeiler aus einem Haiku als Oberstrophe und einem Zweizeiler als Unterstrophe. Sie lassen sich ansatzweise mit dem Sonett vergleichen, fordern aber weder Endreime noch abgezählte Versfüße. Die feste Gestalt lässt volle Freiheit für das Thema. Auch sie selbst dürfen zum Sujet werden:

*Dieses Haiku schreibt
an einem Winterabend
niemand. Außer mir.*

*Wie viele Haiku gibt es?
Und wieder ist es eins mehr.*

Es entstehen unerwartete Wege

Das kreative Schreiben öffnet Quellen im Unbewussten, lässt sie frei von äußeren Formen fließen und es entstehen unerwartete Wege.

In den Schreibgruppen ist der Formimpuls des Haiku oder Tanka deshalb auch als Abschluss beliebt. Es lässt kompakte Resümées des Erlebten entstehen oder ein dichtes Fazit, das wir schwarz auf weiß nach Hause tragen können. Einen Aphorismus, eine kleine Weisheit.

Literatur:

„Matsuo Basho“ bei Wikipedia

Zur Gedichtform: Gero von Wilpert, Sachwörterbuch der Literatur. Kröner

Zum Schreiben in Gruppen: Birgit Schreiber, Schreiben zur Selbsthilfe. Springer

ZUR PERSON

Isolde Muskat-Besseling ist Realschullehrerin im Ruhestand. Sie hat in Mainz Englisch und Biologie studiert und die Seminarbildung in Kaiserslautern absolviert. Ihre beruflichen Stationen waren Flörsheim, Lorsch und zuletzt Stadtlohn im Münsterland. Ihre Schulleiter hat sie immer als Unterstützer erlebt, die offen waren und sich nicht hinter Paragraphen versteckten. Rasch hat sie erkannt, dass die Ausbildung zur Lehrerin nicht reichte, um Lehrerin zu sein. Sie hat sich zur Beraterin weitergebildet und auch in der Erwachsenenbildung Entspannungstechniken vermittelt. Früh hat sie zum kreativen Schreiben gefunden und entdeckt, dass man sich „den Staub des Alltags von der Seele schreiben kann“. Sie unterhält auf privater Ebene eine Schreibwerkstatt: „Es erfüllt mich mit Glück zu sehen, wie Menschen sich über Sprache entfalten.“

und der Freiheit, sie zu erweitern. Wie im richtigen Leben! Inzwischen ist das kreative Schreiben auch im Deutschunterricht beliebt.“ Wolfgang Wünschel traf Isolde Muskat-Besseling und bat sie um ihre Sicht auf den Haiku.

Haiku als Anfangsimpuls

In der Schreibwerkstatt setze ich Haikus gerne als Anfangsimpuls ein. Zum Ankommen aus dem geschäftigen Alltag. Denn der Wunsch, Form und Inhalt unter einen Hut zu bringen, katapultiert den Schreiber unmittelbar ins Hier und Jetzt. Silben zählen und ein Sinn, der unverhofft

Subjektive Erinnerungen im Kontext der realen Geschehnisse

Wolfgang Wünschel im Gespräch mit Professor Dr. Guido Knopp

Die rheinland-pfälzische Bildungsministerin hat anlässlich des Holocaust-Gedenktages empfohlen, dass alle Schülerinnen und Schüler u.a. Zeitzeugen begegnen.

Ja, da kann man nichts dagegen sagen. Natürlich sollte man das machen. Es ist eine Facette von historischer Bildung. Solange die Zeitzeugen noch da sind, von was auch immer, ob es Zweiter Weltkrieg ist oder die DDR-Geschichte oder der Mauerfall, sind Begegnungen ganz wichtig. Man darf sie

allerdings nicht als einzige Komponente sehen.

Es gibt ja den Spruch „Der größte Feind des Historikers ist der Zeitzeuge.“ Gemeint ist, man muss immer aufpassen, dass die subjektive Erinnerung nicht als einzige Komponente wahrgenommen, sondern in den Kontext der realen Geschehnisse gestellt wird. Zeitzeugen-Erinnerungen sind subjektiv. Das reale Geschehen ist objektiv erfahrbar, und beides gehört zusammen wie Yin und Yang.

Die Zahl der Zeitzeugen nimmt ab. Nach und nach erlischt die Erlebnisgeneration. Sehen Sie im Bereich der digitalen Medien eine Chance, das aufzufangen?

Ja natürlich. Ich mache das ja eigentlich seit Jahrzehnten. Ich habe eine Zeitzeugeninitiative gegründet: „Die Augen der Geschichte“, später „Unsere Geschichte. Das Gedächtnis der Nation“. Wir haben 6000 Zeitzeugen-Videointerviews mit unserem „Jahrhundertbus“ gesammelt. Das ist ein

mobiles Studio, das durch die Lande fährt. Die Sammlung stellen wir der Nation kostenlos zur Verfügung. Im Internet, auf der Webseite „www.gedaechtnis-der-nation.de“, sind die Erinnerungen der Zeitzeugen, redaktionell aufbereitet und systematisch geordnet, kostenlos für jedermann abrufbar.

Das Projekt wird, denke ich, auch für die künftigen Generationen wichtig sein, die über das 20. Jahrhundert nicht allein über Bücher und Filme Erfahrungen sammeln wollen, sondern auch über das menschliche Erleben. Eine unschätzbare Sache!



Foto: Deck

Guido Knopp (geb. 1948) studierte in Frankfurt, Würzburg und Amsterdam Geschichte und politische Wissenschaften. 1975 promovierte er in Würzburg.

1978 ging er zum ZDF – und blieb ihm treu. Ab 1984 leitete er bis zu seiner Pensionierung 2013 die von ihm initiierte „Redaktion Zeitgeschichte“. Bis 2000 moderierte er die ZDF-Reihe „Damals“.

Guido Knopp prägte einen neuen Stil der historischen Dokumentation. Seit dem Sendestart im Jahr 2000 moderierte er das historische Magazin „ZDF-History“. 1994 wurde er zum Professor ernannt.

► RBIRP-INTERVIEW (TEIL 1)

„Schulentwicklung muss beim Unterricht ansetzen“



Fotos: VRB

„Das Gros der Lehrkräfte ist nach aller Erfahrung vornehmlich daran interessiert, dass der Unterricht in machbarer und schülergemäßer Weise weiterentwickelt wird.“

Heinz Klipperts siebzigsten Geburtstag nimmt „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ zum Anlass, sein Werk und seine Visionen zu beleuchten. Wolfgang Wünschel fragte ihn nach seinen Bilanzen und seinen Plänen.

Das Interview erscheint in zwei Teilen. Im ersten Teil berichtet Heinz Klippert, warum er seine Trainingshandbücher überarbeitet und warum er sich nicht ganz aus der praktischen Fortbildung zurückgezogen hat. Er beschreibt, dass er die Personal- und Organisationsentwicklung in der zweiten Reihe hinter der Unterrichtsentwicklung sieht. Er zeigt Bereiche auf, in denen die Lehrerbildung und die Lehrerfortbildung nachbessern müsse.

Die Liste Ihrer Publikationen ist beeindruckend. Womit befassen Sie sich zurzeit?

„In meinem nächsten Buch möchte ich praktikable Alternativen zu den aktuellen Individualisierungs- und Differenzierungstrends aufzeigen.“

Zurzeit überarbeite und aktualisiere ich meine Trainingshandbücher zum Methoden-, Kommunikations- und Teamtraining aus den Jahren 1994 bis 1998. Sie besitzen nach wie vor größte Relevanz, da der Förder- und Integrationsbedarf in den Schulen seither eher größer geworden ist. Die von mir empfohlenen Trainingsmaßnahmen passen heute fast noch besser in die Schullandschaft als damals. Mit meiner Überarbeitung zielen ich darauf, diese Relevanz offenzulegen und die aktuellen bildungspolitischen, curricularen und lerntheoretischen Erkenntnisstände möglichst griffig und zeitgemäß einzuarbeiten. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Bücher vorschnell als veraltete Produkte aus dem letzten Jahrhundert abgetan werden. Das wäre schade. Des Weiteren arbeite ich an einem neuen Buch zum Thema „Gemeinsames Lernen in der Regelklasse“, in dem ich praktikable Alternativen zu den aktuellen Individualisierungs- und Differenzierungstrends aufzeigen möchte.

Sie haben über Jahrzehnte die Lehrerfortbildung geprägt. Betreuen Sie noch immer Fortbildungsprojekte?

Nach meiner Pensionierung habe ich mich aus der praktischen Fortbildung zunehmend zurückgezogen. Die Großprojekte, die ich in den 1990er und 2000er Jahren im deutschsprachigen In- und Ausland betreut habe, sind sukzessive ausgelaufen und gelegentlich auch in die Fläche gegangen. Mittlerweile konzentriere ich mich mehr auf mein „Kürprogramm“, d.h. auf einzelne Impulsvorträge und Seminare, die mir besonders wichtig erscheinen. Ansonsten ist die Betreuung meines Programms Sache ausgewählter Trainer/innen, die ich über viele Jahre hinweg ausgebildet habe. Lediglich für die in Baden-Württemberg ansässige Akademie für innovative Bildung und Management (AIM) initiiere ich noch das eine oder andere Fortbildungsprojekt. Der Grund dafür: Die AIM hat sich die Verbreitung meines Programmes in Baden-Württemberg auf die Fahnen geschrieben und zu diesem Zweck eine „Dr.-Klippert-Akademie“ gegründet. Bei dieser stiftungsgestützten Einrichtung bin ich Programmverantwortlicher für den Bereich Unterrichtsentwicklung. Das hilft mir, die Lehrerfortbildung weiterhin im Blick zu behalten.

Sie haben die Unterrichtsentwicklung als Schlüssel zur Schulentwicklung bezeichnet. Gilt das noch immer?

Das stimmt nach wie vor. Wurde in den 1980er und 1990er Jahren noch sehr stark auf die institutionelle Organisations- und Personalentwicklung abgestellt, so hat sich spätestens seit den ersten TIMMS- und PISA-Studien gezeigt, dass die Schulentwicklung sehr viel stärker beim Kerngeschäft der Lehrkräfte, nämlich beim Unterricht, ansetzen muss.

Das Entwickeln von Schulprogrammen, Leitbildern und allgemeinen Arbeitsplänen zur Umsetzung der Bildungsstandards hat der Unterrichtsentwicklung erwiesenermaßen faktisch nur wenig gebracht. Das zeigen u. a. die zurückliegenden Schulprogramm-Evaluationen in Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Im Kontrast dazu habe ich schon sehr früh für den Primat der Unterrichtsentwicklung plädiert und im EFWI in Landau entsprechende Fortbildungs- und Unterstützungsangebote für Kollegien entwickelt. Das war eine richtige und wichtige Akzentverschiebung. Das heißt ja nicht, dass die Personal- und die Organisationsentwicklung außen vor bleiben. Sie rücken lediglich in die zweite Reihe, da das Gros der Lehrkräfte nach aller Erfahrung vornehmlich daran interessiert ist, dass der Unterricht in machbarer und schülergemäßer Weise weiterentwickelt wird. Die Einführung neuer Bildungspläne und Bildungsstandards unterstreicht diese Akzentsetzung genauso wie die aktuellen Brennpunkte Heterogenität, Inklusion und Kompetenzvermittlung. Das Gros der Lehrkräfte braucht dringend überzeugende Hilfen und Fortbildungen in diesen basalen Bereichen der Unterrichtsentwicklung. Diese Erkenntnis hat mich die letzten drei Jahrzehnte geleitet und zu vielfältigen Initiativen, Projekten und Publikationen veranlasst. Die Resonanz der Lehrerschaft hat mir gezeigt, dass ich damit nicht ganz falsch gelegen habe.

Vor fünf Jahren haben Sie bei Ihrer Verabschiedung aus dem EFWI erklärt, dass die Frage „Wie lässt sich die Wirksamkeit von Unterricht steigern?“ noch nicht abschließend geklärt sei. Sind wir heute weiter?

In der Theorie ja, in der Praxis noch nicht wirklich. Die neuere Lernforschung – Hattie, Helmke, Weinert usw. – macht deutlich, dass wirksames Lernen ein intaktes Klassenklima und vielfältige Schüleraktivitäten braucht, aber auch klare Strukturen, Regeln und Rituale, die den Schülern Halt und Sicherheit geben. In diesem Sinne müssen die Lehrkräfte als Lenker und Regisseure agieren, das Lernen immer wieder sichtbar machen und auf wiederkehrende Merkmale, Methoden und Prozeduren achten. Diesen Ansprüchen tragen die von mir entwickelten „Lernspiralen“ Rechnung. Sie gewährleisten differenzierte Arbeits- und Interaktionsprozesse im Unterricht und stellen dadurch sicher, dass die Schüler recht verbindlich gefördert und gefordert werden. Das motiviert und lässt die unterschiedlichen Schülertalente vergleichsweise gut zur Geltung kommen – und zwar im Klassenverband! So gesehen sind die Modalitäten wirksamen Unterrichts mittlerweile ziemlich klar umrissen und belegt. Woran es indes nach wie vor erheblich mangelt, das sind die entsprechenden Umsetzungsroutinen bei vielen Lehrkräften. Das gilt sowohl für die Unterrichtsvorbereitung als auch für die Unterrichtsgestaltung und -steuerung. Hier müssen die Lehrerbildung und die Lehrerfortbildung noch kräftig nachbessern.

Das Interview wird fortgesetzt. Im nächsten Heft begründet Heinz Klippert, warum er Heterogenität als Chance und als Herausforderung sieht. Er beschreibt, wie man der Gefahr entgeht, nur mehr oder weniger flüchtiges Oberflächenwissen entstehen zu lassen, das oft schon am nächsten Tag wieder vergessen ist. Für ihn gehören digitale Medien zu einer zeitgemäßen Lernkultur. Er zeigt auf, warum er die Lehrerkooperation als wichtige Entlastungsquelle sieht. Und wir erfahren, wofür er sich künftig mehr Zeit nehmen will.



ZUR PERSON

Dr. Heinz Klippert, Jahrgang 1948, absolvierte eine ein-klassige Volksschule in Nordhessen, lernte dann Maschinenschlosser und gelangte danach über mehrere Etappen des Zweiten Bildungswegs zum Abitur. Nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Soziologie wechselte Klippert 1974 als „Seiteneinsteiger“ in den hessischen Schuldienst, absolvierte dort eine Gymnasiallehrausbildung, arbeitete mehrere Jahre an einer Integrierten Gesamtschule und promovierte schließlich zu einem wirtschaftsdidaktischen Thema. Ende 1977 ging Klippert zum EFWI nach Landau und startete dort seine Karriere als Lehrerfortbildner, Lernforscher, Methodenentwickler, Schulreformer und Unterrichtsentwickler.

Heinz Klippert ist Verfasser zahlreicher Bücher und Arbeitshilfen zum Methodenlernen, zum handlungsorientierten Unterricht, zum Aufgabenfeld Lehrerentlastung sowie zur systematischen Schul- und Unterrichtsentwicklung. Seine Impulse und Erkenntnisse sind in die Reformarbeit vieler deutschsprachiger Schulen und Lehrerbildungseinrichtungen eingeflossen.

Derzeit arbeitet Dr. Klippert als Programmverantwortlicher „Unterrichtsentwicklung“ bei der stiftungsfinanzierten Akademie für innovative Bildung und Management (AIM) in Heilbronn.

„Wirksames Lernen braucht ein intaktes Klassenklima und vielfältige Schüleraktivitäten, aber auch klare Strukturen, Regeln und Rituale, die den Schülern Halt und Sicherheit geben.“



Bezirk Koblenz

► VRB IM GESPRÄCH MIT BEATE VOIGTLÄNDER (TEIL II)

„Die Stärken der Realschule plus“

Im ersten Teil (Heft 1/2 2018, S. 51) berichtete Beate Voigtländer über ihren beruflichen Werdegang, was ihr bei ihrer Tätigkeit in der ADD Freude macht und welchen Führungsstil sie pflegt. In dieser Ausgabe beschreibt sie, wie sie die Qualitätsarbeit der Schulen einschätzt und worin sie die Stärken der Realschule plus und der Lehrkräfte sieht. Wir fragen sie auch nach der Personalentwicklung durch die ADD.

RBiRP: Nach der Auflösung der AQS trägt die Schulaufsicht wieder mehr Verantwortung, die Qualitätsarbeit an den Schulen zu begleiten und die Qualitätssicherung zu gewährleisten. Welchen Beitrag können Sie zur schulischen Qualitätsarbeit leisten?

Beate Voigtländer: Ich sehe das entspannt. Die Schulen sind durch die AQS professionell aufgestellt. Im Prinzip führen wir nur die angestoßenen Prozesse weiter und das funktioniert sehr gut. Die Schulen machen das sehr kompetent. Natürlich wünschen wir uns alle dafür erheblich mehr Zeit, aber die meisten Schulen arbeiten sehr selbstständig. Wenn Unterstützung erwünscht ist, dann sind wir da.

Für Ihre Tätigkeit benötigen Sie Unterstützung. Wer bietet Ihnen Unterstützung und Hilfestellung?

Wir unterstützen uns innerhalb der Referate an allen Standorten gegenseitig. Wir arbeiten sehr gut und harmonisch im Team zusammen. Auch mit anderen Gremien funktioniert die Zusammenarbeit ebenfalls gut. Nennen möchte ich hier das Bildungsministerium und den Bezirkspersonalrat. Ein Perspektivwechsel erdet uns manch-

mal und trägt zur Klarheit bei. Die Möglichkeit des Besuchs von Fortbildungen ist für uns ebenfalls eine wichtige Stütze.

Wo liegen Ihrer Ansicht nach die Stärken unserer Schulart?

In unserer Schulart Realschule plus wird theoretische und praktische Wissensvermittlung in besonderer Weise verbunden. Wir bieten verschiedene Abschlüsse und gleichzeitig Anschlussfähigkeit zu allen Wegen der weiteren schulischen und beruflichen Bildung an. Die Berufsorientierung ist traditionell eine unserer Hauptaufgaben. Hier sind die Realschulen plus die Vorreiter. Auch die Weiterentwicklung der Kompetenz-/ bzw. Potenzialanalyse haben wir verantwortlich mitgestalten dürfen.

Unsere Schulen sind vielfältig und stark aufgestellt, sowohl fachlich als auch pädagogisch. Der arg strapazierte Begriff der individuellen Förderung ist keine leere Worthülse. Individuelle Förderung wird in unseren Schulen praktiziert und gelebt. Möglichst jedem Kind gerecht zu werden, ist eine große Herausforderung. Unsere Lehrkräfte stellen sich dieser Herausforderung in bemerkenswerter Weise. Konzepte zum Fördern und Fordern wurden in den

letzten Jahren erheblich weiterentwickelt.

Unsere Schulen haben sich in vorbildlicher Weise um die schulische Versorgung und die Sprachförderung von Kindern gekümmert, die im Rahmen ihrer Flucht aus Krisengebieten in hoher Anzahl zu uns kamen. Hier wird mit viel Herzblut, Improvisationstalent und ohne Vorbehalte das Wohl des Kindes in den Vordergrund gestellt.

Unsere Fachoberschulen sind konzeptionell aus den Wahlpflichtfächern entwickelt worden und haben aktuell die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln. Zu den bestehenden Fachrichtungen werden die neuen Fachrichtungen Gestaltung und Bio- und Umwelttechnologie hinzukommen. Bestehende Fachoberschulen können dadurch ihr Profil schärfen.

Zur Fachkräftesicherung tragen wir mit unseren MINT-Schulen direkt bei. Die digitale Ausbildung in den meisten unserer Schulen ist bemerkenswert und wird sich im Rahmen der Digitalstrategie des Landes noch steigern lassen. An der stärkeren Präsenz in der Öffentlichkeit wird zurzeit mit Unterstützung des Bildungsministeriums gearbeitet. Auch vertiefen wir die Zusammenarbeit mit den Grundschulen, um die Informationen dort klarer ankommen zu lassen.

Eine Ihrer Aufgaben ist es, Leitungsstellen zu besetzen. Wie steht es um Interesse und Motivation der Lehrkräfte, sich um eine Leitungsstelle zu bewerben? Wie sieht es bei den weib-

Wir wissen nicht erst seit der Hattie-Studie, wie wichtig die Beziehung der Lehrkraft zur Schülerin oder zum Schüler ist. Wenn Sie in unsere Realschule plus schauen, finden Sie sehr viele über das gewöhnliche Maß hinaus engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die sich um unsere Kinder kümmern. Gelingende Teamstrukturen sowohl in Schulleitungs- und in Lehrerteams als auch über die Schule hinaus in der Zusammenarbeit mit Institutionen und Einrichtungen sind hilfreich, um Problemsituationen zielgerichtet und für alle zufriedenstellend zu lösen.

Darin sind unsere Schulen beispielhaft!



Foto: VRB

lichen Lehrkräften aus? Wie hoch ist der Anteil der weiblichen Lehrkräfte bei den Schulleiterstellen?

Natürlich sind wir hier immer im Gespräch mit unseren Schulleiterinnen und Schulleitern. Das Pädagogische Landesinstitut bietet auch Fortbildungen für Schulleitungsaufgaben an, welche ausschließlich für weibliche Lehrkräfte bestimmt sind. Ich habe die Schulleiterstellen ausgewertet. An den 76 Schulen im Bezirk Koblenz

(Stand Oktober 2017) sind 21 Frauen als Schulleiterinnen tätig. Daneben haben wir 50 Schulleiter. Fünf Stellen sind momentan unbesetzt. Auf alle Stellen bewerben sich – bis auf wenige Ausnahmen – meist mehrere Lehrkräfte.

Abschließend lassen Sie uns bitte ein wenig Persönliches in Erfahrung bringen.

Ich verbringe gerne viel Zeit mit meiner großen Familie und mit guten Freunden.

In den Ferien fahre ich hin und wieder Ski, genieße die Natur, wandere gerne und ich liebe Gartenarbeit. Ich lese viel, vor allem lange historische Romane. Außerdem liegt mir klassische Klaviermusik am Herzen, da ich in einer sehr musikalischen Familie aufgewachsen bin.



► PERSONLRÄTE-FORTBILDUNG

Gliederungspläne für Personalratsarbeit an Schulen effektiv nutzen!

Rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen an der ÖPR-Schulung des VRB im Bezirk Koblenz teil. Schwerpunktthemen waren die Gliederungspläne und die Ermittlung des Stundenbedarfs.

Für das Hauptreferat konnte der Bezirksvorstand Jörg Kurtscheidt von der Schulaufsicht Außenstelle Koblenz gewinnen. Geleitet wurde die Personalräteschulung vom Bezirksvorsitzenden Bengjamin Bajraktari. Unterstützt wurde er von der Bezirksamtschatzmeisterin Nicole Weiß-Urbach und vom Vorsitzenden des Bezirkspersonalrats Realschulen plus Erwin Schneider.



Jörg Kurtscheidt stellte den Gliederungsplan für das Schuljahr 2018/19 vor. Sein Vortrag stieß seitens der Lehrkräfte auf großes Interesse, was sich in einer ange-

regten Diskussion widerspiegelte. Deutlich wies er darauf hin, dass laut Personalvertretungsgesetz im Zusammenhang mit der Freistellung Dienstvereinbarungen von Schulleitungen und örtlichen Perso-

nalräten getroffen werden können. Diese Vereinbarungen, so Jörg Kurtscheidt, müssten allerdings transparent gestaltet sein. Die Präsentation zur Ermittlung des Stundenbedarfs an den Schulen rundete seine Beiträge ab.

Bengjamin Bajraktari gab den Kolleginnen und Kollegen einen Einblick in die Verwaltungsvorschrift für die Teilzeitlehrkräfte und widmete sich intensiv dem Thema Mehrarbeit. Die Verwaltungsvorschriften verpflichteten die Schulen, Teilzeitlehrkräfte zu entlasten. Für alle Lehrkräfte sei es hilfreich, wenn an den Schulen ein Vertretungskonzept entwickelt würde, das in jedem Schuljahr evaluiert werden sollte.

Über die Arbeit des Haupt- und Bezirkspersonalrates informierte Erwin Schneider und stellte die vielfältigen Kontakte der Stufenvertretungen mit den örtlichen Personalräten heraus. Diese Kontakte seien für die Arbeit in den Stufenvertretun-

gen sehr wichtig, denn sie machten deutlich, welche Interessen und Bedürfnisse die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen vor Ort hätten.



Fotos: Christian Theissen

Zum vertiefenden Abschluss wurden unter der Leitung von Bengjamin Bajraktari Konsequenzen aufgezeigt, die sich aus den Gliederungsplänen ergeben. In diesem Zusammenhang gab er den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Raum für eine Gesprächs- und Fragerunde. Diverse Beispiele aus dem Schulalltag führten abschließend zu einem regen Austausch zwischen den Personalratsmitgliedern.

Termin Herbst-Fortbildung: 14.11. in Treis-Karden



► DELEGIERTENTAG KOBLENZ 2018

Delegiertenarbeit stärken

Der Bezirksvorstand Koblenz führte für die Delegierten des Bezirks im April 2018 eine Tagung in Koblenz durch. Mit den Delegierten evaluierte der Bezirksvorsitzende Bengjamin Bajraktari gemeinsam mit seinen Vorstandsmitgliedern Nicole Weiß-Urbach und Eva Schlegel die Delegiertenarbeit an den Schulen und entwickelt mit den Teilnehmern weitere Konzepte für die Delegiertenarbeit. Ein Vortrag von Dr. Heinz Ollmann, zertifizierter Betriebspsychologe, Mediator und Coach, mit dem Thema „Erfolgreiche Rhetorik in der kollegialen Fallberatung“ rundete die Tagung ab.



Das von Bengjamin Bajraktari vorgestellte Delegiertenpaket fand großen Zuspruch.

Der Bezirksvorstand nimmt die Interessenvertretung seiner Mitglieder und Schulen ernst

In seinen Ausführungen stellte Bengjamin Bajraktari die umfangreichen Aktivitäten des Bezirksvorstands seit dem letzten Delegiertentag dar. Hier konnte der Bezirksvorsitzende auf eine beachtliche Liste von Aktivitäten verweisen. Beispielgebend hob er die Besuche an Schulen und Studienseminaren, die Organisation und Durchführung der Bezirksversammlung, von Informationsveranstaltungen und Schulungen und schließlich zahlreiche Gespräche und Kontakte mit unterschiedlichen Adressaten hervor. „Wir sind im Bezirk Koblenz vernetzt und können das gute Ergebnis der Personalratswahlen im Bezirk Koblenz als Erfolg unserer Verbandsarbeit werten“.

Delegiertenarbeit an den Schulen hat einen hohen Stellenwert

Die Vorstandsmitglieder hoben hervor, welcher hohen Stellenwert die Delegiertenarbeit an den Schulen vor Ort einnimmt. In einem offenen Austausch wurden von den Delegierten unterschiedliche Aspekte ihrer Arbeit an den Schulen angesprochen und Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Bengjamin Bajraktari stellte den Delegierten den neuen Delegiertenleitfaden vor, der im vergangenen Jahr maßgeblich von den Koblenzer Delegierten mitgestaltet wurde. „Wir bieten mit dem Leitfaden eine Unterstützung und Hilfestellung bei der Delegiertenarbeit vor Ort an, da wir wissen, welchen hohen Stellenwert die Delegiertenarbeit an den Schulen für den Verband hat“, so Bengjamin Bajraktari.

Delegierte in die Verbandsarbeit einbinden

Die aktive Einbindung der Delegierten in die Verbandsarbeit ist dem Bezirksvorstand ein wichtiges Anliegen. Der Delegiertentag bot daher allen anwesenden Delegierten die Möglichkeit, ihre Ideen und Anregungen in Kleingruppen und im Plenum vorzutragen und zu vertreten. Nicole Weiß-Urbach und Eva Schlegel moderierten diesen Teil der Veranstaltung, der den Schwerpunkt auf die Mitgliederbindung und Mitgliederwerbung setzte. Eine be-

achtliche Sammlung von Stichwörtern zu diesem Themenfeld konnte zusammengestellt werden und wird dem Landeshauptvorstand im Sommer vorgestellt werden.

Delegierte in ihrer Arbeit an den Schulen stärken

Die Delegierten sind nach den Ausführungen der Bezirksvorstandsmitglieder wichtige Repräsentanten des Verbandes an den Schulen. Durch ihr Wissen und durch ihren Sachverstand können sie Einfluss nehmen auf die Schulentwicklung und das kollegiale Miteinander. Daher ist eine Schulung ein wichtiger Bestandteil des Delegiertentages. Für den Delegiertentag 2018 wurde die Schulung von Dr. Heinz Ollmann mit dem Thema „Kollegiale Fallberatung“ übernommen. In einem lebendigen und die Teilnehmer mitreißenden und einbindenden Vortrag gab er theoretische und praktische Anleitungen an die Hand. Er machte deutlich, dass gerade in schwierigen und hochbrisanten schulischen Alltagssituationen eine kollegiale Fallberatung eine „angenehme Methode“ ist. Sie bietet einen konfliktfreien Bereich, der bewusst auf eine Wertung verzichtet und durch die Methode viele Sichtweisen und Lösungswege bietet.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Ein wichtiger Bestandteil der Delegiertenarbeit ist die Präsentation des Verbandes an der Schule.



Eva Schlegel und Nicole Weiß-Urbach freuen sich, eine beachtliche Liste von Ideen den Mitgliedern des Landeshauptvorstandes im Sommer präsentieren zu können.



Dr. Heinz Ollmann begeisterte durch seine lebendige und einfühlsame Schulungs-dramaturgie die Teilnehmer.



Bezirk Neustadt

► PERSONALRÄTE-FORTBILDUNG

Gliederungsplan und Table-Talk

Zahlreiche Personalratsmitglieder waren der Einladung des Bezirksverbands nach Mutterstadt gefolgt. Inhaltliche Schwerpunkte der Veranstaltung waren neben den Berichten aus Haupt- und Bezirkspersonalrat, der Gliederungsplan sowie Table-Talks zu verschiedenen Themen, die Personalräte betreffen.

Die Schulungsteilnehmer wurden von der Bezirksvorsitzenden Saskia Tittgen, die auch stellvertretende Vorsitzende im Hauptpersonalrat ist, begrüßt und durch das Programm geführt. Mit den Berichten aus HPR und BPR begann der inhaltliche Teil der Veranstaltung. Das Verfahren schulischer Personalgewinnung (VSP) wurde dabei von Martin Radigk (BPR RS plus) erläutert. Michael Eich (stellvertretender Vorsitzender des HPR RS plus) ging auf geplante Gesetze und Rechtsverordnungen ein und bezog in diesem Zusammenhang für den VRB Stellung. Dafür fand er breite Zustimmung.

Als Gastreferent stellte Dr. Markus Müller (2. v. re. – ADD Neustadt) den vorläufigen Gliederungsplan vor. Er gab unter anderem einen umfassenden Einblick in die Neuerungen sowie die Auswertung des Plans und leitete mögliche Konsequenzen für die Unterrichtsversorgung ab. Darüber hinaus wurden den Personalräten wesentliche Aspekte zur Erörterung des Gliederungsplans mit ihren Schulleitungen aufgezeigt.

Am Nachmittag besuchten die Teilnehmer verschiedene Table-Talks zu ihren persönlichen Interessengebieten. Sie konnten dabei zwischen unterschiedlichen Themenschwerpunkten wählen:

Katharina Bitz (Mitte) stieg in ihrem Table-Talk mit einem Impulsreferat in das Thema

Mehrarbeit ein. Daraufhin konnten viele konkrete Einzelfälle erläutert werden. Martin Radigk (3. v. re.) ging auf das Führen der Personalakten im Besonderen und das Personalaktenrecht im Allgemeinen ein.

Die Richtlinien zum Sabbatjahr wurden von Regina Bollinger (2. v. li.) vorgestellt, wobei sie den Teilnehmern auch Tipps zu individuellen Fragestellungen geben konnte.

Mit dem Themengebiet Ganztagschule befasste sich Michael Eich (li.), der als Konrektor an einer Realschule plus mit Ganztagschule aus der Praxis berichten konnte.

Bengjamin Bajraktari (3. v. li.), Bezirksvorsitzender Koblenz und stellvertretender BPR-Vorsitzender, informierte zum Umgang

mit Abordnungen und Versetzungen.

Auf die Neuerungen der organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte ging Saskia Tittgen (re.) ein, wobei sie neben dem Thema Dienstunfähigkeit auch die Vorbereitung, Planung und Finanzierung von Klassenfahrten thematisierte.

Die nächste Personalräteschulung ist für den 24. Oktober 2018 terminiert.



Katharina Bitz
katharina.bitz@vrb-rlp.de



Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de





Bezirk Trier

► PERSONALRÄTE-FORTBILDUNG

Vielseitige Aufgaben: Gliederungsplan, Gleichstellung und Mehrarbeit

In bekanntem Turnus trafen sich Ende Februar zahlreiche Personalräte der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen des Bezirks Trier zur ÖPR-Schulung in Kell am See

Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Christoph Krier trugen die Teilnehmer ihre bisher wahrgenommenen Tätigkeiten in ihrer Funktion als Personalvertretung seit den Neuwahlen im Mai 2017 zusammen. Katharina Becker visualisierte die Beiträge in tabellarischer Form und machte deutlich, wie vielseitig die Personalratsarbeit ist. Danach erläuterte Anna Becker die „Organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“ und ging dabei auf die aktuellen Neuerungen ein. Holger Schwab gab wertvolle Tipps für die Vergabe von Anrechnungsstunden.

Der Vorsitzende des Bezirkspersonalrats für Realschulen plus Erwin Schneider erläuterte das Verfahren bei Versetzungen und Abordnungen und wies auf die Neuerungen bezüglich des Online-Verfahrens für Vertretungen und Versetzungen hin. Bezirksvorsitzender Christoph Krier griff die Rollen der Schwerbehindertenvertre-

tung (BPR/ HPR) und die der schulischen Gleichstellungsbeauftragten auf. So hob er hervor, dass in Dienststellen mit mindestens 30 Beschäftigten eine Gleichstellungsbeauftragte bestellt werden müsse. Im Anschluss beschäftigte man sich mit einem ständig präsenten und diskussionsrelevanten Thema an Schulen, der Mehrarbeit.

Nachdem Christoph Krier in die Grundsätze der Mehrarbeitsverordnung eingeführt und über die rechtlichen Rahmenbedingungen referiert hatte, zeigte Benjamin Bajraktari an verschiedenen Fallbeispielen auf, welche Rechte und Pflichten die Personalräte bei der Mehrarbeitsverordnung zu beachten haben. In diesem Zusammenhang seien die Rechte der Teilzeitlehrkräfte besonders zu berücksichtigen. Ein einvernehmlich abgestimmtes Vertretungskonzept könne an den Schulen durch eine Dienstvereinbarung abgeschlossen werden und für mehr Transparenz und Planbarkeit sorgen.

Rudolf Funken, stellvertretender Referatsleiter für Realschulen plus in der ADD Trier, referierte zum Thema „Arbeiten mit dem Gliederungsplan“ und konnte anhand



Fotos: Holger Schwab



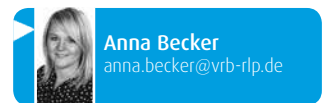
anschaulicher Praxisbeispiele zahlreiche Hintergrundinformationen liefern, die angesichts der anstehenden vorläufigen Gliederungspläne an den Schulen aktueller nicht sein konnten. Er betonte die Pflicht zur sorgfältigen Erfassung und auch Kommunikation zwischen Schulleitungen und Örtlichen Personalräten, da der Gliederungsplan die Planungsgrundlage einer Schule für das kommende Schuljahr darstellt. Herr Funken lieferte ebenso Erklärungen zu den einzelnen Bereichen des Gliederungsplans. Poolstunden, die beispielsweise für eingereichte Förderkonzepte zugewiesen werden können, voraussichtliche Schüler- und Klassenzahlen für das kommende Schuljahr und die damit

einhergehenden Soll-/Ist-Stunden der Lehrerwochenstunden wurden thematisiert. Er erklärte, dass Überhänge möglicherweise durch Abordnungen oder Versetzungen an andere Schulen ausgeglichen werden müssen, und betonte, dass dies leider oftmals auch während eines Schuljahres nicht vermeidbar wäre.

Ein weiterer Tagungsinhalt beschäftigte sich mit dem Schuletat. Christoph Krier erklärte, dass die Verwaltung über die Budgetierung des Etatjahrs (= Kalenderjahr) erfolgt und der Schulleiter die Bereitstellung ausreichender Mittel beim Schulträger beantragt. Wichtig sei, dass dies in den einzelnen Fachkonferenzen bespro-

chen und in einer Gesamtkonferenz beschlossen werde.

Nachdem Benjamin Bajraktari noch offene Fragen beantwortet hatte, bedankte sich Bezirksvorsitzender Christoph Krier bei allen Anwesenden und den Referenten für einen interessanten und gleichzeitig lehrreichen Fortbildungstag, der sicherlich dazu anregen wird, sich auf weitere gewinnbringende Veranstaltungen zu freuen, z. B. **die nächste Fortbildung am 14. November 2018 in Treis-Karden.**



Anna Becker
anna.becker@vrb-rlp.de

FEEDBACK AN DIE REDAKTION

Digitale Bildung: Ernüchternde Bilanz

In Ausgabe 1/2 von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ zieht Wilfried Rausch eine recht ernüchternde Bilanz über den Stand der digitalen Bildung in unserem Land. Ich will nur zwei Feststellungen herausgreifen, die sehr bedenklich stimmen: „Allerdings wird nach den Befunden der Bertelsmann Stiftung an den Schulen die digitale Bildung ohne Strategie und Konzept betrieben.“ (S.7) Und: „Es sei erschreckend, wie wenig in den Schulen der Sekundarstufe I verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler im Bereich der digitalen Bildung angeboten werde.“ (S.11) Da drängt sich die Frage auf, warum diese Defizite bestehen, nachdem man vor bereits mehr als 30 Jahren sehr deutlich die Digitalisierung mit ihren vielfältigen Auswirkungen hat heraufkommen sehen und mit großem Elan und nicht geringem Aufwand Maßnahmen in Gang gesetzt hat, die Schulen auf diese Herausforderung vorzubereiten.

Rolf Monnerjahn, Emmelshausen

Vor allem mit den Interviews (Udo van Kampen, Doris Ahnen) wird das verbandspolitische Korsett gesprengt. Chapeau!

Dr. Peter Bung, Annweiler

Reale Bildung hat Rolf Monnerjahn gebeten, die Hintergründe der Defizite aufzuzeigen. Er tut das in seinem Beitrag (S. 42.) „Und täglich grüßt der Logo-Igel“

► RHETORIKSEMINAR

Reden und reden lassen

VRB-Vorstandsmitglieder nahmen an einem zweitägigen Rhetorikseminar mit dem Schwerpunkt „Präsentorik und Schlagfertigkeitstraining“ teil

Ein Grußwort oder eine Rede schreiben und halten, spontan auf eine Äußerung eingehen und ein Statement abgeben, sind Herausforderungen, die Vorstandsmitgliedern immer wieder abverlangt werden. Wie man sich auf solche Situationen vorbereitet und wie man dabei wirkt, waren inhaltliche Schwerpunkte des Seminars für unsere jüngeren VRB-Vorstandsmitglieder.

Renate Linkenbach (unten Mitte) zeigte eindrucksvoll die Kunst der Dialektik und trainierte die Teilnehmer in ihrer Schlagfertigkeit, damit es eben nicht heißt: „Geben Sie mir zwanzig Minuten – ich antworte dann schlagfertig.“



Foto: VRB

► WEITERER STANDORT

MINTplus-Labor in Kirn

Das MINTplus-Projekt der Technischen Hochschule Bingen dehnt sich dank der Unterstützung durch die Bürkle-Stiftung und der SIMONA AG nach Kirn aus

Mit der Eröffnung des MINTplus-Labors in Kirn durch Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig haben gleich zwei Realschulen plus einen Raum zum Experimentieren, Tüfteln und Programmieren erhalten. Die beiden benachbarten Schulen „Realschule plus Auf Halmen“ und „Realschule plus Auf Kyrau“ teilen sich das Labor, welches in dem Schulgebäude auf der „Realschule plus Auf Halmen“ errichtet wurde. Dabei, so erklärte die Bildungsministerin schmunzelnd, war es tatsächlich die Entscheidung eines Münzwurfs, welcher Standort für das Labor genutzt wird. Dass sich beide Schulen über das Labor freuen und das gemeinsame Nutzen unter einem guten Stern steht, zeigte das bunte Rahmenprogramm, welches von beiden Schulen gestaltet wurde.

Das MINTplus-Labor in Kirn fällt durch die bunten Tische und Schränke direkt ins Auge. Nicht zufällig sind hierfür die Grundfarben der bekannten LEGO®-Steine gewählt, denn durch bereits vorbereitete Unterrichtsmodule, zum Beispiel mit Robotern der Serie LEGO® Mindstorms, können sich künftig Schü-

lerinnen und Schüler der fünften bis achten Klasse für die „MINT“-Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik begeistern. Um dem Projekt und der MINT-Initiative des Bildungsministeriums Rechnung zu tragen, überreichte die Bildungsministerin 24 Baukästen von LEGO®-Technik.

Der ehemalige Landrat Claus Schick nahm ebenfalls an der Eröffnung teil und erfuhr eine besondere Ehrung. „Der Start des Projekts in Bingen und Ingelheim war nicht zuletzt durch sein besonderes Engagement möglich“, betonte TH-Präsident Prof. Dr. Klaus Becker in seinem Schlusswort und ernannte Schick als Dank für seinen Einsatz zum „MINT-Botschafter“ der Technischen Hochschule Bingen.



Schulen mit MINTplus-Labor:

- Kaiserpfalz-Realschule plus (Ingelheim)
- Rochus-Realschule plus (Bingen)
- Sebastian-Münster-Gymnasium (Ingelheim)
- IGS Mainz-Bretzenheim
- Realschule plus Auf Halmen (Kirn)
- Realschule plus Auf Kyrau (Kirn)

Fotos: Verena Schmitt, Lego®-plättchen: www.123rf.com

► **ULRIKE WEDEKIND GEHT IN DEN RUHESTAND**

„Die Arbeit hat mich auch belohnt“

Ulrike Wedekind ist seit Jahrzehnten Wegbegleiterin unseres Verbandes



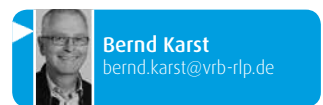
Foto: Walter Hertle

Ulrike Wedekind (Mitte) hat immer wieder betont, dass es ihr wichtig war und ist, im Verband mit liebenswerten Menschen zusammenzuarbeiten. Ihr Engagement sei sehr arbeitsintensiv gewesen, aber es habe ihr viel Freude gemacht und ihre persönliche Entwicklung in hohem Maße mitgeprägt: „Ich möchte alles im Nachhinein nicht missen! Die Arbeit hat mich auch belohnt.“

Jetzt ist sie an der Realschule plus Limburgerhof von Schulleiter Heinz Krost in den Ruhestand verabschiedet worden. Krost zeichnete im Kreis des Kollegiums den beruflichen Weg seiner Konrektorin nach. Wedekind startete an der Realschule Landstuhl, ging dann an die Realschule Ludwigshafen-Mundenheim, wo sie sich um den bilingualen Unterricht verdient machte. Als Konrektorin in Speyer und schließlich in Limburgerhof, betreute sie insbesondere die Orientierungsstufe.

Auf Bezirksebene unseres Lehrerverbandes war Ulrike Wedekind in unterschiedlichen Aufgabenbereichen tätig. Über Rheinhessen-Pfalz hinaus machte sie sich durch pädagogische Aufsätze und schulpolitische Beiträge einen Namen. Organisieren, Moderieren, Referieren – diese Aufgaben hat Ulrike Wedekind engagiert auf Verbandsveranstaltungen übernommen.

In unserem Bezirksvorstand war Ulrike Wedekind Schriftführerin, später stellvertretende Vorsitzende. Sie kandidierte für den Bezirkspersonalrat und wurde in dieses Gremium gewählt. Die Markenzeichen ihrer Personalratstätigkeit waren Verlässlichkeit, Redlichkeit, Zivilcourage und Gradlinigkeit.



Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de

► **VRB-GRUPPE SIEHT IM WILHELM-HACK-MUSEUM WERKE DER KLASSISCHEN MODERNE**

Die Stimme des Lichts

Kunsthistorikerin Ursula Dann führte die Gruppe und beleuchtete in einem lebendigen Rundgang durch die Ausstellung die kunstgeschichtlichen Hintergründe:

In einem Vortrag im Jahr 1912 unterteilte der Dichter und Kunstkritiker Guillaume Apollinaire den Kubismus in vier Strömungen. Eine davon nannte er den „orphischen“ Kubismus, später auch „Orphismus“. Orphismus bezeichnete nicht das Programm einer Künstlergruppierung und auch keinen einheitlichen künstlerischen Stil.

Vielmehr versuchte Apollinaire einer generellen Tendenz zur Abstraktion einen Namen zu geben und fasste darunter Werke des Kubismus, Futurismus und Expressionismus von so unterschiedlich arbeitenden Künstlerinnen und Künstlern wie Sonia und Robert Delaunay, Paul Klee, Fernand Léger, August Macke oder Franz Marc.

Text: Wünschel



Foto: Dann



Vorschau auf das nächste Heft

In der kommenden Ausgabe ...

- lotet Wilfried Rausch im Gespräch mit Anwältin Antonia Dufeu weitere Rechtsfragen zur Gestaltung und Pflege der Schulhomepage aus,
- begründet Heinz Klippert, warum er Heterogenität als Herausforderung und Lehrerkooperation als wichtige Entlastungsquelle sieht,
- befragen wir den DL-Präsidenten Heinz-Peter Meidinger zu den Themen Digitalisierung und Wertebildung,
- bleiben wir der neuen Datenschutz-Grundverordnung auf der Spur,
- präsentieren wir die Ergebnisse der VRB-Sommerklausur,
- berichten wir über Fortbildungsangebote und Veranstaltungen der Bezirksverbände,
- und stellen einen Sechs-Punkte-Katalog unseres Bundesverbandes VDR vor.

Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenthäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41 / 9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer
Tel: 0 62 32 / 4 04 44
Fax: 0 62 32 / 1 21 33 18
schatzmeister@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
5.000 Stück, flyeralarm GmbH, Würzburg

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.



Nun sag, wie hast du's mit der Realschule plus?

Es ist eine erfreuliche Entwicklung, dass die Frage nach dem Verhältnis zur Realschule plus zahlreiche Entscheidungsträger nicht etwa ausweichend beantworten („Lass das, mein Kind! Du fühlst, ich bin dir gut;“), sondern sich deutlich zu dieser Schulart bekennen und die dort geleistete Arbeit wertschätzen. Das hängt vor allem daran, dass sich die Erkenntnis durchzusetzen beginnt, dass die Realschule plus unverzichtbar für das rheinland-pfälzische Schulsystem ist. Die Frage nach der Realschule plus und nach deren Stärkung ist darum weniger eine naive Gretchen- als eine grundlegende Schlüsselfrage für ein zukunftsfestes Rheinland-Pfalz.

Realschule plus ist die Antwort auf Fehlentwicklungen

Die Realschule plus ist ein Kind dieser Landesregierung und ihrer Vorgängerinnen. Nicht immer hatten wir den Eindruck, dass es ein sehr geliebtes Kind ist, allerdings wurde die Verantwortung für seine Entwicklung immer akzeptiert. Gefremdet hatten demgegenüber Vertreter der Opposition und auch Vertreter der Wirtschaft und des Handwerks. Noch bevor die junge Schulart sich etablieren konnte, wurden medial bereits Abgesänge auf sie verbreitet. Hilfreich war das nicht. Fair auch nicht. Das hat sich aber inzwischen grundlegend geändert. Ursachen sind u. a. der sich verschärfende Fachkräftemangel, Niveauverluste beim Abitur, mangelnde Studierfähigkeit, verschulte Massenuniversitäten sowie hohe Studienabbrecher-Quoten. Die Realschule plus erweist sich mit ihren Unterrichtsinhalten, mit ihrer Berufs- und Studienorientierung für viele junge Menschen als der richtige, weil praxis- und aufstiegsorientierte Weg.

Parteiübergreifend ändert sich die Sichtweise auf die Realschule plus

Mit Bildungsministerin Dr. Sefanie Hubig hat die Realschule plus eine Unterstützerin, die sich glaubwürdig zu dieser Schulart bekennt. Ihre gelungene Informationskampagne und die Ankündigung, an allen Realschulen plus didaktische Koordinatoren einzustellen, sind Belege ihres Engagements. Es spricht auch für sich und für unsere Schulart, wenn sich mit Hans-Ulrich Ihlenfeld (Kreis Bad Dürkheim) ein CDU-Landrat öffentlich gegen den „Run auf das Abitur“ und für die Realschule plus ausspricht. So geschehen beim diesjährigen Landeselterntag in Haßloch, als Landrat Ihlenfeld in den Räumlichkeiten eines Gymnasiums die Bedeutung der Realschule plus für seine Region herausstellt. Mit Rita Petry (Handwerkskammer Pfalz) und Patrick Meinhardt (Bundesverband mittelständische Wirtschaft) sind jüngst gleich zwei Vertreter aus dem Handwerk und der Wirtschaft auf von uns organisierten Veranstaltungen aufgetreten (Ingelheimer


Fachkongress und VDR-Bundesversammlung) und haben die Bedeutung von Realer Bildung an Realschulen (plus) herausgestellt.

Auch Anne Spiegel (BÜNDNIS 90/Die Grünen), Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, ließ es sich nicht nehmen, anlässlich der Schulbesuchswochen in einer Realschule plus aufzutreten, um ihrer Anerkennung für die dort geleistete Arbeit Ausdruck zu verleihen. Und in der Landtagsabgeordneten Helga Lerch (FDP), einer ehemaligen Gymnasialschulleiterin, hat die Realschule plus eine überzeugte und engagierte Verbündete gefunden.

KlarText: Der Weg der Realschule plus ist nicht einfach. Vielerorts hat sie es nach wie vor nicht leicht. Eine Erfolgsgeschichte ist das längst noch nicht. Doch die gestiegene Unterstützungsbereitschaft und die gestiegenen Anmeldezahlen sind gute Zeichen. Ein gesellschaftliches Umdenken setzt ein: Die Realschule plus wird mehr und mehr als Schule des Aufstiegs, der Praxisorientierung, des Forderns und Förderns und der Vielfalt wahrgenommen.

Wir brauchen aber noch mehr Abgeordnete, Landräte, Bürgermeister, Vertreter aus Handwerk, Wirtschaft und Wissenschaft, die den Wert Realer Bildung erkennen und sich klar zur Realschule plus bekennen. Für sie alle gilt: Steht zu uns! Unterstützt uns! Investiert in uns! Mit Bekenntnissen allein ist es nicht getan. Es ist in unser aller Interesse, dass die Realschule plus weiter spürbar gestärkt wird.

„Der Worte sind genug gewechselt, // Laßt mich auch endlich Taten sehn; // Indes ihr Komplimente drechselt, // Kann etwas Nützliches geschehn.“



Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Name Vorname Geb.-Datum E-Mail

Straße PLZ und Wohnort Telefon/Fax/Mobil-Nr.

Dienstbezeichnung Schule Prüfungsfächer

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar voraussichtlich bis zum
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer

(sofern bekannt) IBAN BIC

Ort Datum Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der jeweiligen Besoldung und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst, zuletzt am 1. Januar 2016.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		18,50
A 15		17,50
A 14		15,-
A 13		14,-
A 12	oder darunter	13,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
TV-L	Vollbeschäftigung	12,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	9,-
Pensionäre		7,-
Lehramtsanwärter		3,-



Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



Neue Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Seit dem 25. Mai 2018 ist die neue Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) umzusetzen. Die neue DS-GVO setzt einen neuen europäischen Rechtsrahmen, der auch für unsere Verbandsarbeit verbindliche Regelungen bezüglich des Datenschutzes vorgibt.

Die für uns verbindlichen Regelungen betreffen den Umgang mit den erhobenen Daten bei Eintritt in den Verband, die Informationspflichten über den Zweck der Verwendung und Verarbeitung der Mitgliederdaten und die Dokumentation der Verwaltungsarbeiten im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung.

Allen unseren Mitgliedern leiten wir über den Versand dieser Ausgabe ein Informationsschreiben zum Datenschutz zu.



Reale Bildung
verbindet!



„like us“ auf facebook.com: VRB RLP

www.vrb-rlp.de